

Wiener Landtag

19. Wahlperiode

12. Sitzung vom 30. März 2012

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Abgeordnete	S. 3	Abg Mag Barbara Feldmann	S. 35
		Abg Mag Nicole Berger-Krotsch	S. 35
2. Fragestunde		Abg David Ellensohn	S. 36
1. Anfrage		Abg Dr Jennifer Kickert	S. 37
(FSP - 01088-2012/0001 - KVP/LM)	S. 3	Abg Mag Wolfgang Jung	S. 37
2. Anfrage		Abg Birgit Hebein	S. 38
(FSP - 01086-2012/0001 - KFP/LM)	S. 6	Berichterstatterin Amtsf StRin Sandra Frauenberger	S. 38
3. Anfrage		Abstimmung	S. 38
(FSP - 01084-2012/0001 - KSP/LM)	S. 9		
4. Anfrage		8. LG - 00333-2012/0001 - KSP/LAT, P 2: Änderung des Wiener Jugendwohlfahrts- gesetzes 1990 (Beilage Nr 10/2012)	
(FSP - 01087-2012/0001 - KVP/LM)	S. 11	Berichterstatter Amtsf StR Christian Oxonitsch	S. 38
5. Anfrage		Abstimmung	S. 39
(FSP - 01085-2012/0001 - KFP/LM)	S. 14		
3. AST - 00992-2012/0002 - KSP/AL: Aktuelle Stunde zum Thema "SMART- Wohnungen - ein neues Wiener Wohnbauprogramm!"		9. 00255-2012/0001-MDLTG, P 3: Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG betreffend 24-Stunden-Betreuung (Beilage Nr 7/2012)	
Rednerinnen bzw Redner:		Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely	S. 39
Abg Dr Kurt Stürzenbecher	S. 16	Rednerin bzw Redner:	
Abg Norbert Walter, MAS	S. 17	Abg Univ-Prof Dr Peter Frigo	S. 39
Abg Mag Christoph Chorherr	S. 18	Abg Gabriele Mörk	S. 40
Abg Johann Herzog	S. 19	Abstimmung	S. 40
Abg Ing Mag Bernhard Dworak	S. 20		
Abg Birgit Hebein	S. 20	10. LG - 00716-2012/0001/LAT, P 11: Änderung des Wiener Sozialhilfegesetzes (Beilage Nr 15/2012)	
Abg Henriette Frank	S. 21	Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely	S. 41
Abg Georg Niedermühlbichler	S. 22	Redner:	
		Abg Wolfgang Seidl	S. 41
4. Mitteilung des Einlaufs	S. 23	Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely	S. 41
		Abstimmung	S. 42
5. Umstellung der Tagesordnung	S. 23		
6. 00472-2012/0001-MDLTG, P 10: Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Vizepräsidenten des Bundesrates Mag Harald Himmer (Beilage Nr 16/2012)		11. LG - 05542-2009/0001, P 4: Änderung des Wiener Naturschutzgesetzes und Wiener Nationalparkgesetzes (Beilage Nr 9/2012)	
Berichterstatterin Abg Kathrin Gaal	S. 23	Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Ulli Sima	S. 42
Rednerin bzw Redner:		Rednerin bzw Redner:	
Abg David Ellensohn	S. 23	Abg Norbert Walter, MAS	S. 42
Abg Dr Wolfgang Ulm	S. 27	Abg Mag Rüdiger Maresch	S. 43
Abg Dipl-Ing Martin Margulies	S. 28	Abg Ing Udo Guggenbichler	S. 43
Abg David Ellensohn	S. 28	Abg Erich Valentin	S. 45
Abg Dr Wolfgang Ulm	S. 30	StRin Veronika Matiassek	S. 46
Abg Birgit Hebein	S. 31	Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Ulli Sima	S. 47
Abstimmung	S. 32	Abstimmung	S. 48
7. LG - 00334-2012/0001, P 1: Änderung der Besoldungsordnung 1994, der Vertragsbedienstetenordnung 1995 und des Ruhe- und Versorgungsgenuss- zulagegesetzes 1995 (Beilage Nr 8/2012)		12. LG - 02080-2011/0001, P 5: Änderung des Wiener Pflanzenschutzmittelgesetzes (Beilage Nr 12/2012)	
Berichterstatterin Amtsf StRin Sandra Frauenberger	S. 32		
Rednerinnen bzw Redner:			
Abg Mag Nicole Berger-Krotsch	S. 32		
Abg Dr Jennifer Kickert	S. 33		
Abg Angela Schütz	S. 34		

Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Ulli Sima	S. 48	Wohnungssicherungsgesetz - WSG (Beilage Nr 11/2012)	
Abstimmung	S. 48	Berichterstatter Amtsf StR Dr Michael Ludwig	S. 49
13. LG - 02413/2011/0001, P 6: Änderung des Wiener Pflanzenschutzgesetzes (Beilage Nr 27/2011)		Rednerin bzw Redner:	
Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Ulli Sima	S. 48	Abg Manfred Hofbauer, MAS	S. 49
Abstimmung	S. 48	Abg Gabriele Mörk	S. 51
		Abg Senol Akkilic	S. 52
		Berichterstatter Amtsf StR Dr Michael Ludwig	S. 53
		Abstimmung	S. 54
14. LG - 03226-2011/0001, P 7: Änderung des Gesetzes über die Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden in Wien (Beilage Nr 14/2012)		16. 00489-2012/0001-MDLTG, P 9: Art 15a B-VG – Vereinbarung über das Inverkehrbringen von Kleinf Feuerungen und die Überprüfung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken (Beilage Nr 13/2012)	
Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Ulli Sima	S. 49	Berichterstatter Amtsf StR Dr Michael Ludwig	S. 54
Abstimmung	S. 49	Abstimmung	S. 54
15. LG - 00339-2012/0001/LAT, P 8: Wiener			

(Beginn um 9 Uhr.)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Einen schönen guten Morgen!

Obwohl noch nicht alle Abgeordneten den Weg in den Sitzungssaal gefunden haben, eröffne ich die 12. Sitzung des Wiener Landtages.

Entschuldigt sind Abg Dr Aigner, Abg Mag Ebinger, Abg Mag Neuhuber, Abg Karner-Kremser, MAS, Abg Stark und Abg Dr Vana. Die Dritte Präsidentin Klicka ist bis 13 Uhr bei einer Fachtagung. Abg Schuster ist bis 15 Uhr und Abg Gaal ab 14 Uhr entschuldigt.

Wir kommen zur Fragestunde.

Die 1. Anfrage (FSP - 01088-2012/0001 - KVP/LM) wurde von Herrn Abg Dr Wolfgang Ulm gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung gerichtet. *(Die Installation von sichtbaren Satellitenanlagen (Parabolanlagen) nimmt in Wien immer mehr überhand - auch an Gemeindebauten und öffentlichen Gebäuden und sehr zum Nachteil des örtlichen Stadtbildes. Offenbar reichen entweder die rechtlichen Bestimmungen der Wiener Bauordnung oder die Bemühungen der Stadt, auch um ihre eigenen Gebäude, nicht aus. Werden Sie sich für eine diesbezügliche Konkretisierung der einschlägigen Bestimmungen der Wiener Bauordnung einsetzen?)*

Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Hoher Landtag! Hoch geschätzter Abg Dr Ulm!

Bezug nehmend auf Ihre Anfrage, die sich mit den Satellitenanlagen in Wien generell und im Speziellen mit den Satellitenanlagen in den Wiener Gemeindebauten beschäftigt, kann ich Ihnen mitteilen, dass die Errichtung von Antennen, Funk-, Solar- und Parabolanlagen außerhalb der Widmungskategorie Grünland - Schutzgebiet sowie von Schutzzonen und Gebieten mit Bausperre gemäß der Bauordnung für Wien weder einer Baubewilligung noch einer Bauanzeige bedarf. Gemäß Bauordnung für Wien müssen allerdings auch solche Anlagen den Bauvorschriften einschließlich der Bebauungsvorschriften entsprechen und sind andernfalls zu beseitigen beziehungsweise kann gegebenenfalls die Behörde Aufträge zur Behebung des Mangels erteilen. Solche Aufträge müssen erteilt werden, wenn augenscheinlich eine Gefahr für das Leben oder die Gesundheit von Menschen besteht.

Zu den einzuhaltenden Bauvorschriften zählt auch, wonach eine Änderung von Bauwerken nur zulässig ist, wenn das mit dem Bebauungsplan beabsichtigte örtliche Stadtbild weder gestört noch beeinträchtigt wird. Im Nahbereich von Schutzzonen ist bei der Beurteilung auf diese besonders Bedacht zu nehmen. Baumaßnahmen an einzelnen Bauwerken von geschichtlicher, kultureller oder künstlerischer Bedeutung sowie die Errichtung von Bauwerken und Baumaßnahmen in der Umgebung solcher Bauwerke sind weiters unzulässig, wenn deren Eigenart oder künstlerische Wirkung oder das örtliche Stadtbild beeinträchtigt würde.

Zur Frage, ob eine Satellitenanlage das örtliche

Stadtbild beeinträchtigt oder nicht, hat die Behörde erforderlichenfalls das Gutachten eines Amtssachverständigen der MA 19 mit dem Titel „Architektur und Stadtgestaltung“ einzuholen. Steht die Satellitenanlage im Widerspruch zur Bauordnung für Wien, kann die Behörde einen Auftrag zur Entfernung der Anlage erteilen. Da eine allfällige Beeinträchtigung des örtlichen Stadtbildes im Einzelfall durch einen Sachverständigen zu beurteilen ist und von der konkreten räumlichen Situierung der Anlage abhängt, ist eine allgemeine Konkretisierung der einschlägigen Bestimmungen der Bauordnung nur schwer möglich. Zudem würden derartige Vorschriften den mit der Bauordnungsreform 1996 begonnenen Bestrebungen zur Deregulierung und Verfahrensvereinfachung diametral entgegenstehen.

Die Bauordnung bietet bereits in der derzeit geltenden Fassung, und das ist vor allem auch Ihre Frage, inwieweit die Bauordnung in diesem Bereich wirksam werden kann, eine ausreichende Handhabe, um einer Beeinträchtigung des Stadtbildes durch die Errichtung von Satellitenanlagen entgegenzuwirken. Ich erachte daher diesbezügliche legislative Änderungen derzeit weder als erforderlich noch als zweckmäßig, was insbesondere die Bauordnung betrifft. Gesetzliche Regelungen in anderen Bereichen, die beispielsweise auch die Menschenrechtskonvention und das Recht auf Information betreffen, sind ein anderes Kapitel, aber die Frage, die Sie gerichtet haben und die sich mit der Bauordnung beschäftigt, würde ich so beantworten.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat. Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Ulm.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie der Meinung sind, dass die Bauordnung ausreichende Handhabe gegen den Sat-Schüssel-Wildwuchs bietet. Nichtsdestoweniger haben wir ihn aber. Sie selbst freuen sich auch nicht über diesen Wildwuchs, wie ich den Medien vor einigen Wochen entnehmen konnte. Das heißt, wir haben jetzt zwar ein Gesetz, das Sie nicht ändern wollen, aber auf der anderen Seite haben wir ein Problem. Wir haben die Verschandelung von Straßenzügen und die Verschandelung unserer Stadt. Man müsste daher wohl bei der Vollziehung ansetzen, wenn man schon keine gesetzlichen Veränderungen möchte.

Ich sehe schon ein, dass das alles nicht ganz einfach ist, insbesondere nicht bei privaten Häusern. Bei Gemeindebauten wäre es wohl etwas leichter. Ganz leicht müsste es bei öffentlichen Gebäuden sein. Aber selbst da haben wir diesen Wildwuchs. Ich zeige Ihnen ein Foto vom Amtshaus des 5. Bezirkes. Ecke Schönbrunner Straße/Redergasse gibt es zwei illegale Sat-Schüsseln, die aus den Fenstern heraus schauen.

Werden Sie zumindest dafür sorgen, dass der Wildwuchs an öffentlichen Gebäuden, wie auch am Amtshaus Margareten, ein Ende nimmt?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Bevor ich dem Herrn Stadtrat das Wort erteile, darf ich ersuchen, dass man die Begrüßungsreden untereinander etwas leiser

gestaltet. Ich bitte darum.

Gleichzeitig begrüße ich die Damen und Herren auf der Galerie, die uns besuchen. Sie sind von der Höheren Technischen Bundeslehr- und Versuchsanstalt Wien 5. - Herzlich willkommen! (*Allgemeiner Beifall.*)

Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Sehr geehrter Herr Abg Dr Ulm!

Das, was ich in den Medien sage, ist tatsächlich meine Einstellung und gilt natürlich auch für unsere Diskussionen hier. Ich werde alles daransetzen, um im unmittelbaren Wirkungsbereich, wo wir direkt Verantwortung übernehmen können, das gilt insbesondere bei den städtischen Wohnhausanlagen und Amtshäusern, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um diesem Wildwuchs entgegenzutreten.

Zu dem konkreten Beispiel, das Sie genannt haben, mit dem Amtshaus Margareten, das auch mir missfallen hat und das vor einigen Tagen auch in den Medien ein Thema war, habe ich schon die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet. Es handelt sich dabei um die Dienstwohnung eines Hausbesorgers in diesem Amtshaus. Wir haben hier eine einvernehmliche Auflösung des Dienstverhältnisses aus gesundheitlichen Gründen vorgenommen, also dieser Schulwart ist in Pension gegangen. Die Wohnung des Schulwartes beziehungsweise des Amtshauswartes wird in den nächsten Wochen geräumt werden. Beim Nachfolger der Wohnung wird keine Antenne mehr genehmigt werden. Das heißt, wir werden die Räumung der Wohnung zum Anlass nehmen, dass wir hier keine weitere Genehmigung mehr erteilen. Es ist auch für diese Antenne, die ein Ärgernis war, keine Genehmigung vorgelegen. Wir haben also, wie gesagt, jetzt schon die Maßnahmen getroffen, dass in Zukunft an diesem Amtsgebäude keine Antenne, weder genehmigt noch nicht genehmigt, sein wird.

Generell muss man sagen, dass die MA 19 hier verstärkt eingebunden wird, um darauf zu achten, dass das Stadtbild gewahrt bleibt und dass durch Solarantennen beziehungsweise Sat-Schüsseln keine Beeinträchtigung des Stadtbildes erfolgt.

Ich denke, das ist ein gutes Beispiel, wo man auch illustrieren kann, dass wir ein Problem erkannt haben und dieses Problem sofort einer Lösung zuführen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die nächste Zusatzfrage stellt Frau Abg Meyer. - Ich bitte darum.

Abg Uta **Meyer** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Es ist schon sehr fein, dass die ÖVP jetzt auf dieses Thema aufspringt. Wir haben das schon vor einem Jahr gemacht.

Präsident Prof Harry **Kopietz** (*unterbrechend*): Frau Abgeordnete, wenn Sie das Mikrofon bitte zum Mund drehen. - Danke.

Abg Uta **Meyer** (*fortsetzend*): Danke. - Die Bauordnung ist, glaube ich, nicht das Problem des Wildwuchses der Satellitenanlagen. Denn es gibt eine oberstgerichtliche Entscheidung, dass es jedem Mieter im Gemeindebau zusteht, Fernsehen in seiner

Muttersprache zu empfangen. Sie können gar nichts mit der Bauordnung erreichen, denn diese sagt sehr wohl, dass jeder Eingriff in eine Fassade bewilligungspflichtig ist und dass man das nicht machen kann, aber die Mieter haben recht gekriegt, es gibt diese oberstgerichtliche Entscheidung und sie können alle an ihrem Fenster eine Sat-Schüssel aufstellen. Da können Sie gar nichts machen.

Es sei denn, gerade im Gemeindebau, wo viele Ausländer wohnen, müsste man andenken, die technischen Möglichkeiten sind gegeben, dass man am Dach eine Sat-Schüssel mit 20 bis 30 Weichen aufstellt und die Leute zwingt, sich an dieser Weiche anzuschließen. Es kann nicht sein, dass sie einfach, weil es diese Entscheidung gibt, an jedem Fenster eine Schüssel machen. Und wenn Sie das bei Gericht bekämpfen, kriegen Sie kein Recht. Daher müsste man das so handeln, dass man für die Ausländer, die im Gemeindebau sitzen, und dort ist der Wildwuchs am größten, einfach am Dach eine technische Möglichkeit macht, dass sie sich anschließen.

Ist so etwas bei der Gemeinde Wien angedacht?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Frau Abgeordnete!

Sie haben recht, das ist generell eine Entscheidung, die vom Obersten Gerichtshof getroffen worden ist und den Bereich der Informationsfreiheit generell betrifft. Das ist unabhängig von Muttersprache oder davon, welchen Zugang man wählt. Das gilt für alle Bewohnerinnen und Bewohner. Das Mietrecht hat es auch entsprechend unterstützt. Der Oberste Gerichtshof hat in seiner Grundsatzentscheidung ausdrücklich ganz allgemein das Grundrecht auf Informationsfreiheit anerkannt, weshalb einem Mieter die Errichtung einer solchen Anlage nicht allein mit dem Argument verwehrt werden kann, ihm stehe ohnehin die Möglichkeit des Anschlusses an ein im Haus bereits vorhandenes Telekabel offen. Also, wir haben versucht, diesem Wildwuchs der Sat-Schüsseln auch dadurch entgegenzutreten, dass wir die Möglichkeit des Telekabels angeboten haben. Das ist durch diesen Entscheid des Obersten Gerichtshofes unterlaufen worden.

Das heißt, wir versuchen jetzt verstärkt, das zu tun, was wir bereits im Bereich der Sanierungen gemacht haben, nämlich, dass wir Sat-Bügel am Dach errichten und dann auch die Mieterinnen und Mieter anhalten, diesen Sat-Bügel zu nutzen, um ihre Antennen nach ihrer freien Wahl dort anzubringen. Es ist auch eine weitere Auflage unsererseits, dass das mit Professionisten beziehungsweise so professionell von den Mieterinnen und Mietern gemacht wird, dass es zu keiner Sachbeschädigung des Gebäudes, insbesondere der Fassade oder des Daches, kommt. Falls eine solche Sachbeschädigung auftreten sollte, dann werden wir natürlich eine entsprechende Abgeltung einfordern.

Das Problem dabei ist, dass unsere rechtlichen Möglichkeiten sehr eingeschränkt sind. Das heißt, bei Mieterinnen und Mietern, die sich - unter Anführungszeichen - taub stellen, haben wir nur die Möglichkeit, mit Gerichtsentscheid vorzugehen, was wir

allerdings auch tun. Wir haben das jetzt bei einigen Anlagen probeweise exekutiert, wie ich meine, auch mit gutem Erfolg, zum Beispiel nach der Sanierung am Schöpfwerk, wo wir es geschafft haben, dass wir ziemlich alle Satellitenschüsseln weggebracht haben. Das war eine Anlage, die mit diesen Sat-Schüsseln sehr stark beeinträchtigt war. Wir haben das auch bei einigen anderen Anlagen realisiert.

Primär versuchen wir das allerdings in Kombination mit einer Sanierung, weil wir dann ohnehin den gesamten Dachbereich renovieren, bei dieser Gelegenheit die Sat-Bügel installieren und dann die Mieterinnen und Mieter anhalten, diesen Sat-Bügel zu verwenden. Ergänzend dazu werden wir uns jetzt allerdings einige Anlagen vornehmen. Das geht natürlich nicht flächendeckend gleichzeitig überall. Aber wir wollen jetzt eine Anlage nach der anderen durchkämmen und auch im Bestand solche Einrichtungen schaffen, damit wir die Satellitenschüsseln im Gemeindebaubereich einschränken und auf das Notwendigste eindämmen können.

Aber ich möchte doch auch darauf verweisen, dass dieses Problem, das natürlich eine Beeinträchtigung des Stadtbildes ist, nicht nur und nicht ausschließlich im Gemeindebau ein Thema ist, sondern natürlich auch im privaten Hausbereich und dass wir gemeinsam darauf achten sollten, dass auch private Hauseigentümer sich dieser Verantwortung bewusst sind. Denn es geht um unsere gemeinsame Stadt und um das Stadtbild unseres wirklich sehr schönen und wunderbaren Wiens.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die letzte Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Ulm.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Stadtrat!

Ich freue mich, dass ich jetzt von Ihnen hören konnte, dass die Sat-Schüsseln vom Amtshaus Margareten wegkommen. Ich hoffe nur, Sie haben sich nicht deshalb vom Hauswart getrennt, weil ich aufgezeigt habe, dass es dort diese Sat-Schüsseln gibt.

Aber die Sat-Schüsseln sind nicht die einzige Form der Ortsbildverschandelung, die wir in dieser Stadt zu beklagen haben. Wir haben andere Verwahrlosungsanzeichen in Straßenzügen. Wir haben Graffiti-Schmierereien. Wir haben das Problem von leer stehenden Geschäftslokalen. Wir haben sogenannte tote Auslagen. Da gibt es Straßenzüge und Viertel, wo man bereits erste Verwahrlosungstendenzen feststellen kann.

Auch hier, glaube ich, braucht es eine Initiative von Seiten der Stadt. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten. Man kann sich Block für Block hernehmen und diese Blöcke sanieren. Man kann ein Programm gegen diese Graffiti-Schmierereien überlegen. Man kann vieles machen, aber es braucht eine politische Initiative zur Verschönerung in dieser Stadt.

Ich frage Sie, ob Sie gedenken, eine solche politische Initiative zu starten.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat.

Amtsfr StR Dr Michael **Ludwig**: Herr Abgeordneter!

Ich möchte die Frage in zwei Teile unterscheiden. Das eine ist, was man aktuell gegen Dinge setzt, die eine

Verschandelung darstellen, wie Graffiti-Schmierereien. Das ist ein Ärgernis. Darüber ärgere ich mich auch. Ich bin sehr froh darüber, dass alle Einrichtungen der Stadt, von den Wiener Linien bis zu Wiener Wohnen, sehr konsequent gegen solche Schmierereien vorgehen. Das geht natürlich nur in enger Kooperation und Abstimmung mit der Wiener Polizei und mit anderen Ordnungskräften. Das ist, wenn man so will, das eine.

Das Zweite, das Grundsätzliche, was Sie angesprochen haben, ist die Frage, was man tun kann, um strukturell etwas zur Verbesserung beispielsweise der Stadt- und Bausubstanz beziehungsweise vor allem der Erdgeschoßzonen beizutragen. Da, denke ich, sind wir in Wien sehr gut unterwegs. Wir versuchen mit gezielten Interventionen im Stadtbild durch das Instrument der sogenannten sanften Stadterneuerung, auch Gentrifizierung hintanzuhalten, also den Austausch der Bevölkerung nach einer Sanierung, dass wir gezielt sehr viel Geld investieren, um abgewohnte Bezirksteile, Stadtviertel zu sanieren. In jeder Großstadt gibt es natürlich Viertel, die im Laufe der Zeit abgewohnt sind, die auch zu einem großen Teil im Eigentum privater Hauseigentümer stehen. Wir haben in Wien ein sehr anerkanntes System der sanften Stadterneuerung, wo wir mit den privaten Partnern, mit den privaten Hauseigentümern, aber auch mit der Wiener Wirtschaft solche Sanierungsmaßnahmen setzen.

Ich bin stolz darauf, dass ich vor wenigen Wochen von der UNO namens der Stadt Wien die höchste Auszeichnung, die es von Seiten der UNO zum Thema Stadterneuerung gibt, entgegennehmen durfte, den sogenannten Scroll of Honour, wo es eine besondere Würdigung Wiens gegeben hat, nämlich eine Vorbildwirkung nicht nur in der technischen Stadterneuerung, sondern vor allem auch in den sozialen Instrumenten, die wir im Rahmen der Stadterneuerung einsetzen. Das heißt, wir sind, was die Stadterneuerung betrifft, im internationalen Vergleich ganz an der Spitze. Es kommen laufend Delegationen nach Wien, um sich das anzuschauen. Auch unser Bürgermeister referiert zu diesem Thema sehr oft in anderen Städten. Hier sind wir vorbildhaft.

Das, was Sie angesprochen haben, dass man sich nicht nur einzelne Wohnbauten, sondern ganze Straßenzüge oder Häuserblocks vornimmt, wie Sie sie zu Recht genannt haben, tun wir auch im Rahmen der sogenannten Blocksanierungsgebiete. Du bist manchmal auch bei den Sitzungen dabei, wo wir solche Blocksanierungsgebiete definieren, wo wir uns als Stadt Wien gezielt Bereiche hernehmen, nicht nur einzelne Häuser renovieren, sondern acht bis zehn Häuserblöcke, gemeinsam mit den privaten Hauseigentümern, mit Hilfe des Instruments der Gebietsbetreuungen, die wir jetzt gemeinsam beschlossen haben, neu ausgeschrieben haben, wo wir auch ein Instrument haben, mit allen Partnern des Magistrats, aber auch Privaten, der Wiener Wirtschaft zusammenzuwirken und nicht nur die Häuser zu sanieren, sondern beispielsweise Maßnahmen für die Nahversorgung zu setzen, Klein- und Mittelbetriebe zu unterstützen, Verkehrsberuhigung vorzunehmen, also all

das umzusetzen, was sich die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Bezirksteile wünschen.

Wir haben uns vorgenommen, dass wir ganz speziell im Bereich des sogenannten Westgürtels in den nächsten Jahren solche Maßnahmen setzen. Hier gibt es, auch von meiner Seite her, ein starkes Bekenntnis, unsere finanziellen Mittel einzusetzen, um den gesamten Westgürtel zu sanieren. Aber auch hier gilt, dass der Großteil dieser Wohnhausanlagen im Eigentum Privater ist und wir diese nicht zwingen, sondern einladen wollen, auch mit hoher finanzieller Unterstützung ihre eigene Gebäudesubstanz zu renovieren und damit das Stadtbild zu verbessern.

Abschließend zum Punkt, den du angesprochen hast, mit den Erdgeschoßzonen: Das ist in der Tat eine große Herausforderung, nicht nur für uns in Wien, sondern in allen Großstädten, dass wir mit der Frage umgehen, wie der Abfluss der Kaufkraft in Einkaufszentren dadurch gestoppt werden kann, dass wir die Erdgeschoßzonen in allen Teilen unserer Stadt attraktiver gestalten. Hier kann die Bauordnung Maßnahmen setzen.

Das haben wir auch bei der letzten Novelle der Bauordnung getan, wo ich alle Fraktionen eingeladen habe mitzuwirken, wo wir versucht haben, auch diese toten Augen, von denen du gesprochen hast, also beispielsweise Garagen in den Erdgeschoßzonen, so weit wie möglich hintanzuhalten, wenn sie nur eine geringe Anzahl an PKWs unterbringen können. Von daher gibt es, wie ich meine, ein Bündel an Maßnahmen, um auch den Bereich der Erdgeschoßzonen zu attraktiveren, damit auch Bezirksteile zu beleben, denn das ist oft wichtig, was auch das Sicherheitsgefühl betrifft.

Dass man hier noch weitere Schritte setzen kann, ist klar. Das habe ich mir auch für die nächste Novelle der Bauordnung vorgenommen. Ich lade dich und deine Fraktion gerne ein, im Rahmen dieser Novelle der Bauordnung mitzuwirken, damit wir hier weitere Schritte gemeinsam setzen können.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat.

Wir kommen zur 2. Anfrage (FSP - 01086-2012/0001 - KFP/LM), die von Herrn Abg Wolfgang Seidl gestellt wurde und an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenenschutz und Personal gerichtet ist. *(Das neue Prostitutionsgesetz ist seit 1. November 2011 in Kraft. Dieses sieht vor, dass die Straßenprostitution in Wohngebieten verboten ist. Trotzdem ist der Straßenstrich im Stuwerviertel allgegenwärtig und es ist zu befürchten, dass sich die Straßenprostitution im 2. Bezirk weiter ausbreitet. Wann werden Sie eine Evaluierung dieses erst kürzlich in Kraft getretenen Gesetzes vornehmen?)*

Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsfr StRin Sandra **Frauenberger**: Einen schönen guten Morgen von meiner Seite! Herr Abgeordneter!

Gleich zur Beantwortung Ihrer Frage, möchte ich festhalten, dass das Stuwerviertel ein Viertel ist, das mit Prostitution eine sehr lange Geschichte hat. Über Jahrzehnte hat dort Prostitution stattgefunden. Das

Stuwerviertel ist schon vorher durch die Schutzzonenregelung ein Viertel gewesen, wo Straßenprostitution nicht erlaubt war, wo aber sehr viel Ungewissheit mit dieser Schutzzonenregelung da war. Das neue Gesetz hat jetzt eine ganz klare Trennung des Wohngebietes von der Straßenprostitution vorgesehen. So ist das Stuwerviertel ein Viertel, in dem Leute wohnen und daher Straßenprostitution verboten ist.

Wir haben uns bei der Erstellung dieses Gesetzes ganz klar positioniert. Wir haben uns gegen ein Totalverbot der Prostitution positioniert. Wir haben uns aber für eine Entlastung der Anrainerinnen und Anrainer ausgesprochen, indem wir in dem Gesetz auf der einen Seite Wohngebiet von Straßenprostitution getrennt haben und uns auf der anderen Seite zum Ziel gesetzt haben, sehr auf die Sicherheit der Frauen zu schauen. Eine Aussage nach Inkrafttreten des Gesetzes seit 1. November, das heißt, gerade einmal fünf Monate, zu treffen, wäre verfrüht. Was wir aber anhand der Daten und Zahlen der Polizei, die dieses Gesetz durchzusetzen hat, als auch von den NGOs sehen, zeigen uns diese, dass das Gesetz wirkt, dass diese Trennung von Straßenprostitution und Wohngebiet gut funktioniert. Wir begleiten dieses Gesetz evaluierend. Das ist auch das, was wir schon beim Beschließen im letzten Juni diskutiert haben.

Was man aber auch sagen muss, ist, der Prater an sich, der gleich nebenan liegt, ist auch ein Gebiet, wo Straßenprostitution immer stattgefunden hat. Wir könnten jetzt in beiden Bereichen von keiner Veränderung sprechen. Das Stuwerviertel ist eben nicht erlaubt. Was man auch sagen muss, weil das in Ihrer Frage auch so beinhaltet ist, ist, dass sich die Frauen im Stuwerviertel bewegen dürfen. Das ist öffentlicher Raum. Die Frauen dürfen sich dort bewegen. Was sie dort nicht dürfen, ist anzubuhnen. Das wird sehr konsequent beobachtet und auch sehr konsequent sanktioniert.

Abschließend möchte ich auch noch gerne darum bitten, dass wir jetzt nicht wiederum mit dieser Verunsicherungskeule anfangen, wie Sie das schon immer bei diesem Prostitutionsthema tun. Lassen wir sozusagen die Kirche im Dorf. Vor 2 Tagen sind in den Abendstunden im Prater 30 Frauen gestanden. Das ist nicht mehr oder weniger, als wir das im Prater grundsätzlich kennen. Manchmal wird es ein bisschen mehr. Es wird auch noch ein bisschen mehr werden, weil die wärmere Jahreszeit kommt. Aber es ist keine Situation, die in irgendeiner Form eskalieren würde. Es ist auch von keiner Ausbreitung die Rede. Das sagen auch NGOs und auch die Polizei. Im Stuwerviertel sind drei Frauen unterwegs gewesen. Da hat die Polizei diese Frauen auch angesprochen, sie verwiesen und ihnen eine Strafe gegeben.

Das heißt, wenn wir hier über die Dimensionen reden, dann möchte ich gerne der Wahrheit halber und der Realität halber davon sprechen, 30 Frauen im Partner, 3 im Stuwerviertel. Diese dürfen dort nicht stehen, sind gestraft worden. Passt. Das heißt, das Gesetz wirkt. Der Prater ist ein Gebiet der Straßenprostitution. Das ist so. Aus diesem Grund ist

auch die Polizei rund um die Uhr und rund um den Prater sehr konsequent unterwegs und überprüft die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen. Das ist uns ganz wichtig.

Also, noch einmal abschließend, weder Eskalation noch Ausbreitung, und die Trennung Straßenprostitution und Wohngebiet funktioniert.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Abg Seidl.

Abg Wolfgang **Seidl** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Werte Frau Landesrätin!

Ich verstehe natürlich Ihre Nervosität, die hier zum Ausdruck kommt. Es geht nicht um die 30 Damen im Prater. Dort ist es erlaubt, das weiß ich. Ob es wirklich nur drei im Stuwerviertel waren, mag ich zu bezweifeln.

Ich bin Leopoldstädter. Ich glaube, Sie wissen, was jetzt kommt. Am Dienstag hat eine Bezirksvertretungssitzung im 2. Bezirk stattgefunden. Da gab es einen Antrag der SPÖ für den 2. Bezirk. Der unterfertigte Bezirksrat Kresimir Mladensich, das ist der Bezirksklubobmann der SPÖ, hat folgenden Antrag an Sie gestellt: „Die zuständige Stadträtin wird ersucht, die verantwortlichen Behörden zu beauftragen, eine zeitliche Beschränkung für all jene Gebiete in der Leopoldstadt zu erlassen, in denen die Prostitution erlaubt ist. Diese Beschränkung soll in den erlaubten Zonen in der Zeit von 6 bis 22 Uhr die Prostitution verbieten. Weiters soll geprüft werden, ob es möglich ist, die Straßenprostitution in der gesamten Leopoldstadt auch in den erlaubten Zonen zu untersagen.“ - Das stellt Ihnen der Klubobmann der SPÖ als Antrag. Er wurde selbstverständlich, gegen die Stimmen der GRÜNEN, angenommen.

Sehr geehrte Frau Landesrätin, was sagen Sie zu diesem Antrag?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Herr Abgeordneter!

Erstens möchte ich Ihre gender-ungerechte, machoide Unterstellung einer Nervosität meiner Person absolut zurückweisen. Vielleicht sind Sie nervös, das kann ich nicht beurteilen, ist mir auch egal. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Der Antrag ist mir bekannt. Ich kann auch lesen. Der Antrag ist mit mir auch vorweg besprochen worden.

Wir haben ein Prostitutionsgesetz beschlossen, das die Prostitution auf der Straße vom Wohngebiet trennt. Dieses Gesetz funktioniert. Dieses Gesetz gilt auch für das Stuwerviertel. Die Polizei wird dafür sorgen, dass das Gesetz auch im Stuwerviertel eingehalten wird.

Was ich auch verstehen kann, ist, dass der Herr Bezirksvorsteher der Leopoldstadt, der sich sehr konstruktiv an der gesamten Entstehung des Gesetzes beteiligt hat, keine Freude damit hat, dass er jetzt, aus seiner Sicht, im Regen stehen gelassen wird, weil alle anderen Bezirke sagen, sie haben keine Straßenprostitution, sie wollen sich das natürlich gar nicht antun und lassen ihn jetzt sozusagen allein. Dass das seine Reaktion ist, kann ich verstehen. Deswegen gibt es von mir auch die Zusage, dass wir seine Anliegen aus dem Bezirk in der Steuerungsgruppe prüfen. Die

Steuerungsgruppe ist genau aus diesem Grund eingerichtet worden, dass wir dort Probleme, Evaluierungsergebnisse, neue Entwicklungen in der Straßenprostitution letztendlich beraten und dann zu Ergebnissen kommen. Das wird passieren. Das weiß der 2. Bezirk auch.

Das haben Ihre Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bezirken, die noch vor einem Jahr massiv belastet waren - ich spreche konkret den 14. oder den 15. Bezirk an -, immer sehr gerne getan, nämlich die Leute verunsichert und das Thema in eine Dimension gebracht, die es nicht verdient. Das ist jetzt die Aussage von Ihnen, der hier gerne Verunsicherung betreiben möchte. Meine Aufgabe als Landesrätin ist aber, Ihnen ganz konkret zu sagen, dass das nicht der Wahrheit entspricht, sondern dass die Polizei und die NGOs, deren Aufgabe es ist, sich um dieses Gesetz zu kümmern und die dort vor Ort sind, ein ganz anderes Bild, ein reales Bild haben. Also verunsichern sie die Leute nicht!

Das Stuwerviertel ist Wohngebiet und dort ist Straßenprostitution verboten. Dass sich die Frauen dort bewegen, dass sie dort vielleicht einmal in ein Café gehen oder etwas trinken, muss ich Ihnen ehrlich gesagt sagen, steht ihnen zu. Anbahnen dürfen sie nicht. Aber wir haben dieses Gesetz eben in zwei Dimensionen geschrieben, auf der einen Seite zum Schutz der Frauen, die auf der Straße prostituieren und die sich eben einer Ausbeutung und einem großen Sicherheitsrisiko aussetzen müssen. Diese sind genauso in unserem Fokus gestanden wie die Entlastung der Anrainerinnen und Anrainer. (*Beifall bei der SPÖ und von Abg Birgit Hebein.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die 2. Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Feldmann. - Ich bitte darum.

Abg Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Frau Landesrätin!

Es hat nach der alten Rechtsordnung einen Straßenplan gegeben, um sicherzustellen, dass sich die Straßenprostitution nicht weiter in die Wohngebiete ausdehnt. Wären Sie bereit, auch einen Straßenplan nach der neuen Rechtsordnung zu erstellen, sodass hier absolute Klarheit für die einzelnen Personenkreise geschaffen wird?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Frau Abgeordnete!

Auf unserer Homepage der Stadt Wien finden Sie so einen Plan, der ganz genau einzeichnet, wo Straßenprostitution erlaubt ist und wo sie nicht erlaubt ist.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die 3. Zusatzfrage stellt Frau Abg Hebein.

Abg Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werte Frau Landesrätin!

Wir haben es geschafft, mit dem Prostitutionsgesetz Anrainer, Anrainerinnen zu entlasten. Wir haben auch gesagt, wir schaffen genügend sichere Bereiche für die Straßenprostitution. Leider halten sich jetzt alle Bezirke,

außer dem 2. Bezirk, vornehm zurück. Das ist schade.

Meine Frage an Sie betrifft die Laufhäuser, die jetzt als Hoffnungsschimmer gesehen werden, Laufhäuser, wo Frauen pro Nacht 80 EUR zahlen, Zuhältern ausgeliefert sind beziehungsweise, wo es auch bundesgesetzliche Regelungen verhindern, dass sie diese selbstständig in Selbstverwaltung betreiben können.

Wie ist Ihre Einschätzung zu den Laufhäusern?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Frau Abgeordnete!

Die Gesetzwerdung und dann auch die Beschlussfassung des Gesetzes haben uns schon beobachten lassen, dass sich gerade das Thema der Laufhäuser entwickelt. Es entstehen neue Laufhäuser. Natürlich entstehen sie unter den Bedingungen dieses neuen Wiener Prostitutionsgesetzes. Wir haben die Errichtung solcher Häuser im Gesetz klar geregelt.

Was wir natürlich noch nicht sehen und wo wir uns jetzt als Kommune schwer tun, ist, dass selbstverwaltete Laufhäuser entstehen. Diese können nämlich deshalb nicht entstehen - ich nehme an, Sie haben das mit der bundesgesetzlichen Regelung so angesprochen -, weil nach wie vor, und das haben wir hier in diesem Haus alle wohl gemeinsam beschlossen, die Sittenwidrigkeit da ist. Solange diese Sittenwidrigkeit da ist und nicht abgeschafft ist, wird auch das Idealbild der selbstverwalteten Laufhäuser, das von manchen jetzt gezeichnet wird, nicht real möglich sein. Das heißt, auch wenn die Leopoldstadt jetzt in ihrer Bezirksvertretungssitzung wieder auf diese Laufhäuser hinfokussiert, können wir in der Kommune nur sagen, auch wir könnten es uns vorstellen. Wir sehen auch eine Entwicklung, wo sich mehrere Frauen zusammentun und kleine Studios aufmachen. Das ist auch noch nicht eine Dynamik, die man in einer Evaluierung schon als Ergebnis feststellen könnte, aber wir beobachten das. Die Laufhausgeschichte ist genau so.

Ich würde es als Frauenpolitikerin gut finden, wenn Frauen aus dieser Ausbeutungsspirale austreten könnten, denn Prostitution ist ohnehin schon Ausbeutung, also dann nicht auch noch ausgebeutet durch Dritte, und sich selbstverwaltete Laufhäuser sozusagen entwickeln würden. Aber dafür müssen wir uns alle gemeinsam noch einmal anstrengen und die Sittenwidrigkeit wegbringen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die vierte und letzte Zusatzfrage stellt Herr Abg Seidl. - Ich bitte darum.

Abg Wolfgang **Seidl** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Danke für die Beantwortung.

Ich finde es schon ein starkes Stück, muss ich ganz ehrlich sagen. Sie sind hauptverantwortlich, dass es dieses Prostitutionsgesetz gibt, gemeinsam, glaube ich, mit der Frau Kollegin Hebein. In seiner Verzweiflung stellt der Klubobmann der SPÖ Leopoldstadt einen Antrag, der vorsieht, Sie mögen doch bitte irgendetwas machen. Und Sie erzählen uns, Sie evaluieren und reden. Gut, sei es darum!

Ich weiß nicht, woher Sie die Zahlen der Bundespolizeidirektion haben. Auch ich rede sehr viel mit Polizisten. (*Lhptm Dr Michael Häupl: Das war leider sehr gut!*) Die Zahlen, dass es keine Prostituierten gibt, dass es immer wieder Aufgriffe gibt und so weiter, sind nicht jene Aussagen, die ich von der Polizei höre. Ein Grund, warum es eigentlich fast keine Kontrollen gibt, ist die Tatsache, dass die Abteilung Menschenhandel im Landeskriminalamt kein zusätzliches Personal bekommen hat. Ich weiß zwar, Sie sind dafür nicht hauptverantwortlich zuständig, nichtsdestotrotz haben Sie doch eine sehr hohe politische Funktion.

Ich würde Sie fragen, ob Sie sich dafür einsetzen, dass diese Abteilung personell aufgestockt wird. (*Lhptm Dr Michael Häupl: Das ist auch nicht schlecht!*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Herr Abgeordneter!

Es ist ganz interessant, dass Sie mir hier sagen, ich rede jetzt von Evaluierung. Natürlich rede ich über Evaluierung, weil Sie haben mich ja nach Evaluierung gefragt. (*Abg Dr Sigrid Pilz: Das hat er vergessen!*) „Wann werden Sie eine Evaluierung machen?“, ist Ihre Frage. Aber bitte, reden wir nicht über Evaluierung. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Reden wir darüber, welche Daten Sie von der Polizei haben. Dann können wir auch gerne darüber reden, welche Daten ich von der Polizei habe.

Richtig ist, das ist meine Funktion, ich bin Landesrätin, zuständig für dieses Gesetz. Ich muss Ihnen ehrlich gesagt sagen, gerade Ihre Fraktion war es, die sich mittlerweile seit mehreren Jahren hier hinstellt und ein Gesetz fordert, das die Straßenprostitution von Wohngebiet trennt. Jetzt haben wir es geschrieben, und jetzt sagen Sie, warum wir so ein Gesetz geschrieben haben und stolz auf unser Gesetz sind. Wir haben ein gutes Gesetz zusammengebracht.

Was man schon sehen muss, ist, im Landesgesetz für die Wiener Prostitution kann man Sachen regeln, zum Beispiel die Trennung von Wohngebiet und von der Straßenprostitution. Was man in diesem Gesetz leider nicht regeln kann, ist zum Beispiel die Abschaffung der Sittenwidrigkeit. Das ist nämlich eine Bundessache. Was man in dem Gesetz nicht regeln kann, ist zum Beispiel die soziale Schieflage, die es unter den Prostituierten gibt, die Situation, dass die Prostituierten eigentlich oft gar keine andere Möglichkeit haben, was den Arbeitsmarktzugang betrifft. Es gibt Frauen, die in dieser Stadt als Asylwerberinnen leben, die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben und denen eigentlich gar nichts anderes übrig bleibt, als sich zu prostituieren. Das sind alles Dinge, die ich auch gerne geregelt hätte, die sich aber eben im Wiener Prostitutionsgesetz nicht regeln lassen. Dieses Gesetz ist ein Gesetz, das erstens auf die Sicherheit der Frauen schaut, das zweitens das Wohngebiet von der Straßenprostitution trennt, und es ist ein Gesetz, das eine komplett neue, damals auch von der ÖVP zu Recht verlangte Regelung vorsieht, was die Zulassung von solchen Lokalen betrifft.

Ich kann Ihnen nur sagen, ich kriege täglich Berichte

von der Polizei. Ich weiß, dass sie dort ständig unterwegs ist, dass es von der Polizei genaue Beobachtungen, sowohl über das Stuwerviertel als auch über den Bereich des Praters, gibt. Wir sind dort auch in 10 bis 15 Nächten mit Schnellrichterinnen und Schnellrichtern unterwegs. Die Polizei bestätigt uns, dass das Gesetz wirkt und dass natürlich der Prater ganz genau beobachtet werden muss.

Ich verstehe die Verunsicherungen und die Wünsche auch der Leopoldstadt. Wir werden die Anliegen, die in diesem Antrag geschrieben worden sind, in der Steuerungsgruppe überprüfen.

Aber, noch einmal, hören Sie auf, die Menschen zu verunsichern und sozusagen ein Problem zu zeichnen, das derzeit in der Form, wie Sie es darstellen, kein Problem ist! – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin.

Wir kommen zur 3. Anfrage (FSP - 01084-2012/0001 - KSP/LM), die von Frau Abg Dr Claudia Laschan gestellt wurde und an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport gerichtet ist. *(Sehr geehrter Herr Stadtrat! Was sind die Hauptaufgaben der neuen Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche in betreuten Einrichtungen der Stadt Wien, die im Rahmen der weisungsfreien Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft angesiedelt wurde?)*

Bitte, Herr Stadtrat um die Beantwortung.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete!

Sie fragen mich nach der Funktion und Aufgabenstellung des neu eingerichteten Ombudsmannes für Kinder und Jugendliche, die in Einrichtungen der Stadt Wien beziehungsweise auch entsprechend der Vertragseinrichtungen im Rahmen der Jugendwohlfahrt betreut werden.

Wir haben uns entschlossen, diese Ombudsstelle im Rahmen der Kinder- und Jugendanwaltschaft, die eine weisungsfreie Einrichtung der Stadt ist, anzusiedeln, nicht zuletzt auf Grund der Erfahrungen, der Berichte im Zuge der Bearbeitung der aktuellen Missbrauchsfälle im Rahmen der Hotline-Tätigkeit, die zu Beginn bei der Kinder- und Jugendanwaltschaft angesiedelt wurde. Hier hat sich auf Grund zahlreicher Erfahrungsberichte von Opfern gezeigt, wie wichtig es gewesen wäre, eine Institution außerhalb der entsprechenden Einrichtungen, außerhalb der entsprechenden Jugendwohlfahrtsinstitution zu haben, die als niederschwellige und externe Einrichtung zur Verfügung steht, um Missstände aufzuzeigen und bei Problemen als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. Deshalb haben wir uns für diese Ombudsstelle im Rahmen der Kinder- und Jugendanwaltschaft eingesetzt und diese auch als erstes Bundesland eingerichtet, damit eben dieser externe Ansprechpartner Kindern und Jugendlichen in unseren Einrichtungen, aber auch in den Vertragseinrichtungen der MA 11 zur Verfügung steht.

Die Zielgruppe dafür sind eben Kinder und Jugendliche, die im Rahmen der vollen Erziehung in

Einrichtungen der Stadt oder ihren Vertragspartnern untergebracht sind, also in Krisenzentren und in den entsprechenden Wohngemeinschaften.

Die entsprechende Aufgabe wird nun seit 1. März von Herrn Peter Sarto als Ombudsmann wahrgenommen. Er war als Sozialpädagoge in mehreren Einrichtungen auch der MAG ELF tätig, unter anderem auch sieben Jahre als Erlebnispädagoge. Die Wahl der Kinder- und Jugendanwaltschaft fiel auf Herrn Peter Sarto, da er die Strukturabläufe der Jugendwohlfahrt sehr gut kennt und dadurch natürlich die Stärken, aber auch eventuelle Schwächen und Mängel entsprechend gut erkennen kann. Er war auch viele Jahre in einem Krisenzentrum beschäftigt und ist sehr erfahren, gerade mit Kindern und Jugendlichen in Krisensituationen. Gerade das ist natürlich in diesem Aufgabenbereich ein ganz wichtiges Feld. Während seiner 17-jährigen Tätigkeit waren ihm die Rechte der Kinder und Jugendlichen immer ein sehr starkes Anliegen. Er machte sich während seiner Tätigkeit auch immer für diese Rechte stark.

Seine Hauptaufgaben liegen einerseits in den aktiven Besuchen der Einrichtungen. Es war für uns ganz besonders wichtig, hier nicht nur eine anonyme Ombudsstelle, eine Hotline-Nummer, wo man anruft, zu errichten, sondern tatsächlich den Kindern und Jugendlichen ein Gesicht zu präsentieren, den Peter, wie ich immer sage, an den sie sich wenden können, der ihnen als wirklich guter Ansprechpartner zur Verfügung steht. Es ist natürlich auch auf die Hilfestellung bei einrichtungsbezogenen Beschwerden und bei der Wahrnehmung von sozialpädagogisch betreuten Kindern und Jugendlichen, mit Hilfe von Mediation oder Konfliktmanagement entsprechend zu reagieren.

Es geht natürlich auch um die Fragen der Dokumentation und der parteiichen Begleitung von Kindern und Jugendlichen mit Gewalterfahrungen in Einrichtungen der Wiener Jugendwohlfahrt.

Es geht auch um die Erarbeitung von zusätzlichen Präventions- und Partizipationsprojekten im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention mit den sozialpädagogisch betreuten Kindern und Jugendlichen.

Es geht natürlich auch um das entsprechende Feedback im Rahmen der Besprechungen mit den Dezernatsleitungen in den Einrichtungen, die ganz wichtig sind, um einfach das Feedback durch den Ombudsmann an die Pädagoginnen und Pädagogen weitergeben zu können.

Es orientiert sich seine Arbeit am Standard von Quality for Children. Diese Standards sind unter der wesentlichen Mitwirkung von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen, leiblichen Eltern, BetreuerInnen, Familienangehörigen, JuristInnen und RegierungsvertreterInnen in ganz Europa entwickelt worden. Wir bekennen uns selbstverständlich im Rahmen dieser Arbeit auch zu diesen Standards.

Es geht natürlich auch darum, in Kooperation mit der MA 11 die bestehenden Strukturen zu erläutern und mögliche Verbesserungen als Standards festzulegen. Wir wissen, dass wir im Bereich der Wiener

Jugendwohlfahrt sehr hohe Standards haben. Es zeigt sich das auch in den Diskussionen rund um das Bundesjugendhilfegesetz. Da geht es natürlich auch um die Erfahrungen dieser Ombudsstelle, immer entsprechende Standards zu überprüfen und allfällig zu verbessern.

Die Ombudsstelle der Kinder- und Jugendanwaltschaft und die MA 11 werden aber auch das Beschwerdemanagement für sozialpädagogisch betreute Kinder und Jugendliche gemeinsam weiterentwickeln. Das ist auch ein ganz wesentlicher Punkt.

Also die Aufgaben sind sehr vielfältig, aber im Zentrum, und ich betone das, was ich als ersten Punkt erwähnt habe, steht einfach, dass die Kinder wissen, es gibt auch außerhalb der Institution jemanden, der einen Namen hat, der ein Gesicht hat, an den man sich wenden kann, wenn man Hilfestellung braucht. Ich bin davon überzeugt, dass sich diese Einrichtung sehr gut bewähren wird. Die ersten entsprechenden Einrichtungen wurden bereits besucht und die Feedbacks sind sehr positiv.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat. Die 1. Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Anger-Koch. - Ich bitte darum.

Abg Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Grüß Gott, Herr Landesrat!

Meine Frage ist: Was konkret kann der Ombudsmann bei einer vorliegenden Beschwerde von Kindern unternehmen? Und wie wird garantiert, dass Beschwerden dann nicht versanden, sondern auch ernst genommen und diese auch bearbeitet werden?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Frau Abgeordnete!

Wie Sie wissen, ist in den Standards der MA 11 sehr klar festgelegt, wie mit entsprechenden Beschwerden umzugehen ist, nämlich auf der einen Seite eben durch konkrete Hilfestellung für den Jugendlichen. Da ist es ganz besonders wichtig, dass eben gerade die Ombudsstelle eine ganz klar parteiliche Stellung gegenüber den Jugendlichen hat, nämlich parteilich im Sinne der Kinder und Jugendlichen zu agieren. Hier greifen selbstverständlich jene Standards im Beschwerdemanagement, die selbstverständlich sind. Wenn es um strafrechtlich relevante Dinge geht, ist einer der klaren Standards selbstverständlich die Anzeige an die entsprechende Staatsanwaltschaft, etwas, was wir durchaus auch in vielen Fällen immer wieder ganz klar gemacht haben. Es ist selbstverständlich, wenn strafrechtlich relevante Vorwürfe kommen, die entsprechende Anzeige an die Staatsanwaltschaft zu erstatten. Aber auf der anderen Seite sind gemeinsam mit den entsprechenden Expertinnen und Experten konkrete Hilfestellungen ungeachtet des gerichtlichen Verfahrens, das ein ganz wesentlicher Bereich ist, anzubieten und gemeinsam vorzuschlagen. Das ist ein ganz wesentlicher Bereich, dass hier der Ombudsmann auch die Möglichkeit hat, im Sinne notwendiger Therapien et cetera die entsprechenden Vorschläge zu erarbeiten und dann in die entsprechende Umsetzung zu

bringen. Strafrechtlich Gerichte, alle konkreten Hilfestellungen für die Jugendlichen in allfällig schwierigen Situationen durch das entsprechende Angebot der Wiener Jugendwohlfahrt in Form von Therapie, in Form von Mediation und anderes mehr.

Andere Bereiche, wie zum Beispiel ein allfälliger auftretender hygienischer Missstand oder Ähnliches mehr sind natürlich auch ganz klar in den Standards geregelt. Hier hat die entsprechende Aufforderung an den Jugendwohlfahrtsträger, es kann eine Vertragseinrichtung oder gegebenenfalls auch die MAG ELF sein, mit einer entsprechenden Fristsetzung zur Behebung allfälliger Vorwürfe beziehungsweise allfälliger Missstände zu ergehen. Das ist ein zweiter Bereich, der natürlich ganz wesentlich ist.

Aber es geht mir darum, dass der Ombudsmann tatsächlich das Unterstützungsangebot für Kinder und Jugendliche im Fokus hat.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die nächste Zusatzfrage stellt Frau Abg Hebein. - Ich bitte darum.

Abg Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Landesrat!

Die neue Ombudsstelle ist ein total wichtiger Schritt zum Schutz der Kinder und Jugendlichen. Hier hat man wirklich eine sehr niederschwellige Anlaufmöglichkeit für Kinder und Jugendliche bei Problemen geschaffen.

Meine konkrete Frage ist: Was ist im letzten Monat seit Bestehen der Ombudsstelle konkret passiert? Was sind die weiteren Schritte?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Frau Abgeordnete!

Wie bereits in der Aufgabenstellung kurz beschrieben, ist natürlich der zentrale Fokus, zunächst einmal mit den Kindern und Jugendlichen in unseren Einrichtungen entsprechend in Kontakt zu treten. Daher wurde der vergangene Monat natürlich von Herrn Sarto intensiv genutzt, um die ersten Einrichtungen zu besuchen, entsprechendes Feedback zu bekommen und sich vor allem auch bekannt zu machen, eben mit Namen und Gesicht. Das ist sicher der erste wesentliche Bereich.

Der zweite wesentliche Bereich ist, dass er natürlich auch bei Beschwerden, Hinterfragungen von Eltern zur Verfügung steht. Also, er ist natürlich auch Anlaufstelle, wenn sich Eltern Sorgen um ihre Kinder machen. Auch hier gibt es bereits die entsprechenden Kontaktnahmen und die entsprechenden Bearbeitungen von ersten Kontaktnahmen.

Man muss aber auch sagen, nachdem wir das erste Bundesland sind, das diese Ombudsstelle eingerichtet hat, dass derzeit sehr viel Interesse an dieser Ombudsstelle vorherrscht. Es sind fast alle Bundesländer bereits an uns herangetreten, und im Konkreten natürlich auch an ihn, in welchem Rahmen er arbeiten kann, wo er angesiedelt wurde, weil sich viele Bundesländer jetzt ein Beispiel an Wien nehmen wollen, allerdings nicht nur Bundesländer in Österreich, sondern es liegen bereits Einladungen nach Berlin vor. Auch in Deutschland wird dieses Modell sehr aufmerksam verfolgt und beobachtet.

Also, es gibt derzeit, wie in einer Anlaufphase, natürlich den zentralen Fokus des Besuchs der Einrichtungen, der Kontaktnahme der Einrichtungen und vor allem natürlich auch die entsprechenden Kontaktnahmen mit der Wiener Jugendwohlfahrt, der MAG ELF als zuständiger Behörde, um bei jedem Feedback sehr rasch die entsprechenden Maßnahmen zu veranlassen, sofern diese auch notwendig sind.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die 3. Zusatzfrage stellt Herr Abg Nepp.

Abg Dominik **Nepp** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Schönen guten Morgen! Herr Stadtrat!

Wir haben diese Ombudsstelle immer gefordert. Das war eine langjährige freiheitliche Forderung. Wir hätten nur lieber gehabt, dass das vielleicht jemand aus dem deutschsprachigen Ausland und nicht wieder jemand, der als roter Gewerkschafter bekannt ist und wieder im Einflussbereich der Gemeinde Wien steht, macht.

Aber nichtsdestotrotz gibt es im gesamten Jugendwohlfahrtsbereich einige Baustellen. Eine davon sind unter anderem die Pflegeeltern, weil es dort viel zu wenig gibt. Jetzt hört und liest man, dass das Hauptaugenmerk vor allem darauf gerichtet ist, muslimische Pflegeeltern zu finden.

Daher meine Frage: Wie viele muslimische Pflegeeltern gibt es bereits? Und werden auch nichtmuslimische Kinder bei muslimischen Pflegeeltern untergebracht?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Herr Abgeordneter!

Zunächst einmal liegt das Hauptaugenmerk bei mir, und dazu auch immer ein ganz klares Bekenntnis, Pflegeeltern zu finden. Weder sexuelle Orientierungen im Sinne der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft noch religiöse Orientierungen sind für mich ein Ausschließungsgrund.

Ich glaube, dass die Unterbringung bei Pflegeeltern eine hervorragende Alternative zur besten Möglichkeit, nämlich dem Aufwachsen in der eigenen Familie, darstellt. Deshalb gibt es von uns auch immer die entsprechenden Bewerbungsmöglichkeiten beziehungsweise auch die entsprechende Informationsarbeit, um Pflegeeltern zu bekommen. Erfreulicherweise ist es uns gerade auch durch die entsprechende Werbeoffensive im letzten Jahr gut gelungen, eine entsprechende Steigerung bei Pflegeeltern zu erzielen. Daher werde ich auf diesem Weg auch weitergehen.

Aber die entsprechende Zahl kann ich Ihnen jetzt nicht nennen, weil ich gar nicht sicher bin und mir darüber klar bin, ob das religiöse Bekenntnis in irgendeiner Form erhoben wird, genauso nicht in der entsprechenden Unterbringung. Im Fokus steht, wo welches Kind mit welcher Problemlage am besten aufgehoben ist, welche Pflegefamilie bereit ist, ein Kind, sei es mit einer entsprechenden Behinderung oder sei es auch mit schwierigen Vorgeschichten, entsprechend aufzunehmen und bereit, diese sehr schwierige Aufgabe zu übernehmen, damit es dem Kind gut geht. Das steht im Fokus, aber sicher nicht das religiöse Bekenntnis.

(*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz** Danke, Herr Stadtrat.

Bevor ich zur nächsten Anfrage einleite, darf ich mitteilen, dass Frau Mag Wurzer ganztätig entschuldigt ist.

Wir kommen zur 4. Anfrage (*FSP - 01087-2012/0001 - KVP/LM*), die von Herrn Abg Dr Wolfgang Ulm gestellt wurde und an den Herrn Landeshauptmann gerichtet ist. (*Die Wienerinnen und Wiener wollen bei wichtigen Projekten und Maßnahmen, die sie betreffen, aktiv mitentscheiden. Die jüngsten Beispiele von Bürgerbefragungen in Währing und der Inneren Stadt haben gezeigt, in welchem hohem Ausmaß die Bevölkerung daran teilnimmt. Indes sind die Hürden für die Instrumente der direkten Demokratie in der Wiener Stadtverfassung weiterhin unzumutbar hoch, müssen es doch beispielsweise 57 106 wahlberechtigte Bürger sein, welche eine Volksbefragung initiieren können. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Hürden in Form von Unterschriftenerfordernissen für die Instrumente der direkten Demokratie in der Wiener Stadtverfassung signifikant herabgesetzt werden?*)

Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Sie sind heute von der ÖVP offensichtlich zur Fragestunde delegiert worden, weil Sie so fleißig Ihre Fragen einbringen. Aber es freut mich natürlich immer, Sie da zu sehen.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, zu diesem Thema haben wir beziehungsweise habe ich bereits einige Male Stellung genommen. Ich halte eingangs erneut fest, dass es letztlich Aufgabe der gesetzgebenden Körperschaften des Landtages ist, entsprechende gesetzliche Regelungen nach Verhandlungen, wie sie zum derzeitigen gültigen Gesetz auch stattgefunden haben, zu treffen. Wenn ich mich hoffentlich richtig erinnere, ist das damalige Gesetz auch mit der Zustimmung Ihrer Fraktion beschlossen worden.

Ebenso halte ich fest, dass ich die Instrumente der direkten Demokratie selbstverständlich befürworte und als einen wichtigen Beitrag zu einer modernen demokratischen Gesellschaft erachte, aber ebenso natürlich als einen wichtigen Beitrag in Ergänzung zur parlamentarischen Demokratie.

Was die von Ihnen angesprochenen Hürden in Form von Unterschriftserfordernissen anbelangt, meine ich, dass die bestehende gesetzliche Regelung, nicht zuletzt auf Grund des Verhandlungsergebnisses zur Festlegung dieses Gesetzes, durchaus vernünftig ist und die für die Initiierung für Volksbefragungen sowie Volksbegehren vorgesehene Mindestzahl von 5 Prozent der zuletzt Wahlberechtigten nicht unzumutbar hoch erscheint. Darüber hinaus, sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter, erlaube ich mir allerdings schon auch, darauf hinzuweisen, dass gemäß § 112a Abs 1 der Wiener Stadtverfassung nur Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereichs der Gemeinde in die Zuständigkeit des Gemeinderates fallen und, ausgenommen die in § 112a Abs 2 Wiener

Stadtverfassung angeführten, Gegenstand einer Befragung der wahlberechtigten Mitglieder aus einer Volksbefragung sein können. Die Fragestellungen, die sich mit den in § 112a Abs 2 Wiener Stadtverfassung normierten Materien auseinandersetzen, wie die Wahlen der Organe der Gemeinde, Gemeindeabgaben, Entgelte, Tarife, Personal, behördliche Angelegenheiten sowie Maßnahmen, durch die in verfassungsgesetzlich geschützte Grund- und Freiheitsrechte eingegriffen würde, können nicht Gegenstand einer Volksbefragung sein. Soweit die Zitierung aus der Stadtverfassung und der Hinweis auf das bestehende Gesetz.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann. Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Ulm. - Ich bitte darum.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Ich glaube, dass die Frage der Demokratie im Augenblick schon recht aktuell ist. Gab es doch erst eine Bezirksbefragung im 18. Bezirk zum Thema Parkraumbewirtschaftung. Diese Befragung wurde sehr gut von den Bürgern angenommen und sie hat auch ein sehr deutliches Ergebnis gebracht. Wir wissen, dass sich auch in anderen Bezirken die Bürger eine solche Befragung sehr gewünscht hätten. Es ist nur ganz schwer möglich, denn 57 000 Unterschriften sind natürlich schon einmal sehr viel für eine Volksbefragung im gesamten Wiener Bereich, es ist aber völlig unmöglich, eine solche Initiative zu starten, wenn sie sich nur auf einen Bezirk oder einen Stadtteil beschränken soll. Dann wäre ein Beschluss durch den Gemeinderat notwendig.

Erst recht ist aber diese 5-Prozent-Hürde viel zu groß, wenn es sich um einen Bezirk oder um einen Stadtteil handeln sollte, denn wenn ein Bezirk vielleicht nur 50 000 Einwohner hat, dann wäre es absurd, 57 000 Unterschriften für eine Volksbefragung zu verlangen. 2 500 Unterschriften wären bei einem Bezirk mit 50 000 Einwohnern, also 5 Prozent, realistisch. Wir hätten natürlich sehr viele Volksbefragungen zum Thema der Parkraumbewirtschaftung gehabt.

Das ist auch ein geeignetes Thema. Denn es geht nicht in erster Linie um Entgelte und Tarife. Ich frage nicht ab, wie hoch die Parkgebühr sein soll und ob es überhaupt eine Parkgebühr geben soll, sondern ich frage, ob eine Parkraumbewirtschaftung stattfinden soll. Ich frage nicht das Parkpickerl und die Höhe des Parkpickerls ab, sondern ich frage ab, ob so eine Form der Parkraumbewirtschaftung gewollt ist oder nicht.

Ich glaube, da würde mehr direkte Demokratie dieser Stadt sehr gut anstehen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Es darf eigentlich nicht im geringsten daran gezweifelt werden, dass ich Ihre Kreativität außerordentlich bewundere, denn wie die Fragestellung dazu selbstverständlich anzuerkennen ist, außer jedem

Zweifel, wie sie gestellt wurde, war natürlich genau so, wie Sie es hier mit dem stillen Lächeln des Wissenden dargestellt haben, nämlich haarscharf an der Wiener Stadtverfassung vorbei. Denn natürlich geht es nicht um die Frage der Parkraumbewirtschaftung, sondern der Tarife an sich, des Parkpickerls an sich. Natürlich geht es auch darum. So ist es auch in jeder Argumentation verkauft worden.

Ich nehme zur Kenntnis, dass offensichtlich die Wiener Stadtverfassung weniger wert ist als bestimmte politische Überlegungen, die von Ihrer Partei angestellt werden. Gefallen tut mir das nicht. Das sage ich in aller Offenheit. Denn da geht es nicht so sehr um die Frage der Demokratie. Selbstverständlich sollen, können, werden auch Volksbefragungen, Volksabstimmungen in dieser Stadt stattfinden, aber dass man sich in einer solchen Form über die Bestimmungen der Wiener Stadtverfassung, und ich habe bewusst § 112a dazu zitiert, hinwegsetzt, halte ich zumindest für etwas, worüber man diskutieren und es erwähnen sollte. Denn die Verfassung und die Verfassungsgesetze sind schon so etwas wie die Grundelemente unserer Rechtsordnung. Diese sollte man ernster nehmen, als dass man nur darüber nachdenkt, wie man sie entsprechend umspielen und umgehen kann.

Ich sage hier noch einmal dazu, wir leben durchaus auch in einem gewissen Vergleich, in Niederösterreich gibt es die Grenze von 50 000 Unterschriften. Das ist in einem Land, das ein etwas geringeres Elektorat hat, als das in Wien der Fall ist, daher durchaus entsprechend vergleichbar. Ich würde daher sagen, ich halte fest am Ergebnis der damaligen Parteienverhandlungen und des Beschlusses des Wiener Landtages.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Die 2. Zusatzfrage wird gestellt von Frau Abg Dr Kickert. - Ich bitte darum.

Abg Dr Jennifer **Kickert** (*Grüner Klub im Rathaus*): Guten Morgen, Herr Landeshauptmann!

Können Sie sich neben den bereits bestehenden Formen der Volksbefragung und der Volksabstimmung auch andere Möglichkeiten der direkten Demokratie auf Landesebene vorstellen? Das ist dann vor allem als Input für die gesetzgebende Kammer, die wir dann sind, sicherlich sehr interessant und wäre auch für die Oppositionsparteien als Verhandlungsgrundlage sicherlich ein netter Aspekt, zu wissen, was Sie sich da vorstellen können.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Frau Abgeordnete!

Nummehr beginnen angenehmerweise nicht die Diskussionen über die Instrumente der direkten Demokratie, sondern wir sind in diesen Bereichen schon ziemlich fortgeschritten. Das ist auch gut so. Also, ich will in keiner Weise daran rütteln. Ganz im Gegenteil, ich halte es für gut, richtig und wichtig, die bestehenden Instrumentarien zu nützen. Hier würde ich meinen, dass wir durchaus noch einen gewissen Entwicklungsbedarf haben, a) in einer gewissen Normierung, sodass man nicht nach selbstgestrickten Vorstellungen Befragungen durchführt. Es wird mit Sicherheit nicht reichen, dass

man halt Flugzettel verteilt, und das war es dann.

Zum Zweiten kann ich mir vorstellen, dass man sie auch sehr viel kleinräumiger durchführt und initiiert. Ich kann mir also durchaus vorstellen, dass man - nicht sozusagen als Mittel zum Zweck politischer Polemik, sondern tatsächlich zur Mitbestimmung der Bevölkerung - durchaus auch Dinge mit niederschwelligerem Zugang machen kann.

Was mir aber wichtig wäre, ist eine Mitentscheidung bei der Umfeldgestaltung. Eine ganze Menge abgewinnen, und das auch aus sehr persönlicher Erfahrung, kann ich etwa einer Mitgestaltung von Wohnraum, von Parks - ich meine jetzt nicht den unmittelbaren Wohnraum, sondern das städtische Umfeld des Wohnraums -, von Fußgängerzonen, von Freizeitbereichen, also all dem, was das Leben der Menschen unmittelbar viel mehr betrifft und von dem ich überzeugt bin, dass es die politische Welt viel zu wenig wahrnimmt.

Denn es interessiert die Leute natürlich sehr viel mehr - neben dem, was sie in der Arbeitswelt erleben -, was sie in ihrem Wohnumfeld entsprechend erleben, als eine ganze Reihe der Dinge, die wir hier diskutieren. Zum Beispiel, ob es 57 000 Unterschriften oder 37 000 Unterschriften sein sollen - da bin ich überzeugt davon, dass das nicht die aktuelle Diskussion in den Wiener Kaffeehäusern ist.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann. - Die 3. Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Dr Wansch. Ich bitte darum.

Abg Mag Dr Alfred **Wansch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Herr Landeshauptmann!

Die gestellte Frage betrifft elementare Dinge unseres Zusammenlebens, nämlich die Ausübung der Demokratie. Sie haben das Schicksal der Demokratie für die Wienerinnen und Wiener in die Hände der GRÜNEN gelegt, indem Sie Frau LhptmStin Vassilakou mit dem Ressort Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung betraut haben. Wir haben gestern in der Gemeinderatssitzung die Erkenntnis gewonnen, dass die GRÜNEN nun beabsichtigen, die verfassungsmäßigen Instrumente der direkten Demokratie zu ersetzen durch phantasievolle Gebilde wie Charta-Prozesse, Mediationsverfahren und so weiter.

In diesem Zusammenhang stellt sich jetzt die Frage: Warum haben die Bürgerinnen und Bürger für die Verfassung erkämpft, dass es das Instrument der Volksbefragung und der Volksabstimmung gibt? - Sie haben das deshalb gemacht, weil dadurch das freie, gleiche und geheime Wahlrecht gewährleistet wird. Das geheime Wahlrecht ist erkämpft worden, weil es vor Repressalien der Machthaber schützt. Diesen Prozessen, die jetzt von den GRÜNEN hier immer wieder dargestellt werden und die angeblich so bürgernahe sind, ist eines gemeinsam: Das geheime Wahlrecht ist nicht gewährleistet! Deshalb bin ich sehr dankbar, dass Sie sehr vorsichtig auf den Vorstoß der Kollegin Kickert geantwortet haben.

Meine Frage an Sie lautet: Sie haben im Regierungsübereinkommen mit den GRÜNEN

wortwörtlich vereinbart, dass die Volksbefragungen häufiger eingesetzt werden sollen. Ich frage Sie jetzt: Welche Maßnahmen treffen Sie konkret, um Ihr Versprechen an die Wienerinnen und Wiener zu erfüllen, dass Sie Volksbefragungen häufiger einsetzen werden.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Herr Abgeordneter!

Ich bin ja froh, dass ich wenigstens in der Lage war, Ihre Frage zu verstehen. Denn das, was Sie vorher begründet haben - ich bin ja nicht der Ex-offo-Verteidiger der GRÜNEN, aber dass die GRÜNEN die Verfassung aushebeln, das Wahlrecht abschaffen und die Instrumente der direkten Demokratie beseitigen wollen, habe ich mein Leben noch nie gehört!

Aber Ihre Interpretation - und mit wir haben Sie vermutlich die Freiheitliche Partei gemeint - nehme ich auch so zur Kenntnis. Letztendlich ist ein Parlament ja auch dazu da, die verschiedensten Meinungen, und seien sie noch so absurd, gegeneinander abzuwägen. Daher können und sollen sie hier auch geäußert werden.

Um Ihre eigentliche Frage zu beantworten: Da brauche ich nicht allzu viel zu tun, es findet ja statt! In der Realität dieser Stadt finden die Volksbefragungen statt, etwa zu Garagen.

Aber ich füge schon auch hinzu - und deswegen verweise ich noch einmal auf die Wiener Stadtverfassung -, dass die Wiener Stadtverfassung selbstverständlich besagt, dass diese Instrumentarien direkter Demokratie bei uns ein wichtiges Instrument dieser Verfassung sind, dass die Verfassung jedoch auch normiert, wo sie eingesetzt werden können. Und man kann die Verfassung nicht so interpretieren, dass man dabei einen Teil dann einfach vergisst.

Daher antworte ich Ihnen hier vollkommen klipp und klar: Jawohl, ich werde Volksbefragungen immer dann voll und uneingeschränkt akzeptieren, wenn sie auch der Wiener Stadtverfassung entsprechen! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann. - Die vierte und letzte Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Ulm. Ich bitte darum.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Vielleicht darf ich zu Beginn etwas Allgemeines sagen. Mich erfreut es im Regelfall, mit Ihnen zu reden und mit Ihnen zu diskutieren. Ich sehe es aber nicht als meine Aufgabe als Oppositionspolitiker, Sie im Besonderen mit einer Frage zu erfreuen, und möchte nun, um ein bisschen zum Ernst der Situation zurückzukehren, schon Folgendes sagen: Dass mir die Stadtverfassung egal ist - diese Unterstellung, die ich da aus Ihren Äußerungen heraushören musste -, muss ich wirklich auf das Schärfste zurückweisen! Davon kann keine Rede sein.

Wenn Sie die Stadtverfassung anders interpretieren, dann ist das Ihre Sache - ich weiß nicht, ob Sie da von Ihren Juristen beraten sind -, aber ich möchte mir nicht vorwerfen lassen, dass es bei uns Polemik und auf

Regierungsseite seriöse Politik ist. Was war es denn, als Sie vor der letzten Gemeinderatswahl eine Volksbefragung initiiert haben, in der die City-Maut abgefragt worden ist? (Abg Mag Dietbert Kowarik: Da sind wir wieder bei der absoluten ...)

Präsident Prof Harry **Kopietz** (unterbrechend): War das schon Ihre Frage?

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (fortsetzend): Das war einmal eine Suggestivfrage. (Heiterkeit.) Ich möchte dadurch nicht auf mein Fragerecht verzichten.

Präsident Prof Harry **Kopietz** (unterbrechend): Keine Frage, die Freude macht, sondern eine, die suggestiv gestellt wurde. - Bitte. (Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (fortsetzend): Wenn es bei der City-Maut möglich gewesen ist, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, dann muss es auch möglich sein, die Frage nach einer Kurzparkzonenregelung zu thematisieren. Das betrifft nicht allein die Höhe eines Entgelts. Auch bei der City-Maut haben Sie nicht konkret nach der Höhe, nach einem Entgelt gefragt.

Ich würde auch sehr gerne alle diese Dinge in den Parteiengesprächen debattieren. Nur hat leider Gottes das letzte zum Thema Wahlrecht und Demokratie vor einem Jahr stattgefunden.

Präsident Prof Harry **Kopietz** (unterbrechend): Wenn Sie, bitte, die Frage formulieren.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (fortsetzend): Deshalb bitte ich Sie um Bekanntgabe Ihrer Meinung darüber, ob es eine seriöse Form der Debatte ist, wenn man Parteiengespräche ein Jahr lang ruhen lässt, und frage Sie, ob Sie Ihrem Herzen nicht doch einen Stoß in Richtung mehr direkte Demokratie in Wien geben wollen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ich anerkenne neidlos: Das war eine gute Bemerkung. Und sie erspart es mir, Ihren Vergleich zu qualifizieren, da Sie ihn ohnehin schon als Suggestivfrage bezeichnet haben. Ich kann Ihnen nur noch einen kleinen Ratschlag mitgeben: Nicht alles, was hinkt, ist tatsächlich ein Vergleich; es kann manchmal auch ein Ross sein, das zu spät kommt. - Ich kann das daher so belassen.

Ich weiß nicht, was seriös oder unseriös sein soll an Gesprächen, die nicht stattfinden. Aber es ändert nichts an der Tatsache, dass es mir trotz alledem nicht gefällt, dass man nicht auch darüber miteinander redet. Ja, selbstverständlich bin ich durchaus dafür, dass man über Verfassungsfragen in den Parteien miteinander spricht und dass man über das Wahlrecht, das Ihnen ja so ein besonderes Anliegen ist, auch spricht. Ich bin zutiefst überzeugt davon, dass das stattfindet. Da ich auch in der Vergangenheit bei Wahlrechtsdebatten nicht Ihr Gesprächspartner war, werden Sie das vermutlich schon auch dort ausmachen müssen, wo auch diese Diskussion hingehört, nämlich in unserem Stadtparlament.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann. - Bevor wir zur 5. Anfrage kommen,

darf ich mitteilen, dass Herr Abg Schuster ab sofort der Landtagssitzung beiwohnt.

Wir kommen zur 5. Anfrage (FSP - 01085-2012/0001 - KFP/LM). Sie wurde von Herrn Abg Ing Guggenbichler gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet. (Durch Novellierung des Naturschutzgesetzes soll die Naturwacht von ihrem Betätigungsfeld vertrieben werden, sodass in Zukunft für die Tätigkeit der Naturwacheorgane künftig lediglich Magistratsbeamte in Frage kommen. In der Sitzung vom 26. Jänner 2011 haben Sie noch die Aktivitäten der Naturwacht gelobt und wörtlich gemeint: „... Es geht also mit Sicherheit nicht darum, die Naturwacht aus ihrer bisherigen Tätigkeit zu vertreiben, im Gegenteil, ich halte es für sehr vernünftig, wenn diese Tätigkeiten auch entsprechend fortgesetzt werden ...“ Wie bringen Sie die Aussage vom 26. Jänner 2011 mit der anstehenden Gesetzesänderung, bei der den ehrenamtlichen Naturwacheorganen die Möglichkeit entzogen werden soll, künftig als Naturschutzorgane tätig sein zu dürfen, in Einklang?)

Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Auf Grund der fortgeschrittenen Zeit will ich Ihnen und auch mir den vorbereiteten Text ersparen und werde versuchen, Ihnen das kurz zusammenzufassen.

Erstens: Es haben sich seit Einführung der Naturwacht zweifelsohne eine ganze Menge an Dingen verändert. Ich erlaube mir, das zu beurteilen, weil ich mich als so etwas wie ein Wegbegleiter dieser Naturwacht fühle. Daher haben wir hier die Situation, dass wir nicht nur, von der Fläche her gesehen, eine Menge an zu überwachenden Gebieten dazubekommen haben, sondern dass sich auch qualitativ eine ganze Menge verändert hat.

Vor allem bedeutet dies, dass nicht mehr – nur – unter Anführungszeichen, ich bitte, mich nicht misszuverstehen – nur die Beratung, der Hinweis, das Aufmerksam machen, sozusagen auch das an der Hand Leiten durch die Naturwacheorgane erfolgt ist, sondern diese in zunehmendem Ausmaß auch behördliche Aufgaben zu übernehmen haben. Ehrenamtliche Mitarbeiter und ehrenamtliche Funktionäre können keine Behördenaufgaben wahrnehmen.

Daher sage ich das hier noch einmal: Ich persönlich schätze die Arbeit der Naturwache und habe sie auch geschätzt, das ist überhaupt gar keine Frage. Ich halte an dem fest, was ich auch hier im Haus vor nicht allzu langer Zeit gesagt habe. Es ist aber insbesondere dadurch, dass a) sich quantitativ eine Menge verändert hat, b) hier auch behördliche Aufgaben wahrzunehmen sind, in der vorgesehenen Regelung ein vernünftiger Schritt zu sehen, den ich durchaus auch befürworte. Damit, so denke ich, kann man auch miteinander leben.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann. - Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Abg Ing Guggenbichler. - Bitte.

Abg Ing Udo **Guggenbichler** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Guten Morgen, Herr Landeshauptmann!

Heute ist ja geplant, dass das Naturschutzgesetz geändert wird. Da wird es eben erstmalig nur mehr Mitarbeitern des Magistrates ermöglicht, in Zukunft als Naturschutzorgane tätig zu sein.

Jetzt haben Sie gesagt, dass sich die Aufgaben verbreitert haben, dass auch das Niveau höher ist. Bis jetzt hatten wir aber eine Prüfung für diese Naturwacheorgane, und diese entfällt in Zukunft. Weiters ist Wien dann an sich das einzige Bundesland in ganz Österreich, in dem es ehrenamtlichen Mitarbeitern nicht möglich ist, diese Tätigkeit als solche Organe auszuüben, denn in allen anderen Bundesländern gibt es Mischsysteme zwischen öffentlichen Organen und ehrenamtlichen Organen.

Wie, glauben Sie, können Sie das in Zukunft bewältigen, auch in Anbetracht dessen, dass die Wiener Naturwacht bis jetzt 12 000 EUR an Förderung - seit der rot-grünen Regierungsbeteiligung, vorher waren es 24 600 EUR - bekommen hat? Wie können Sie ohne Mehrkosten diese Naturschutzaufgaben bewältigen, ohne einen Qualitätsverlust zu erzeugen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Ich kann jetzt sicherlich nicht Stellung nehmen zu den Fragen der Subventionen der Naturwacht. Das war einmal meine Aufgabe, sie ist es heute mit Sicherheit nicht mehr.

Aber ich kann auch gar nicht erkennen, was Ehrenamtliche daran hindern soll, auf die Natur aufzupassen. Ich meine, ich tue das ja selber auch. Wenn ich - was leider selten genug der Fall ist - mich irgendwo im Wald herumtreibe und jemand unachtsam umgeht, zum Beispiel mit Feuer, dann mache ich ihn natürlich genauso darauf aufmerksam, wie es sozusagen auch jedes Naturwacheorgan tut, dass das unzulässig ist. Nur: Wenn man dann einschreiten müsste, geht das natürlich auch für den Bürgermeister nicht. Dazu bedarf er dann entsprechender Exekutivorgane.

Daher denke ich, dass das durchaus eine vernünftige Regelung ist, die auch eine wesentlich effizientere Kontrolle vor Ort ermöglicht, vor allem auch das sofortige behördliche Einschreiten. Noch einmal: Das ist Magistratsbediensteten vorbehalten, und so soll es auch sein.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann. - Die 2. Zusatzfrage stellt Herr Abg Walter. - Bitte.

Abg Norbert **Walter**, MAS (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Guten Morgen, Herr Landeshauptmann!

Kollege Guggenbichler hat schon angesprochen, dass das Naturschutzgesetz heute geändert werden soll. Ich möchte Sie fragen, auch im Hinblick auf die Naturwacheorgane, die ja jetzt mit dem neuen Gesetz auslaufen: Können Sie sich vorstellen, Damen und Herren, die das bisher freiwillig gemacht haben, entweder als Vertragsbedienstete oder in den Beamtenstand der Gemeinde mitzuübernehmen, wenn sie für ihre Aufgaben die erforderlichen Kenntnisse mitbringen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Selbstverständlich kann ich mir das vorstellen, wenn sie die entsprechenden Befähigungen und Voraussetzungen mitbringen. Natürlich, warum nicht!

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. - Die vierte und letzte Zusatzfrage stellt Herr Abg Ing Guggenbichler. - Bitte. (Lhptm Dr Michael Häupl: Jetzt hast du ihn ausgelassen!) Entschuldigung! Völlig unübersehbar: Herr Abg Mag Maresch stellt die 3. Zusatzfrage. - Bitte.

Abg Mag Rüdiger **Maresch** (Grüner Klub im Rathaus): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Es ist ja bekannt, dass die FPÖ gerne Uniformen trägt und ein bisschen mit dem Säbel rasselt. Kollege Guggenbichler geht ja manchmal auf Bälle, wo er gern irgendwie uniformiert auftritt - deswegen möglicherweise auch diese Liebe zu den Farben und zur Uniform! (Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger: Hört doch auf damit!) Aber ich glaube, in der Naturwacht ist es vielleicht doch ein bisschen schwierig, mit so interessanten Uniformen aufzutreten. (Abg Mag Wolfgang Jung: Sie dürfen sich grün und blau ärgern!) Vielleicht hat er sich auch ein bisschen gekränkt, weil es dort keinen Platz für ihn gegeben hat.

Aber jetzt Spaß beiseite (Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger: Ein Spaß ist das nicht!): Woher oder von welchen Magistratsdienststellen werden die Menschen für die Naturwacht, für die kommenden Naturwacheorgane kommen? Und wie wird das funktionieren?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Herr Abgeordneter!

Die Frage kann ich Ihnen nicht beantworten - ich sage das ganz offen -, weil ich mich bisher weder mit der Frage der Adjustierung dieser neuen Organe noch mit ihrer personellen Zusammensetzung beschäftigt habe. Aber ich bin überzeugt davon, dass im zuständigen Gemeinderatsausschuss dann ausführlich auch die Frage der Uniformierung diskutiert werden kann, sodass es hoffentlich allseitigen Gefallen findet.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann. - Wir kommen zur vierten und letzten Zusatzfrage, und jetzt ist Herr Abg Ing Guggenbichler am Wort.

Abg Ing Udo **Guggenbichler** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Da es ja einer drastischen Gesetzesänderung bedurft hat, um die Naturwacheorgane, die über 30 Jahre im Dienst waren, nicht mehr tätig sein zu lassen, möchte ich fragen, was der konkrete Vorwurf gegen diese Organe ist, der Ihre Meinung in den letzten 12 Monaten so drastisch geändert hat, dass man nun ein Gesetz ändern muss, um diese Organe nicht mehr in der Form tätig werden zu lassen, wie es davor der Fall war.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Die Frage kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich habe keinen Vorwurf an die

Naturwacheorgane. Ich habe eine Argumentation zur Kenntnis genommen, die mir schlüssig und vernünftig erscheint. Ich habe diese Argumentation hier wiedergegeben und erspare es uns, dass ich sie wiederhole. Das ist der einzige Beweggrund, die einzige Argumentation, die mir vorliegt. Ich habe also keine Vorwürfe an die Naturwacheorgane.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann. - Wir haben damit die Fragestunde beendet.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde. Die Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „SMART-Wohnungen - ein neues Wiener Wohnbauprogramm!“ verlangt. Das Verlangen wurde gemäß § 39 Abs 2 der Geschäftsordnung ordnungsgemäß beantragt.

Ich bitte nun den Erstredner, Herrn Abg Dr Stürzenbecher, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass seine Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist. - Bitte, Herr Abgeordneter. *(Der Sitzplatz von Abg Dr Kurt Stürzenbecher ist leer.)*

Herr Abg Stürzenbecher? *(Ruf bei der ÖVP: Gerade nicht da! - Weitere Zwischenrufe. - Abg Dr Kurt Stürzenbecher begibt sich zu seinem Sitzplatz, um seine Unterlagen zu holen.)* Herr Abg Stürzenbecher darf zum Rednerpult.

Abg Dr Kurt **Stürzenbecher** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Danke für die freundliche Einleitung! - Wir haben heute in unserer Aktuellen Stunde die SMART-Wohnungen zum Gegenstand, dieses neue Projekt von StR Michael Ludwig, und ich glaube, dass das ein sehr gutes Projekt ist. Smart ist ja ein Begriff, der aus dem Englischen kommt und der, wenn man in einem guten Lexikon nachschaut, in etwa heißt: intelligent, raffiniert, schlau, pfiffig. Aber der Bürgermeister hat in der Klubtagung in Rust auch richtig gesagt, eine City ist erst dann smart, wenn sie auch sozial ist. Man muss sich also jetzt bei den SMART-Wohnungen zu diesen Begriffen noch das Soziale dazudenken *(Abg Mag Wolfgang Jung: Clever & Smart?)*, denn die schlaue Stadt kommt nicht nur den gutsituierten Bürgern zugute, sondern allen.

Das Projekt der SMART-Wohnungen von Wohnbaustadtrat Michael Ludwig ist ein besonders ambitioniertes, eine zusätzliche Facette des sozialen Wohnbaus, und es ist eine sehr gute Ergänzung des sozialen Wohnbaus. Der soziale Wohnbau in Wien ist ja einer, der nicht nur weltberühmt, sondern auch in seiner Qualität und Quantität einzigartig ist. Wir haben 225 000 Gemeindewohnungen, wir haben viele Tausende geförderte sogenannte Genossenschaftswohnungen. Wir haben auch geförderte Eigentumswohnungen - damit Kollege Juraczka auch zufrieden ist.

Wir haben einfach ein sehr breitgefächertes Angebot, sodass mehr als 60 Prozent der Wienerinnen und Wiener im sozialen Wohnbau wohnen. Damit ist es nicht

verwunderlich, dass wir auch in dieser Mercer-Studie schon seit vielen Jahren beim Wohnen besonders eindeutig an 1. Stelle sind: mit der Höchstpunktzahl 10, was Wohnen betrifft! *(Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.)* Darauf können wir wirklich stolz sein. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wir haben in den letzten Jahren durch die Weltwirtschaftskrise, die die schlimmste Krise seit 1945 ist, natürlich auch im Wohnbau mit großen Herausforderungen zu kämpfen. Letztes Jahr hat StR Ludwig die Wohnbauinitiative ins Leben gerufen und damit 6 250 Wohneinheiten bauen lassen. In der jetzigen Situation müssen wir uns vorstellen, wir haben ein Bevölkerungswachstum - erfreulicherweise! Wien ist um 11 Prozent gewachsen. Kärnten zum Beispiel hat einen dramatischen Bevölkerungsrückgang, Wien hat ein hoch erfreuliches Bevölkerungswachstum.

Aber es hat auch gesellschaftliche Veränderung gegeben: Scheidungen, Single-Haushalte nehmen immer mehr zu, und der Bedarf an Wohnungen nimmt zu. Zusätzlich ist es ein Faktum, dass durch die Weltwirtschaftskrise, obwohl wir sie in Österreich und Wien ganz gut abgefedert haben, derzeit eine Stagnation der Haushaltseinkommen zu verzeichnen ist.

So haben wir und hat Herr StR Ludwig dieses Konzept entwickelt: SMART-Wohnungen. Was ist eine SMART-Wohnung? - Eine SMART-Wohnung ist eine Wohnung mit einem intelligenten, kompakten Grundriss und optimaler Flächennutzung. Es soll zum Beispiel keine übergroßen Vorräume geben, für die dann zusätzliche Quadratmeter als Miete zu zahlen sind. Die Materialien und die Ausführungen sind auf möglichst geringe Kosten ausgelegt, vor allem, was Energie, Heizung, Wasserverbrauch und so weiter betrifft.

Überdies wird auf unterschiedliche Bedürfnisse der Bewohner eingegangen, je nachdem, was sie anders haben wollen und was sie sich leisten können. Da kann man flexibel sein: nicht zu groß und nicht zu klein. Man muss auch bedenken, dass wir in Wien seit den 70er Jahren bei der Pro-Person-Wohnfläche eine Steigerung von 25 auf 38 m² haben. Das ist doch relativ viel, wenn man bedenkt, dass im sozialen Musterbau der Ersten Republik, dem Karl-Marx-Hof - bewundert in der ganzen Welt -, 35 m² insgesamt die Norm waren; 45 m² beispielsweise für eine Familie mit 2 Kindern. Es war damals mustergültig für ganz Europa, dass sich Arbeiterfamilien das leisten konnten.

Trotzdem haben wir jetzt, am Beginn des 21. Jahrhunderts, ganz andere Dimensionen. So gesehen, sollten die Wohnungen natürlich nicht zu klein sein, aber auch nicht zu groß. In dem Sinn haben wir oder hat der Herr Stadtrat diese Wohnungen praktisch als Idee entwickelt. Vor allem ist es wichtig, dass sie so kalkuliert sind, dass sie mit kostengünstigen Gemeindewohnungen vergleichbar sind, das heißt, 50 Prozent günstiger als private Hauptmieten in gleicher Größe, Wien-weit gesehen. Ich glaube, das ist wirklich ein tolles Ergebnis! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die Planungen haben bereits begonnen. 2014 werden die ersten Wohnungen fertig sein, dann nahezu

angeschlossen an die bisherigen Projekte und in etwa die gleichen Vergabekriterien wie bei Gemeindewohnungen. Bevorzugt sind Leute mit Vormerkschein, der Lebensmittelpunkt muss natürlich in Wien sein. Über das Wohnservice Wien wird das abgewickelt. Die SMART-Wohnungen wird es in den verschiedensten Regionen in Wien geben. Aber es wird nicht einen einzelnen großen Bau mit lauter SMART-Wohnungen geben, sondern die SMART-Wohnungen werden in andere Wohnprojekte integriert. Sie sind damit ein weiterer Beweis für die Vielfalt des sozialen Wohnbaus in Wien.

Wenn ich daran erinnern darf: Wir haben die Wohnprojekte im Grünen, wo besonders darauf Rücksicht genommen wird, dass die Leute oft Grünbedürfnisse haben. Sie sollen ja nicht in den Speckgürtel mit der schlechten Infrastruktur ziehen, wo dann die Verkehrslawine aus und ein geht, sondern es sollen die Menschen natürlich - und das gelingt uns ja auch - so weit wie möglich in Wien wohnen. Weiters haben wir die Generationenwohnungen, die autofreie Musterstadt, die Frauen-Werk-Stadt, die Integrationswohnungen - ich habe es schon gesagt - und jetzt eben neben vielen anderen die SMART-Wohnungen dazu.

Sie sollen vor allem jungen Familien, aber auch Personen, die allein leben oder AlleinerzieherInnen sind, also Menschen, die nicht so viel Geld haben, die Möglichkeit bieten, dass sie wirklich qualitativ wohnen und es sich eben trotzdem leisten können. Das ist ja das, was die Wohnbaupolitik dieser Stadt seit den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts auszeichnet, mit der schlimmen Ausnahme von 1934 bis 1945. Aber in den vielen Jahrzehnten demokratischer Wohnbaupolitik haben wir uns immer dadurch ausgezeichnet, dass es ein qualitativ volles Wohnen ist, dass Wohnen ein Grundbedürfnis ist und dass wir diesem Grundbedürfnis in bester Form Rechnung tragen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Es soll natürlich für alle leistbar sein, wie ich schon gesagt habe, aber wir müssen immer auf die Zeiten so eingehen, wie sie eben sind. Derzeit haben wir Zeiten, in denen das Masseneinkommen zumindest nicht wächst. Ich hoffe natürlich, dass wir die Finanzkrise überwinden werden und dass das wieder besser wird, aber im gegenwärtigen Zeitpunkt ist das eine sehr intelligente, eine soziale Antwort darauf, dass Leute mit weniger Einkommen gute Wohnungen haben sollen.

Ich meine, dass das eine Fortsetzung dieser sozialen Wohnbaupolitik ist, wie wir sie in Wien praktizieren, und in dem Sinn kann ich dem Herrn Stadtrat zu dieser Idee nur gratulieren. Wir werden uns alle gemeinsam anstrengen, die rot-grüne Stadtregierung, unsere Bündnispartner von den GRÜNEN ebenso wie wir Sozialdemokraten, dass diese SMART-Wohnungen wirklich mit dazu beitragen, dass sich in Wien alle Menschen Wohnungen leisten können, die qualitativ sind.

Man sieht anhand dieser SMART-Wohnungen auch sehr gut, dass dem StR Michael Ludwig die guten Ideen

nicht ausgehen. Kaum ist eine auf Schiene und wird verwirklicht, kommt schon wieder die nächste gute Idee daher. Die Opposition kennt sich nicht mehr aus, sie weiß gar nicht, soll sie das kritisieren oder soll sie einfach einmal Fairness zeigen und loben, was ja durchaus auch vorkommen könnte. Aber bevor sie das beantwortet, kommt schon wieder die nächste gute Idee vom Herrn Stadtrat, und ich glaube, so wird es auch weitergehen.

In dem Sinn gehen dem Stadtrat die guten Ideen in der Wohnbaupolitik nicht aus, der rot-grünen Stadtregierung gehen die guten Ideen für Wien nicht aus, und das ist gut für alle Wienerinnen und Wiener. - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. - Ich teile auch mit, dass Frau Abg Mag Anger-Koch bis 14.30 Uhr entschuldigt ist.

Für weitere Wortmeldungen darf ich in Erinnerung bringen, dass sich jeder Abgeordneter und jede Abgeordnete nur einmal zum Wort melden dürfen und die Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist. Als nächster Redner hat sich Herr Abg Walter gemeldet. - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Norbert **Walter**, MAS *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Landesrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Besucherinnen und Besucher auf der Galerie!

Zuerst einmal: einen smarten guten Morgen! Irgendwie kommt mir das SMART so vor, als ob wir smart mittlerweile überall im Leben brauchen. Es gibt smarte Zigaretten, smarte Autos, es gibt smarte Telefone, und jetzt bekommen wir dann smarte Wohnungen. *(Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Gibt es schon einen smarten Wein? - Weitere Zwischenrufe.)* Ich denke mir - nein, die smarte City habe ich noch vergessen, weil Aspern ja zur „smartest City“ werden soll, habe ich seit Neuestem gelesen. *(Abg Mag Jürgen Wutzlhofer: ... geleistet!)*

Warum brauchen wir heute bei so einem ernsten Thema wie dem Wohnbau, auch der Wohnbauförderung - Kollege Stürzenbecher hat es ja gesagt, es ist ein Grundbedürfnis -, warum brauchen wir da Begriffe wie SMART-Wohnung? Warum gehen wir nicht her und sagen, es sind Startwohnungen, wie sie es früher einmal waren? - Wir helfen jungen Familien, wir helfen Singles, wir helfen AlleinerzieherInnen, damit sie sich wieder nach oben hanteln können, so wie das früher üblich war.

Wenn ich aus meiner Geschichte erzählen darf: Ich war zu Beginn im Studentenheim, hatte dann ein Zimmer privat gemietet, nach und nach wurde es dann mehr, und ich darf mich heute glücklich schätzen, in einem Eigentum zu leben. Herr Kollege Stürzenbecher, die Eigentumswohnungen, die gefördert sind, sind nach wie vor sehr wenige. Hören Sie bitte zu, Herr Kollege, denn Sie sind unser Ausschussvorsitzender! Ich würde Sie bitten, dass auch die geförderten Eigentumswohnungen wieder etwas mehr werden. *(Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Ich habe sie eh erwähnt!)*

Na ja, aber Sie wissen schon, wie viele wir bauen

und wie viele umgesetzt werden. Also, bitte, Schuster bleib bei deinen Leisten! (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Warum machen wir so viele Einzelprojekte? - Ich finde es gut, dass es Generationenwohnungen gibt. Ich finde es gut, dass es demnächst die Radler-City gibt. Es gibt die Frauenwohnhäuser; nämlich nicht die Frauenwohnhäuser für Frauen, die in Not sind, sondern die Frauen: ehemalige Sargfabrik 1 und 2.

Warum schaffen wir es nicht, intelligent diese Dinge so umzusetzen, dass man etwas weniger Marketing braucht, dass man die Dinge wieder etwas ehrlicher sieht? Denn das Marketing kostet auch Geld, damit könnte man einiges an Wohnraum schaffen. Man könnte einiges mehr dazu betreiben, dass vor allem auch junge Menschen wieder hineinkommen.

Und vor allem auch: Warum geht es nicht schneller? - Wir haben schon lange gewusst, dass Wien Zuzug hat. Wir haben gewusst, dass wir etwa 17 000 Vormerkungen bei Wiener Wohnen haben. Wir hätten schon lange darauf reagieren können.

In allen Projekten, die wir heute wohnbaugefördert abwickeln, hat nach wie vor die Architektur einen Riesenstellenwert. Ja, ich bin auch dafür, dass die Architektur einen Stellenwert hat. Auch wenn jetzt die dritte Säule dazukommt - oder eigentlich die vierte Säule - mit der sozialen Nachhaltigkeit, dann ist es trotzdem heute noch so, dass dort die Architektur mit ungefähr zwei Dritteln bewertet wird. Ich denke mir, gerade in Zeiten von knapperen Budgets, in Zeiten, in denen wir alle uns am Riemen reißen müssen, ist es an der Zeit, dass man auch dort, bei diesen Dingen, etwas zurücknimmt. Damit trifft es dann alle und nicht nur ein paar.

Ich sage auch: die ganze Wirtschaftlichkeit von Wiener Wohnen. Ich meine, Sie haben die Reform ja angekündigt, wir werden sehen, was am Ende des Tages herauskommt. Aber das Kontrollamt hat nicht unwesentliche Dinge bemängelt, vor allem im Servicebereich, vor allem die ganze Frage des Callcenters, auch in der ganzen Abwicklung. Ich meine, es gibt ja einige Häuser, die zum Beispiel auch gemeinnützige Wohnbauträger verwalten. Es wäre auch durchaus sinnvoll, dass private Hausverwaltungen Wiener-Wohnen-Häuser verwalten, wenn man es denn selber nicht kann. Da bin ich durchaus dafür, und das ist nicht eine Privatisierung in dem Sinne, aber das ist zumindest eine Wirtschaftlichkeit. Denn auf der einen Seite über 1,5 Milliarden an Schulden zu haben, auf der anderen Seite einen sozialen Wohnbau zur Verfügung zu stellen, das kann sich niemand, auch kein Privater, leisten. Ich denke, gerade in Zeiten, in denen wir alle sparen müssen, wäre es auch hoch an der Zeit, hier die Wirtschaftlichkeit nach oben zu treiben.

Herr Kollege Stürzenbecher hat gesagt, dass eigentlich nur die Sozialdemokratie sozialen Wohnbau gemacht hat. Ich erinnere daran, dass zum Beispiel das ÖSW, gegründet aus der christlichen Nothilfe nach dem Krieg ... (*Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Sagen wir auch!*) Ich sage nur, dass auch in Wien genügend ÖVP- und christlich-soziale Wohnbauträger am Werk sind, die

sozialen Wohnbau machen. Ich denke, es ist nicht notwendig, hier immer nur eine Fraktion herauszustreichen.

Ein jeder von uns muss irgendwo wohnen, ein jeder hat auch das Recht, irgendwo zu wohnen. Ich denke mir, in dem Sinne sollte manches Mal etwas weniger Marketing ein Mehr für den Wohnraum sein. - Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Mag Chorherr. - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Angesichts von 20 000 Menschen - die Zahl in Wien wächst - und restriktiven Budgets müssen wir uns sehr, sehr anstrengen, dass nicht Entwicklungen eintreten, die in allen Städten der Welt zu beobachten sind. Günstiger Wohnraum in der Stadt wird knapper, und Menschen werden gezwungen - München ist so ein Beispiel, aber auch sehr viele andere Städte, Paris, London sowieso -, dass Menschen, die Wohnungen suchen, insbesondere junge Menschen, im Stadtbereich keine Wohnung mehr finden; keine Wohnung mehr finden, weil es keine günstigen Wohnungen mehr gibt! Insofern ist das eine wichtige Initiative, dass Menschen, die in der Stadt leben wollen, entlang von U-Bahn-Linien, entlang von Einkaufsmöglichkeiten, von Freizeitmöglichkeiten, weiterhin Wohnungen haben.

Wir werden uns aber sehr anstrengen müssen! Denn es gibt einen ganz großen Trend auf der ganzen Welt, der auch für Wien gefährlich ist. Das ist die Frage der explodierenden Grundstückskosten. Ich nenne Ihnen ein paar Zahlen dazu.

Der Wohnfonds akzeptiert eine bestimmte Größenordnung, was der Grundkostenbeitrag beim geförderten Wohnbau ist. Die Zahl beträgt 235 EUR pro Quadratmeter. Es gibt in Wien kaum mehr irgendwo neue Grundstücke, die auch nur in die Nähe dieses Bereichs kommen. Schauen Sie sich an - und daran ist jetzt niemand schuld, keine Partei, niemand als Individuum -, schauen Sie sich an und hören Sie sich um - der Herr Wohnbaustadtrat weiß das, alle, die sich mit dem Bereich beschäftigen, wissen das -, worum heute, nicht in Toplagen, sondern im 15., im 16., im 21., auch schon im 11. Bezirk, angekauft wird, zu welchen Preisen pro Quadratmeter! Ich sage Ihnen - ich habe mich extra für diese Aktuelle Stunde erkundigt -, 500, 600, 700, 800 EUR pro Quadratmeter Nutzfläche sind heute durchaus schon normal. Wir reden also darüber, dass mehr als die Hälfte der Herstellkosten bereits Grundkosten sind!

Warum ist das so? - Das ist so, weil die Menschen Inflation erwarten und viele Menschen Geld anlegen wollen in Bereichen, in denen sie glauben, dass es sicher ist. Und was ist sicherer als Grund und Boden in der Stadt! Das ist extrem gefährlich. Wir können uns noch so anstrengen bei den Herstellkosten, und noch einmal, das ist eine wichtige Initiative, zu sagen, wie können wir günstiger bauen? Wie können wir alles besser ausnützen? Meine Damen und Herren, wenn es uns nicht gelingt, die Explosion bei den

Grundstückskosten in den Griff zu bekommen, dann werden die Wohnungskosten weiter steigen!

Mit dem werden wir uns beschäftigen müssen. Ein erster Schritt wird jetzt - aus unserer Sicht sehr unzureichend - von der Bundesregierung vorgenommen, und zwar mit dieser Widmungsabgabe. Wir werden sehen, wie diese funktioniert, denn da geht es ja nur darum, dort, wo Grünland auf Bauland umgewidmet wird, 25 Prozent abzuliefern. Wir werden darüber nachdenken müssen, dass es ja nicht nur von Grünland auf Bauland geht, sondern auch dann, wenn es von Bauklasse I auf Bauklasse II oder Bauklasse III geht, enorme Bereiche anfangen.

Wir müssen auch weiter darüber nachdenken, wie wir mit einem kommunalen Grundstücksbeschaffungsprogramm, wie es der Wohnfonds ist, ankaufen und wie wir grundsätzlich festhalten, dass Marktwirtschaft oder Kapitalismus dort ihren Sinn hat, wo es etwas zu produzieren gilt, bei Häusern, bei Kleidung, bei Schuhen, bei Autos, bei Fahrrädern, bei Krawatten, dass aber dort, wo es der knappe städtische Raum ist, mehr Geld nur dazu führt, dass die Kosten explodieren. Wenn wir dann in Zuständen wie in Tokio, in London, in Paris oder in München sind, dass die Grundstückskosten derart exorbitant sind, dass wir sogar dann, wenn wir um null bauen würden, kaum mehr akzeptable Wohnpreise bekommen, dann würde die Zersiedelung steigen.

Daher werden wir uns als gesamte Stadtregierung, in Ergänzung dieses wichtigen Programms, sehr anstrengen müssen mit einer Reihe von Maßnahmen. Der Herr Wohnbaustadtrat hat in den letzten Monaten auch öffentlich bereits einige genannt.

Wie wir die explodierenden Grundstückskosten in den Griff bekommen können, das ist eine der wichtigsten Aufgaben, die wir haben. Denn nur, wenn günstiger Wohnraum in ausreichender Menge zur Verfügung steht, können wir auch die Verkehrsprobleme in den Griff bekommen und können etwas gewährleisten - ein Satz, den Herr Stürzenbecher völlig richtig gesagt hat -: Wien ist eine gerechte Stadt! Zur Gerechtigkeit gehört auch die Zugänglichkeit zu öffentlichen Verkehrsmitteln, das können wir nur innerstädtisch gewährleisten. Und eine gerechte Stadt muss günstige Grundstückskosten garantieren, aber da werden wir uns sehr anstrengen müssen. - Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. - Zum Wort gemeldet ist der Zweite Präsident des Landtages Herzog. - Bitte, Herr Präsident.

Abg Johann **Herzog** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Herr Stadtrat!

Zur vorliegenden Debatte kann ich so beitragen, dass ich einmal feststellen muss: Die Wohnsituation in Wien ist sicherlich durch steigenden Wohnbedarf gekennzeichnet, und zwar aus verschiedensten Gründen wie Zuwanderung - die wird in Zukunft noch mehr werden -, Wohnungszusammenlegungen, Single-Wohnungen und Ähnlichem mehr. Wir haben durch lange Jahre hindurch die Sanierung in den Mittelpunkt

gestellt. Aber wir Freiheitliche sagen seit Langem, dass es notwendig ist, mehr Wohnraum zu schaffen, und zwar preisgünstigen, der nicht die üblichen geförderten Wohnungen umfasst, die für viele nicht leistbar sind. Wir haben daher verlangt, dass der Gemeindewohnungsbau wiederaufgenommen wird, und haben eine Zahl von 5 000 für Wien als notwendig erachtet.

Die nunmehr vorliegende Idee der SMART-Wohnungen ist mit Interesse zu betrachten, das möchte ich in aller Deutlichkeit feststellen. 2 000 Wohnungen sollen bis 2014 fertig werden, günstiger als der private Schnitt - wobei man sagen muss, der private Schnitt ist auch so ein Thema, es ist also sehr, sehr differenziert, wie wir wissen -, und haben Gemeindewohnungscharakter. Das heißt also, dass dies den freiheitlichen Forderungen, die wir hier vorgeschlagen haben durch manche Debatten der Jahre, durchaus entgegengekommen ist, derweil sie halbwegs günstige Wohnungen anbieten und auch Single-Haushalte versorgt werden.

Allerdings, die Nettoobergrenze von 7,50 EUR an, die Mietenobergrenze von 7,50 EUR Bruttomiete, ist eine Frage, ob das zu halten sein wird. Denn heute gibt es doch den einen oder anderen Einwand dagegen. Bereits im Mai wird es zu einer Erhöhung der Richtwerte um 5 Prozent auf 5,16 kommen, damit ist die Frage zu stellen, welche Auswirkungen das haben wird.

Interessant war, dass der Obmann der Gemeinnützigen, Herr Wurm, festgestellt hat - und zwar in der Zeitung „Kurier“ vom 16. März -, dass billiges Wohnen bald passé sein wird. Ich möchte das nicht lange vorlesen, ich stelle nur fest: Die Finanzierung trocknet aus, es gibt die eine oder andere Großbank, die keine Wohnbaufinanzierung mehr anbietet. Und ganz wichtig, viel wichtiger sogar: Die Auswirkungen des Sparpaketes können in einer Kürzung der Wohnbauförderung um 15 Prozent münden, was heißen würde, dass die Neubautätigkeit österreichweit um mindestens 4 000 Wohnungen sinken würde.

Natürlich wird die Gemeinde Wien Mittel und Wege finden, um mit den Banken zu Einigkeit zu kommen. Aber die Kapitalvorschriften werden ja trotzdem einzuhalten sein.

Die Bauwirtschaft zum Beispiel hat sich auch mit dem Thema beschäftigt, und der Bundesinnungsmeister Frömmel schlägt vor, dass praktisch die Zweckwidmung der Wohnbauförderung aufzuheben ist und eine Ausgliederung der Rückflüsse und Zinsen aus vergebenen Wohnbaudarlehen aus den Landesbudgets erfolgen sollte. Wohnbaugeld sollte zu 100 Prozent in den Wohnbau fließen - eine Sache, die wir gut finden, weil wir doch sehr wohl sehen, dass die Nebeneffekte der Aufhebung der Zweckbindung auch in Wien wirksam werden. Auch wenn Sie es immer ableugnen: Selbstverständlich hat es eine Mittelumleitung auch hier in Wien gegeben! Daher wäre eine solche Vorgangsweise eine sehr, sehr gute.

Dann sind natürlich die Wohnungskosten ein Hauptfaktor! Es sind ja nicht nur die Mieten, sondern es ist auch die Teuerung im Rahmen der Gebührenpolitik,

das muss man in aller Deutlichkeit feststellen. Wir haben das auch gestern heftig diskutiert, bei Wasser oder Müll gibt es massive Steigerungen.

Aber interessant ist natürlich die massive Steigerung bei den Energiepreisen. Am Freitag, dem 16. März, wurde vom Chef der E-Control, Boltz, festgestellt, dass die Privaten um 10 Prozent zu viel für Strom zahlen, und für Strom und Gas gilt beides. In Summe würden die heimischen Stromversorger ihren Haushaltskunden derzeit um 120 Millionen EUR zu viel verrechnen. Und Herr Boltz sagt, die heimischen Landesversorger hätten als marktbeherrschende Unternehmen den öffentlichen Auftrag, gesunkene Großhandelspreise angemessen an die Privatkunden weiterzugeben.

Dieses Aussackeln der Wienerinnen und Wiener ist etwas, was wir immer schon abgelehnt haben. Die Anträge, das einzuschränken und aufzuheben, werden ja von Ihnen regelmäßig abgelehnt. Daher verlangen wir einen Gebührenstopp, gar keine Frage. Dann wäre nämlich Wohnen ganz allgemein - nicht nur im Gemeindebau, nicht nur im geförderten Bau, sondern ganz generell - viel, viel billiger.

Ich komme noch zu einer kleinen Bemerkung, die ich in der „Welt“ gelesen habe: In Deutschland droht Hausbesitzern die Pflicht zur Dämmung - wir haben das Thema in Österreich auch und in Wien genauso -, und drei Viertel aller Heizungen in privaten Wohnhäusern sind veraltet. Es gibt eine EU-Bestimmung, wonach ein Auswechseln notwendig wäre, die vielleicht nicht halten wird. Aber es soll in Wien, wenn man den Rauchfangkehrern glaubt, 80 Prozent der Heizungen betreffen, dass diese letzten Endes mit diesen Vorschriften, die neu kommen würden, ausgetauscht werden würden, was auch eine unglaubliche Verteuerung der Wohnkosten mit sich brächte.

Irgendwelche Auflagen EU-weit für Wände, Dächer und Fenster von Altbauten wären erstens eine Preisfrage, zweitens natürlich fallweise recht günstig. Aber wir haben natürlich das Hauptthema, den Stadtcharakter zu erhalten, das ist ein wesentlicher Punkt. In Dächern oder Kellern kann man so etwas machen, aber nicht in den Fassaden, und zwar nicht nur denkmalgeschützt, sondern ganz generell. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. - Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Ing Mag Dworak. - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Ich setze hinter den Titel der Aktuellen Stunde bewusst ein Fragezeichen und kein Rufzeichen. Als Untertitel in einem „Standard“-Artikel heißt es so schön: Besser wohnen mit den Wiener Roten. Der Herr Landesrat will kleinere Wohnungen anbieten anstelle der bisher offenbar immer teurer werdenden Wohnungen. Kein Wunder, der Baukostenindex ist in den letzten 10 Jahren um 40 Prozent gestiegen, während der allgemeine Verbraucherpreisindex nur um 25 Prozent gestiegen ist.

Ich will an dieser Stelle nicht, wie das die FPÖ macht, von einem Neubau von Wohnungen durch die Stadt reden. Das System des geförderten Wohnbaus in Wien war immer durch zwei wesentliche Punkte dominiert, einerseits den klassischen Wiener Gemeindebau, die 220 000 Gemeindewohnungen im direkten Besitz der Stadt Wien. Insbesondere hat man durch die Änderung der Geschäftsführung mit der Besetzung von Dipl-Ing Neumayer von der MA 34 jetzt den Schwerpunkt auf Sanierung gesetzt und auf Neuorganisation von Wiener Wohnen. Wir haben diese Organisationsform von Wiener Wohnen immer kritisiert.

Der zweite Punkt war die klassische Wohnbauförderung, die es ermöglicht, einfach billigere Wohnungen anzubieten und wo eben der Wohnfonds ungefähr ein Drittel bis zur Hälfte des Kontingents anderweitig anbietet. Allerdings - und das wurde heute auch kurz erwähnt - ist der Wohnfonds durch seine Aufkaufpolitik schon ein Grundstückspreistreiber. Ich fürchte, das muss auch hier an dieser Stelle gesagt werden. Denn die Preise steigen deutlich.

Jetzt soll es probeweise ein neues Modell geben. Unter dem Titel SMART-Wohnungen sollen Startwohnungen für Jungfamilien, Paare, AlleinerzieherInnen et cetera angeboten werden. Finanziert soll das System offensichtlich über die Wohnbauförderung werden, denn ich kann mir nicht vorstellen, dass es anders möglich wäre.

Vorerst sollen 2 000 Wohnungen gebaut werden, das Projekt soll relativ schnell entwickelt werden. Wer die Marktrealität der explodierenden Preise kennt, wird mit der Deckelung von 7,50 EUR pro Quadratmeter, die angekündigt worden ist, das wird sich unserer Meinung nach nicht so schnell ausgehen, denn 7,50 EUR Bruttomiete inklusive Mehrwertsteuer und Betriebskosten - wenn ich denke, dass bei Gemeindewohnungen 90 Prozent des Richtwertsatzes, also rund 4,40 EUR, die Betriebskosten steigen und steigen, und die Betriebskosten bei den Gemeindebauten liegen heute schon bei 2,50 EUR, also da sehen wir durchaus Probleme.

Dann noch die Größe: Man spricht jetzt von 40 m² für 2 Personen. Das heißt, wir haben aber gehört, 25 m² nach dem Krieg, jetzt sind es rund 38 m² pro Einzelperson - also hier wird man Probleme bekommen. Die Menschen haben auch die subjektive Verbesserung durch funktionelle Architektur der Kleinwohnung. Das wird unserer Meinung nach auch nicht wirklich ein Hit werden. In Foren wird nämlich immer wieder auf den leistbaren Preis hingewiesen und nicht so sehr auf die Architektur. Ich darf hier noch einmal das „Standard“-Forum bemühen: Kleine Wohnungen machen Menschen klein. - Dem ist nichts hinzuzufügen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Johann **Herzog**: Die nächste Wortmeldung liegt von Frau Abg Hebein vor. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen!

Ich würde gerne nochmals untermauern, warum ich

diese Initiative von Ihnen, Herr Stadtrat, wirklich für eine gute und für eine nachhaltige halte. Und zwar ergänzend zu meinem Vorredner aus folgenden Gründen: Erstens ist die Stadt Wien nach China und Kuba der größte öffentliche Immobilieneigentümer pro Kopf, und das schafft ... *(Ruf bei der ÖVP: Das ist ein gutes Argument! - Weitere Zwischenrufe.)*

Beruhigen Sie sich ein bisschen, hören Sie zu! Es geht um Wohnen. Wissen Sie, Wohnen ist wirklich ein Grundbedürfnis, und leistbaren Wohnraum für die Wiener und Wienerinnen zu schaffen, ist unsere Aufgabe. *(Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.)* Beruhigen Sie sich, geben Sie die ideologischen Scheibenwischer einmal kurz zur Seite! Sonst kann ich nicht sagen, was ich sagen will. Das heißt, ich beeile mich jetzt.

Einerseits sind Sie so ein großer Player und können dadurch auch bei den Mietpreisen mitsprechen. Das ist extrem wichtig, weil wir hier als Stadt Wien nicht auf Gewinnmaximierung setzen, sondern auf sozialen Ausgleich. Das ist entscheidend und extrem wichtig für die Wiener und Wienerinnen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Einen zweiten Punkt halte ich auch für sehr entscheidend: Man kann da sehr gut der Segregation entgegenwirken. Wir haben in Wien nicht diese Ghettos oder Bereiche, wo man sagt, dort kommen arme oder armutsgefährdete Menschen hin, sondern es wird verteilt, durchmischt auf ganz Wien. Das ist jetzt auch ein Kriterium dieser neuen SMART-Wohnungen. Das halte ich für entscheidend!

Noch einmal: Denken wir nur ganz kurz an die Unruhen in Großbritannien, das ist nicht so lange her. Man muss auch die sozialen Aspekte berücksichtigen, und dort war der fehlende Wohnraum ein Auslöser. Denn der Wohnraum ist eine Grundlage oder eine Voraussetzung dafür, dass die Menschen überhaupt gesellschaftlich teilhaben können. Insofern ist das auch deswegen eine gute Initiative.

Wir haben steigende Mietpreise, es ist schon viel darüber gesagt worden. Auch der geförderte Wohnbau verlangt ja einen Eigenertrag, den können sich nicht viele leisten. Hier wird ein günstigerer Zugang geschaffen, das ist auch ein wichtiges Signal.

Erlauben Sie mir, über die Zielgruppen noch Folgendes zu sagen. Über Jahrzehnte war die Wohnbauförderung sehr fokussiert auf diese Kleinfamilienstrukturen. Die Gesellschaft hat sich verändert, sie hat sich individualisiert. Hier auch einen Schwerpunkt auf AlleinerzieherInnen beziehungsweise auf Singles zu setzen, ist ein wichtiges Signal, hier werden wir der gesellschaftlichen Entwicklung sehr gerecht.

Das alles sind Punkte, die jetzt bereits angeführt sind, die in Ihrem neuen Konzept berücksichtigt werden. Ich würde gerne noch einmal darauf zurückkommen, dass Wien jährlich so rasant wächst. Hier ist es eine der größten Herausforderungen, vor denen wir stehen, die Planung in Form einer Inklusion zu machen. Das heißt, Wohnraum zu schaffen, bedeutet ja auch, Infrastruktur zu schaffen, günstige Verkehrsmittel, Schulen zu bauen,

Sozial- und Freizeitmöglichkeiten. Das heißt, das ist die Herausforderung bei einer so schnell wachsenden Stadt wie Wien. Das ist gut so, und diese Herausforderung werden wir sicherlich gemeinsam meistern.

Insofern - aus all diesen Gründen, etwas kurz erklärt - halte ich es für eine Parole der Dummheit, wenn von ÖVP und FPÖ immer wieder „Mehr Privat und weniger Staat!“ gefordert wird und hier immer wieder überlegt wird, Gemeindebauten zu verkaufen. - Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - Abg Mag Wolfgang Jung: In Kuba ist alles Staat!)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Frank. Ich erteile es ihr.

Abg Henriette **Frank** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Präsident! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ganz kurz nur zu Frau Hebein: Es gibt im Gesetz einen Ausdruck, der heißt „Unwissenheit schützt vor Strafe nicht“. Sie sind zwar erst sehr kurz im Gemeinderat, aber die Freiheitlichen haben noch nie verlangt, dass man Gemeindewohnungen verkaufen soll. *(Oh!-Rufe bei den GRÜNEN.)* Sagen Sie so etwas nicht, das ist eine bewusste Unwahrheit! *(Beifall bei der FPÖ. - Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Um auf das Thema einzugehen, möchte ich mich einmal vorweg beim Herrn Stadtrat ... *(Zwischenruf von Abg Dipl-Ing Martin Margulies.)* Ich glaube, im Moment bin ich am Wort. - Herr Stadtrat, ich möchte mich sehr herzlich dafür bedanken, dass Sie wieder einmal die Ideenbörse der Freiheitlichen aufgegriffen haben! *(Rufe und Gegenrufe zwischen GRÜNEN und FPÖ.)*

Wir haben schon früher - das betrifft nicht Ihr Ressort - den Ombudsmann für Kinderheime gefordert; er wurde umgesetzt. Wir haben einen Gratiskindergarten gefordert; er wurde umgesetzt. Wir haben die Regeln im Gemeindebau gefordert; da hapert es noch ein bisschen, aber man ist dran. Die Begrünung der Flachdächer und Fassaden: Es ist zögerlich, aber es wird umgesetzt. Und seit zehn Jahren stelle ich Anträge für variables Wohnen, vor allem aber für Single-Wohnungen. Gut, es hat zehn Jahre gedauert, aber wie man sieht: Es führt zum Erfolg! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nur, was machen Sie daraus? - Sie haben ein SMART-Wohnprogramm entwickelt. Ich möchte das jetzt einmal definieren, natürlich etwas anders als Herr Dr Stürzenbecher. Da ist zum Beispiel: S wie spezifisch, und das bedeutet, dass die Ziele eindeutig definiert werden müssen, nicht vage, sondern so präzise wie irgend möglich.

Wenn Sie dann schreiben, es geht auf Trends und Bedürfnisse von Jungfamilien, Paaren, AlleinerzieherInnen und Singles ein, dann sind das schon einmal völlig konträre Bedürfnisse. Ein Single wird sicher andere Bedürfnisse als eine Jungfamilie haben, oder ein Paar andere als AlleinerzieherInnen. Es ist hier also nichts definiert, und ein Trend ist sowieso vage, denn der ändert sich ja alljährlich. Sie definieren hier also überhaupt nicht, was Sie mit diesen SMART-Wohnungen definitiv meinen.

Das Nächste ist: Das Ganze muss messbar sein. Da

ist jetzt die Frage: Was ist messbar? Ist es messbar an der Fläche? - Herr Dr Stürzenbecher hat sehr emotional vorgebracht, es gibt jetzt durchdachte, kompakte Grundrisse. Ich habe das bislang vom sozialen Wohnbau vorausgesetzt, dass, wenn wir Wettbewerbe ausloben, diese durchdachte Grundrisse haben. Weiter heißt es, dass man nicht benötigte Wohnflächen jetzt verhindern will, um nicht unnötige Mietkosten zu zahlen. Da haben wir ja bisher am sozialen Wohnbau völlig vorbeiproduziert, wenn das der Fall war! Mit dieser Messbarkeit komme ich so also ganz und gar nicht zu Rande.

Das Nächste ist: Diese Wohnungen müssen akzeptiert werden, und zwar von den Empfängern. Jawohl, das ist richtig. Nur: Leider kriegen die Empfänger diese Wohnungen nicht. Es gibt doch auch jetzt schon diese Single-Wohnungen, und viele Jungfamilien oder AlleinerzieherInnen würden sich wünschen, neben den Eltern zu wohnen. Die Wohnungen stehen leer, über Jahre leer, aber sie kriegen sie nicht!

Jetzt sagen Sie: Wir bauen das in die allgemeinen Wohnbauten hinein. Das war ja unter sozialer Durchmischung sowieso zu verstehen! Wo ist das Besondere am SMART-Wohnprogramm? - Wir haben sowieso kleine Wohnungen, größere Wohnungen, barrierearme, barrierefreie, für Ältere, für Jüngere und für Großfamilien. So war ja das Programm des sozialen Wohnbaus. Wo ist jetzt diese hervorragende Neuerung? - Keine Ahnung.

Realistisch: 2 000 Wohnungen. Jawohl, das ist realistisch, 2 000 Wohnungen bis 2014. Nur: Wir haben 14 000 Jungwiener-Vormerkungen. Na, mit den 2 000 Wohnungen in 3 Jahren ist das noch nicht einmal der Zuwachs, der abgedeckt ist! Da muss uns noch konkret etwas einfallen, dass wir ein bisschen nacharbeiten und nicht immer nur mit Mühe den Zuwachs abdecken können.

Das Ganze ist noch terminisierbar; das haben Sie gemacht, wobei ich auch ein bisschen daran zweifle. Denn vor der Wahl hat der Herr Bürgermeister 15 000 Gemeindewohnungen innerhalb von kürzester Zeit versprochen, aber umgesetzt haben wir sie nicht. Geplant waren sie, zum Teil in Auftrag gegeben, aber umgesetzt wurden sie nicht.

Ich möchte meinen, Herr Stadtrat, dieses SMART-Wohnprogramm war wieder einmal für Sie ein guter Effekt, um medial aufzutreten. Aber Neues bringt es nicht, schon gar nicht den Jüngeren, den Singles, den AlleinerzieherInnen oder wen immer Sie ansprechen wollen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Niedermühlbichler. Ich erteile es ihm.

Abg Georg **Niedermühlbichler** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Präsident! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mit dieser Aktion SMART-Wohnungen zeigen Wien und unser Wiener Stadtrat für Wohnen wieder einmal, dass wir die Zeichen der Zeit richtig erkennen und dass es uns wichtig ist, im Wohnbau immer auf die

Gegebenheiten Rücksicht zu nehmen. Wohnbau ist halt eine Thematik, die sich laufend wandelt und bei der es immer neue Herausforderungen gibt. Wien war und ist diesbezüglich international immer Vorreiter. Wir haben als Erste mit den Passivwohnhausprojekten begonnen, die jetzt in ganz Europa Furore machen und die sich Experten aus ganz Europa bei uns anschauen. Ich nenne jetzt auch die Niedrigenergiehäuser; Kollege Stürzenbecher hat auch die verschiedenen Wohnformen, die es gibt, schon angesprochen.

Uns ist es wichtig, dass wir immer dort aufspringen, wo es nötig ist, und dass wir das tun, was wichtig ist, und zwar weder zu früh noch zu spät, sondern aus meiner Sicht immer zur richtigen Zeit. Das sieht man auch daran, dass der Wiener Wohnbau europaweit beziehungsweise weltweit einen hervorragenden Ruf hat und viele Experten nach Wien kommen, um sich den Wiener Wohnbau und vor allem den geförderten und sozialen Wohnbau anzuschauen.

Ich darf auf einige meiner Vorredner eingehen. – Norbert Walter hat die Frage in den Raum gestellt, warum man smart sagen muss, und dass er lieber Start sagen würde. – Tausche einen Buchstaben aus, und du hast deine Startwohnungen! Im Wesentlichen geht es ja nicht darum, wie man etwas benennt, sondern was dahintersteht, und für uns ist leistbares Wohnen ganz wichtig und entscheidend.

Kollege Chorherr hat angesprochen, dass wir mit den steigenden Grundpreisen zu kämpfen haben werden. – Das wissen wir, und daher müssen wir mit dieser Aktion auch dafür sorgen, dass durch bessere Ausnützung der Quadratur günstiger gebaut werden kann, und genau das tun wir.

Noch eine Bemerkung zu Kollegen Chorherr: Es ist für uns auch wichtig – und damit werden wir auch bei den Grundstückspreisen etwas tun können –, dass wir, wie im Koalitionsabkommen vereinbart, mehr Widmungen in Wohnbauland vornehmen. Diesbezüglich werden wir uns beide noch anstrengen müssen, dass das auch umgesetzt wird, damit genug Grund zur Verfügung steht, um geförderte und soziale Wohnungen errichten zu können. Aber auch dafür haben wir in Wien ein hervorragendes Konzept.

Zu Kollegen Herzog: Wir errichten derzeit keine Gemeindebauten mehr. Das heißt nicht, dass das auf alle Ewigkeiten so sein wird, aber wir gehen jetzt den Weg des geförderten Wohnbaus. Es ist ja für die Menschen nicht entscheidend, ob sie in einem Gemeindebau wohnen – sie leben gerne dort, und das ist auch gut; das ist ein herzeigbares Projekt – sondern es ist entscheidend, ob sie sich die Wohnungen leisten können. Und mit diesem Projekt SMART-Wohnungen, das der Herr Stadtrat ins Leben gerufen hat, gelingt das eben. Wenn wir nämlich durch bessere Quadratur nur 10 Prozent an Fläche einsparen können, dann bedeutet das 10 Prozent weniger Baukosten, 10 Prozent weniger Mietkosten und auch 10 Prozent weniger Gebühren und weniger Betriebskosten.

Kollege Herzog sagt hier immer, dass die öffentlichen Gebühren Mietpreistreiber seien. Herr Kollege Herzog!

Sie wissen ganz genau: Die Gebühren der öffentlichen Hand machen gerade einmal 80 Cent der Miete aus! Würden wir diese um 10 Prozent senken, dann wäre das eine Ersparnis von 8 Cent pro Quadratmeter. Das wäre nicht wirklich viel, aber wir würden damit natürlich die Leistbarkeit, welche die Stadt Wien bietet, gefährden. Wir bei der Stadt Wien können ja auch stolz darauf sein, dass wir von Seiten der öffentlichen Hand eine hervorragende Wasserversorgung, eine hervorragende Abwasserversorgung und auch eine entsprechende Müllentsorgung bieten. Darum beneiden uns sehr viele!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Abschluss. Es ist nicht die Aufgabe der Opposition, die Regierung zu loben. Trotzdem kann man aber fair miteinander umgehen!

Ich war vergangene Woche in Paris beim Board Meeting der IUT, das ist die Internationale Mietervereinigung, und der französische Präsident des dortigen Mieterschutzvereins ist zu mir gekommen, hat mit mir gesprochen und hat gesagt, Wien ist eine hervorragende Stadt! Er erzählte, er habe vor drei Jahren Wien besucht, und er habe noch drei Gebäude in Erinnerung, die er sich angeschaut hat: Erstens den Stephansdom, der sehr imposant und sehr hoch und für Gott gebaut sei, zweitens das Schloss Schönbrunn, das sehr prunkvoll und würdig und für den Kaiser gebaut sei, und drittes den Karl-Marx-Hof. Dieser habe ihn am allermeisten beeindruckt, weil man mit dem Karl-Marx-Hof über 5 000 Menschen ein Zuhause gegeben und sie aus der Wohnungsnot herausgeholt habe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können stolz auf diese Wohnpolitik sein. Lassen Sie mich einen Appell über die Parteigrenzen hinweg an Sie richten: Seien wir stolz auf die Wohnpolitik in Wien! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Präsident Johann **Herzog**: Die Aktuelle Stunde ist somit beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 in Zusammenhalt mit § 31 Abs 1 der Geschäftsordnung bekannt, dass eine schriftliche Anfrage von Abgeordneten des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien eingelangt ist.

Vor Sitzungsbeginn wurde von Landtagsabgeordneten des Klubs der Wiener Freiheitlichen ein Antrag eingebracht. Den Fraktionen wurde dieser Antrag schriftlich bekannt gegeben. Die Zuweisung erfolgt wie beantragt.

Die Abgen Vettermann, Nowak, Ing Meidlinger, Peschek, Mag Reindl, Mag Straubinger, Mag (FH) Tanja Wehsely und Mag Wutzlhofer haben am 27. Jänner 2012 gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend Änderung des Gesetzes betreffend die Jugendwohlfahrt, Wiener Jugendwohlfahrtsgesetz 1990 – WrJWG 1990 in der geltenden Fassung, eingebracht. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss Bildung, Jugend und Sport zugewiesen.

Die Abgen Mörk, Dr Stürzenbecher, Mag (FH) Tanja Wehsely, Florianschütz, Hatzl, Hora, Niedermühlbichler, Reischl, Hebein und Mag Chorcherr haben im Jänner 2012 gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine

Gesetzesvorlage betreffend Schaffung eines Gesetzes zur Wohnungssicherung in Wien, Wiener Wohnungssicherungsgesetz – WSG, eingebracht. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung zugewiesen.

Die Abgen Wagner, Mörk, Deutsch, Klicka, Matzka-Dojder, Dr Mayer, Hebein und Dr Pilz haben am 24. Februar 2012 gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend Änderung des Wiener Sozialhilfegesetzes – WSHG eingebracht. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss Gesundheit und Soziales zugewiesen.

Die Abgen Mag Gudenus, Stark, Mag Dr Kappel, Univ-Prof Dr Eisenstein und Nepp haben gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend Änderung der Wiener Stadtverfassung hinsichtlich der direkten Zuständigkeit des Wiener Bürgermeisters für bestimmte Geschäftsbereiche eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuss für Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenenschutz und Personal zu.

Die Abgen Mag Ebinger, Univ-Prof Dr Frigo, Ing Rösch und Seidl haben gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend Novellierung des Wiener Mindestsicherungsgesetzes eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales zu.

Nach Beratung in der Präsidialkonferenz nehme ich folgende Umstellung der Tagesordnung vor: Die Postnummern 10,1, 2, 3, 11, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 werden in dieser genannten Reihenfolge verhandelt. Gegen diese Umreihung wurde kein Einwand erhoben. Ich werde daher so vorgehen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 10 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Anfrage der Staatsanwaltschaft Wien um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Herrn Vizepräsidenten des Bundesrates Mag Harald Himmer wegen des Verdachtes des Verbrechens der Untreue nach § 153 Abs 1 und 2, 2. Fall StGB. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau Abg Gaal, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin Abg Kathrin **Gaal**: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wie der Herr Präsident bereits ausgeführt hat, geht es bei diesem Tagesordnungspunkt um das Ersuchen der Staatsanwaltschaft Wien um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Herrn Bundesrates Mag Himmer.

In der Sitzung des Immunitätskollegiums wurde diesem Ersuchen einstimmig stattgegeben, und ich ersuche daher auch Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Empfehlung des Immunitätskollegiums Ihre Zustimmung zu geben. – Danke schön.

Präsident Johann **Herzog**: Danke für den Bericht. – Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Ellensohn. Ich erteile es ihm.

Abg David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Das liest sich sehr trocken: Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Herrn Vizepräsidenten des Bundesrates Mag Harald Himmer, ÖVP, wegen des

Verdachts des Verbrechens der Untreue nach § 153 Abs 1 und 2 Strafgesetzbuch.

Worum geht es dabei? – Es geht um die Tetron-Affäre. Gegen Himmer ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Verdachts auf Schmiergeldzahlungen, und zwar geht es darum, dass er in seiner Funktion als Chef von Alcatel-Lucent 3 Millionen EUR via Alfons Mensdorff-Pouilly und Industriellenvereinigung an die ÖVP gezahlt haben soll. Es ging dabei darum, einen Auftrag von Ernst Strasser – in Klammer – ÖVP, damals Innenministerium, zur Einführung eines neuen Funksystems der Behörden und Einsatzkräfte zu erhalten.

In einem Satz fallen da Namen wie Strasser, von dem wir mittlerweile wissen, dass er Gesetze verkauft, alles hat seinen Preis. Man findet den Namen Mensdorff-Pouilly, da muss man nicht lange recherchieren, sondern man findet gleich viele Affären, in die dieser Herr verwickelt ist. Und nicht überall gilt noch die Unschuldsvermutung; diese ist leider zum guten Teil schon ausgereizt.

Bei Herrn Himmer gilt diesfalls noch die Unschuldsvermutung, aber dieser Begriff scheint eh schon bei sehr vielen Leuten aus der ÖVP den zweiten Vornamen zu ersetzen. Sie heißen jetzt alle zum Beispiel Ernst Unschuldsvermutung Strasser – bei dem ist sie jetzt schon wieder weg – oder Harry Unschuldsvermutung Himmer. In Wirklichkeit reden wir hier selten darüber, wenn jemand ausgeliefert wird. Aber angesichts des Korruptionssumpfs, in dem das Land zu versinken droht, und im Hinblick auf das, was da über mindestens ein Jahrzehnt oder länger angezettelt wurde, muss man heute auch ein paar Minuten über dieses Thema sprechen, noch dazu, da wir jetzt keine Redezeitbeschränkung haben.

Zu Herrn Himmer: Ich mache ein paar Vorschläge, was wir meiner Meinung nach alle tun sollten. Was wir zum Beispiel nicht tun sollten, ist, BUWOG-Wohnungen zu verkaufen und sich dann – von der gleichen Fraktion – hierher zu stellen und zu sagen: Das werden wir hier niemals machen! – Das ist kein Wunder!

Und Frau Hebein hat nicht gesagt, Sie behaupten etwas anderes. Vielmehr sagen wir als GRÜNE nur, wir glauben Ihnen nicht! – Wenn Sie als Freiheitliche Partei Österreichs sagen, wir verkaufen den Gemeindebau nicht, dann glauben wir Ihnen nicht. Dort, wo Sie es konnten, haben Sie es nämlich getan inklusive Selbst-Hineinwirtschaften. Daher werden wir weiterhin sagen, Achtung, liebe Wiener und Wienerinnen! Wenn die irgendetwas zu sagen haben – wobei wir uns nicht zu viel aufregen sollten, weil das eh nicht passieren wird! –, dann würden sie vermutlich das tun, was Sie anderswo auch getan haben. Messt Politiker und Politikerinnen an dem, was sie tun, und nicht allein an dem, was sie reden! – Das gilt auch für die FPÖ, wenn es um den Verkauf geht.

Wir haben jetzt einen Skandal nach dem anderen: Harry Himmer, Platter und so weiter. Schauen wir uns einmal ein Beispiel an, damit wir sinnbildlich mitbekommen, was momentan läuft: Platter geht zur Jagd, er wird dort eingeladen. Es ist normal, dass man

als Landeshauptmann eingeladen wird. Der Gegenwert ist 7 000 EUR oder was diese Jagden halt kosten. Wenn das mehrere Male geschieht, dann muss man sagen, sogar mit dem Landeshauptmanngehalt hätte man irgendwann einmal Schwierigkeiten, sich das als Hobby zu leisten und immer wieder, jeden Monat, 5 000 oder 7 000 EUR für die Jagd zu zahlen. Das geht sich ja nicht einmal mit dem Einkommen aus!

Spätestens dann müsste man merken: Achtung! Da könnte ja etwas dahinter sein! Und von den Superreichen werden ja keine Leute zur Jagd eingeladen, die nicht in einer Funktion sind, sondern es werden nur die eingeladen, die in einer Funktion sind. Niemand kommt und lädt zwei Mitglieder der Wiener ÖVP, die nirgendwo ein Mandat haben, ein, indem er sagt, kommt mit auf die Jagd, denn ihr seid meine Freunde! Vielmehr werden gezielt EntscheidungsträgerInnen eingeladen. Warum wohl? – Da muss man scharf nachdenken: Will der ein Gegengeschäft? – Nein! Braucht er das, weil er dann für sich selber besser lebt? Oder macht er es, weil er sich zumindest indirekt ein Geschäft vorstellt?

Wahnsinnig weit denken muss man nicht! In Deutschland wäre Herr Platter längst „gewulfft.“ In Österreich sagt man, na ja, basteln wir halt als ÖVP einen Ehrenkodex. Wissen Sie, wann Sie das schon einmal gesagt haben? All das kann man nachlesen: Einmal „Ehrenkodex ÖVP“ eingeben. Heraus kommt, dass das nicht Herr Spindelegger erfunden hat, sondern Herr Pröll, und zwar nicht der aus Niederösterreich, sondern derjenige, der nicht mehr dabei ist. Der hat das auch schon gesagt! Und in der Zwischenzeit, seitdem er das gesagt hat, ist bis heute nicht nur nichts in dieser Frage geschehen, sondern erschreckenderweise ist ein Skandal nach dem anderen aufgefliegen.

Ich habe jetzt einmal nachgeschaut, was ein Ehrenkodex eigentlich ist. – Die Erklärung in den Lexika hört sich leider nur zuerst gut an! Dabei sind verschiedene Varianten aufgelistet, und es ist halt auch ein Ehrenkodex, wenn eine Gruppe diesen für sich beschließt. Ich glaube, da gibt es eine Begriffsverwirrung! Unter Ehrenkodex fallen tatsächlich auch Omertà, Mafia, Schweigegelübde: Man tut sich zusammen und sagt, wir schützen einander. Unser Ehrenkodex sagt: Da geht nichts hinaus! Was wir da herinnen tun, ist in Ordnung. Wir sprechen das miteinander ab, aber hinaus geht es nicht.

An einem solchen Ehrenkodex haben Sie offensichtlich ein Jahr lang gearbeitet, denn das ist das Ergebnis von Pröll bis heute zu Spindelegger. In der Zwischenzeit ist nichts anderes geschehen, und das ist skandalös genug. Ich bin ja froh, dass Sie alle dabei sehr ruhig bleiben! Offensichtlich gehört die Wiener ÖVP auch zu jenen, von denen es heißt: „Landesparteien sind über jüngste ÖVP-Skandale verärgert.“ Sie müssten also zwar nicht über die ÖVP-Skandale klatschen, aber darüber, dass wir das abstellen wollen! Offensichtlich gibt es eh eine ganze Menge Leute, die sich über diese Skandale ärgern. Herr Kopf und Herr Stummvoll gehören aber offensichtlich nicht dazu. Die überlegen sich nämlich, wie

man das anders machen kann.

Heute wird Herr Himmer ausgeliefert, und wir werden all das prüfen, was da hochkommt. Und man muss immer überlegen, warum all das überhaupt hochkommt, wer das aufdeckt, wer daran Interesse hat, das aufzudecken. – Ich empfehle, sich „peterpilz.at“ anzusehen, wo Sie seitenweise nachlesen können, und zwar nicht nur betreffend Herrn Himmers Probleme. Dort sind alle möglichen Probleme schön aufgelistet. Und wir wissen, dass zwischendurch in dieser Republik auch Abgeordnete geklagt werden. Wenn man dann das liest, was Peter Pilz anführt, dann denkt man sich, und dafür wird der nicht geklagt? Bist du narrisch! Man muss ja davon ausgehen, dass all das, was dort steht, die Wahrheit ist, denn sonst wäre es zumindest rufschädigend. Es wäre allerdings nur dann rufschädigend, wenn man bei den Leuten wirklich einen Ruf schädigen könnte. Das kann man in vielen Fällen nicht, weil sie die Telekom als Spielwiese für Schwarz-Blau-Lobbyisten missbraucht haben und weil sie offensichtlich im großen Stil Geld waschen, bei Alfons Unschuldsumvermutung Mensdorff-Pouilly, und so weiter, und so fort.

Ich persönlich bin entsetzt über die Serie der Skandale, die sich da abzeichnen! Die Erste, die dafür jetzt bei der ÖVP tatsächlich eine auf den Deckel bekommen hat, ist Frau Hakl, Abgeordnete aus Tirol, ÖVP. Und das ist auch typisch: In diesem Bereich handelt es sich fast ausschließlich um Männer, aber wenn einmal etwas hoch kommt, dann ist es eine Frau! – Frau Hakl hat offensichtlich die Telekom-Rolle auch missverstanden. Sie muss jetzt zwar nicht zurücktreten, aber man hat ihr den Bereich weggenommen. Das ist bis jetzt die einzige Sanktion innerhalb der ÖVP für all diese Vorkommnisse, die man aufzeigen kann. Frau Hakl bleibt weiterhin Nationalrätin und bekommt weiterhin gleich viel bezahlt. All das tut ihr nicht wirklich weh. Aber sie darf sich nicht mehr „Telekom-Sprecherin“ nennen. Das ist gut, nicht wahr? Und Herr Platter heißt dann halt nicht mehr Landeshauptmann, bleibt aber auch sitzen oder so ähnlich. Ich weiß es nicht!

„Platters ÖVP droht im politischen Korruptionssumpf zu versinken.“ – Das sage nicht ich! „Nur mehr Tirols Grüne scheinen makellos zu sein.“ – Das sage nicht ich, das sagen die Zeitungen in Tirol. Kein Wunder! Erwischt hat es vorläufig einmal die Nationalrätin Hakl. Es gab wirklich in den letzten Wochen beziehungsweise mittlerweile Monaten kaum einen Tag, an dem nicht Texte auftauchen wie: „Herr Platter wäre in Deutschland längst gewulft.“ – So der „Standard“.

Jetzt erleben wir einen U-Ausschuss auf Bundesebene, und in diesem sitzt Herr Amon offensichtlich in beiden Rollen gleichzeitig, als Befragter und als Beschuldigter. Er ist imstande, abzdrehen, dass ihm dort entsprechende Fragen gestellt werden. Da hat es das BZÖ übrigens schlechter erwischt. Diese hatten nämlich einen ähnlichen Skandal, und alle Zeugen wurden geladen, und alle Fragen wurden gestellt. Jetzt kommt aber Amon mit der gleichen Geschichte hoch, und bei ihm wird das einfach abgedreht. Das ist der

Ehrenkodex: Amon machen wir die Mauer. Es geht nichts hinaus. ZeugInnen werden nicht eingeladen. Niemand wird angehört. – Das ist die Idee! Schauen wir, wie weit Sie damit kommen!

Es gibt da Vergleiche, wobei man aufpassen muss, dass man nicht gleich von der P2 in Italien spricht, die tatsächlich das komplette System zusammengekauft hat. Aber es wundert mich nicht, dass manche solche Vergleiche ziehen! Auch Großparteien in Italien sind darüber gestolpert und wurden mehr oder weniger aufgelöst.

Ich höre oft: Nächstes Jahr bei der Nationalratswahl wird es eine schwarz-blaue Mehrheit. – Ehrlich gestanden, frage ich mich dann echt: Glaubt irgendjemand, dass in diesem Land die Mehrheit wirklich ein Kreuzerl bei Korruption machen möchte? Wollen das die Leute? Wollen das die Leute, wenn ich ihnen das aufzähle und sie entscheiden können, ob sie das wollen oder nicht? Machen wir doch eine ganz große BürgerInnenbefragung: Wollen die Leute, dass Millionen hin- und hergeschoben werden? Wollen die Leute, dass wir nicht wissen, woher das Geld in den Parteikassen kommt? Das gilt auch für die FPÖ.

Wie viel Geld haben Sie von den Glücksspielkonzernen bekommen? – Ich weiß es nicht! Sie sagen es uns auch nicht! Also muss man einmal den Verdacht aussprechen: Vermutlich haben Sie schon etwas bekommen. Oder ist es null? Dann soll sich einmal einer herstellen und sagen, keine ÖVP-Bund, keine Vorfeldorganisation, keine Firma, die uns gehört, hat jemals dort Geld kassiert! – Das glauben Sie doch selber nicht! Das wissen Sie! – Widerspruch bleibt selbstverständlich aus, denn das kann ja auch nicht sein.

Jetzt könnte man sich ein Vorbild nehmen: Es gibt ein neues Gesetz in Bearbeitung – schauen wir, ob es dann stehen bleibt! – in Vorarlberg. Dort hat man es tatsächlich geschafft, dass Parteienfinanzierung inklusive aller Vorfeldorganisationen offengelegt werden soll. Das ist im Moment der am weitesten reichende Entwurf, den es gibt, und diesen finden die Grünen dort gut, aber im Moment tatsächlich auch die Vorarlberger ÖVP. Daran könnte man sich doch orientieren! Aber man muss ja nicht warten, bis ein Gesetz kommt! Sie könnten ja Ihre Parteienfinanzierung auch so offenlegen!

Das tun zum Beispiel die GRÜNEN. Wenn man wissen will, was die grüne Bundespartei so tut, dann geht man ins Netz, schaut sich das an und bekommt einen Ausdruck, aus dem genau ersichtlich ist, wie viel sie eingenommen haben, wofür sie es ausgeben und so weiter. Überhaupt kein Problem!

Man erfährt auch, was die Abgeordneten der GRÜNEN nebenher tun, was sie sonst machen. Schauen Sie rein! Geben Sie die Namen ein, dann bekommen Sie das. Fertig! Firmenbeteiligung. Aktienpakete. All das kann man nachlesen, kein Problem.

Ich glaube, dass die Bürgerinnen und Bürger ein Recht darauf haben, zu wissen, wie jemand hier herinnen sitzen und hier ein Fulltime-Gehalt kassieren, anderswo arbeiten und auch ein Fulltime-Gehalt

kassieren und vielleicht noch ein drittes Gehalt kassieren kann. – Ich glaube, dass das nicht geht, aber einige hier können das. Einige können 3 mal 40 Stunden pro Woche abrechnen. Sie schlafen zwar nicht mehr, denn irgendwann einmal ist Schluss! 7 mal 24 geht sich irgendwann einmal mit den Stunden nicht mehr aus, daher sollte man nicht viel mehr als 7 mal 24 Stunden verrechnen! Manche dürfen aber auch das tun, und ich glaube, dass die Menschen das wissen sollten.

Das ist eigentlich eines der ganz großen Themen, die wir bearbeiten sollten, und wir sollten in Wien entsprechende Schritte setzen, vorangehen und mit dem Offenlegen anfangen. Die GRÜNEN sind diesbezüglich ein gutes Beispiel. Wir tun das mit den Abgeordneten und den eigenen Parteikassen, das ist ja kein Problem!

Wenn jemand von der ÖVP jetzt wissen will, wie er einen Ehrenkodex schreibt, dann mache ich ihm einen guten Vorschlag: Schauen Sie einfach den GRÜNEN beim Arbeiten zu: 25 Jahre in den Parlamenten, 25 Jahre skandalfrei! (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Wahrscheinlich kommt dann wieder irgendein Witzbold heraus und sagt, aber die Langthaler! – Erledigen wir es daher lieber gleich, damit das auch fürs Protokoll erledigt ist. Sie hat tatsächlich für die Telekom beziehungsweise für Hohegger ... Was hat sie für Hohegger getan? – Sie hat eine Studie und eine Rechnung geschrieben. Diese Studie gibt es. Diese Studie hat 28 Seiten. Und was hat Frau Langthaler bekommen? – Sie hat 2 500 EUR bekommen, das sind nicht einmal 100 EUR für die Seite. Das ist nicht nur brauchenüblich, sondern günstig. Das gibt es! Das kann man hinlegen!

Die Glückspielsstudie vom Hohegger umfasste 30 Seiten, und dafür wurden 900 000 EUR bezahlt. Rechnen wir einmal kurz nach! – Die Begabteren unter uns werden dann daraufkommen, dass das ein bisschen teurer war! Das sind die großen Brocken!

Ich höre es ja immer wieder: Man wartet auf die Skandale der GRÜNEN. Es wird immer angedroht. Das nächste Mal komme ich hier heraus – der das sagt, fehlt heute –, und dann werde ich es Ihnen, Herr Ellensohn, Herr Margulies, sagen. – Er meint die Skandale der GRÜNEN. Dann soll er doch herauskommen! Und dann ruft Gudenus – leider jetzt auch nicht da: Langthaler! Das ist das ganze Ding, das ich bis jetzt in diesem Haus darüber gehört habe, was wir Wahnsinniges gemacht haben: Jemand hat im Gegengeschäft knapp unter 5 000 EUR für 2 Studien bekommen. Das war es! Das war es, abgesehen davon, dass das kein Skandal war, sondern ein normales Geschäft! – 25 Jahre skandalfrei und korruptionsfrei: Ja, es geht, die GRÜNEN zeigen das!

Nehmen Sie jetzt einfach ein Parteiprogramm der GRÜNEN zur Hand, lesen Sie unsere Berichte oder fragen Sie Peter Pilz. Laden Sie ihn ein! Er wird es Ihnen gerne erklären. Er hat es zwar bei Amon probiert, aber bei Amon hat er es aufgegeben. Sein Wort gilt nicht mehr.

Es gibt auch noch andere Beispiele, an welchen man sich als Partei orientieren kann, was man tun und was man nicht tun darf. Man muss gar nicht nur bei den

GRÜNEN schauen!

Ich zitiere immer wieder, wie viele Freiheitliche in Österreich schon verurteilt wurden, nämlich mehr als in der Durchschnittsbevölkerung. – Das finde ich wirklich tragisch! Wenn ich zufällig 100 ÖsterreicherInnen aussuche, dann kann ich feststellen, dass diese weniger Jahre Haft auf dem Buckel haben, als wenn ich 100 Abgeordnete der FPÖ nehme. Das ist wirklich erschreckend! Trotzdem fühle ich mich hier herinnen sicher, weil die Feuerwehr gute Arbeit leistet und gut auf uns aufpasst. Das ist kein Problem.

Wenn man mich fragt, was tatsächlich hilft, wenn man nicht weiß, ob man das Geld einsacken darf, wie sich das mit einem Gegengeschäft verhält, ob man Gesetze verkaufen darf oder nicht, dann sage ich, machen Sie einen Ehrenkodex – das gilt für die FPÖ und für die ÖVP –, und nehmen Sie ein kleines Büchlein, an das man sich anhalten kann – das ist nicht das Einzige, aber manche von Ihnen haben das sogar studiert –: Man kann dafür das Strafgesetzbuch nehmen! In diesem Strafgesetzbuch stehen eine ganze Menge Dinge, die man nicht tun darf. Da steht dabei, dass man das nicht tun darf. Dafür gibt es Haft- und Geldstrafen, alles Mögliche. In diesem kleinen Büchlein steht alles, was man nicht tun darf. – Zumindest jene, die auf der Juristischen Uni ein bisschen herumgeschaut haben, könnten da behilflich sein! Es gibt ja solche in beiden Fraktionen. – Dass aber serienweise Leute aus der ÖVP und der FPÖ in großer Anzahl gegen die grundlegenden gesetzlichen Vereinbarungen dieser Republik, nämlich gegen das Strafgesetzbuch, verstoßen, halte ich schon für sehr bedauerlich! Dieses gilt natürlich auch für uns, aber wir haben keine Verurteilten, und es muss bei uns auch niemand ausgeliefert werden.

Ich wünsche Herrn Himmer viel Glück auf seinen weiteren Lebensweg, ich hoffe aber, er kommt auch ohne aus! Wenn die Unschuldsvermutung hielte, wäre das wunderbar! Das wäre einmal eine Ausnahme unter den vielen Beschuldigten, die ausgeliefert werden. Aber vielleicht kommt einmal einer davon! Immerhin hat er hier ja jemanden. Ich glaube, Sie haben einmal mit ihm zusammengearbeitet, Herr Juraczka! Ich weiß nicht, ob man etwas mitbekommt, wenn man in der Nähe sitzt, oder nicht beziehungsweise ob man etwas dazu sagen kann.

Das gilt natürlich auch für die FPÖler, wenn das auch immer abgestritten wird. Sie kennen ja vermutlich manche von den Verbrechern, die ich hier immer wieder nenne. Ich weiß nicht: Kennen Sie den, der die Kinderpornographie heruntergeladen hat? Er ist ein Mandatar von Ihnen aus dem Burgenland. Und er hat das dann auf DVD verteilt. (*Zwischenruf von Abg Mag Wolfgang Jung.*)

Sie wissen es schon wieder nicht! Er hat Kinderpornographie heruntergeladen, auf DVD gebrannt und vor den Schulen an junge Leute verteilt. Er wurde verurteilt. Er durfte eh nur mehr zwei Jahre lang sein Amt in der FPÖ behalten. Nach zwei Jahren haben Sie dann sofort reagiert und ihn abgezogen. Kennt den irgendjemand? Er muss ja in Ried sein und bei dem Fest

Bier trinken! Ich weiß nicht, wer von Ihnen wie viele von den eigenen Verbrechern kennt. Ich weiß nicht, wie viel Herr Himmer am Schluss wirklich getan hat. Aber wir werden das alles herausfinden. Ich weiß nicht, ob Herr Juraczka irgendetwas mitbekommen hat, während er mit Herrn Himmer zusammengearbeitet hat. Ich hoffe, die Staatsanwaltschaft macht ihre Arbeit gut und berichtet uns so schnell wie möglich!

Insgesamt hoffe ich, dass wir Sauberkeit in die Politik einbringen. Und da nutzen die kleinen Sticheleien, wenn man so tut, als ob die GRÜNEN auch mit dabei wären, gar nichts! Mittlerweile ist das aber eh weg. Jetzt wissen es eh alle! Jetzt schreiben auch die Zeitungen, dass die GRÜNEN in dieser Frage sauber sind. – Gut. Schön. Seien wir doch froh!

Sie könnten sagen, nehmen wir uns ein Beispiel! – Ich verstehe schon, dass nicht alle für all unsere Vorschläge sind, aber das wäre doch etwas! Das könnten wir nicht nur mehrheitsfähig, sondern einstimmig machen, und dann legen wir die Parteikassen offen. Ich weiß: Dann müssen die Wahlkämpfe ein bisschen kleiner dimensioniert werden! Aber das ist doch kein Problem! Dann wissen wir, wie viel die Novomatic für die Inserate zahlt. Mich interessiert das! Und die Leute würde es auch interessieren. Sie haben gesagt, wegen der vier Inserate lassen wir uns doch nicht kaufen! – Stimmt! Ich glaube auch nicht, dass man das so billig machen kann! Das glaube ich auch nicht! Wie viel Geld ist dahinter? Mich würde das interessieren. Sie werden das weiterhin nicht tun, aber ich hoffe, dass wir irgendwann gesetzliche Mehrheiten dafür in ganz Österreich finden, um diese Regelung klar zu treffen.

Wer von diesem ganzen Sumpf am meisten profitiert, das weiß man. – Das sind immer Parteien, die die Politik derjenigen betreiben, die bestechen können. Wer viel Geld hat, kann bestechen, damit Politik in seinem Sinn gemacht wird. Wer soll denn uns, die GRÜNEN, einkaufen? Etwa damit wir die Vermögenssteuer einführen? – Das würde ich auch nicht tun, das gebe ich zu! (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*)

Ganz reiche Menschen werden also Parteien suchen, die ihnen helfen, und das ist vornehmlich die Volkspartei, und das ist auch die FPÖ. Deshalb bekommen diese auch mehr Parteispenden! Sie bekommen diese nicht, weil sie nette Leute sind, sondern weil dort die Arbeit gemacht wird, die man von ihnen für das Geld erwartet. – Das tun Sie, und das möchte ich nicht mehr haben! – Vielen Dank.

Präsident Johann Herzog: Zu Wort gemeldet ist Herr Dr Ulm. Ich erteile es.

Abg Dr Wolfgang Ulm (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Klubobmann Ellensohn hat uns jetzt vorgeführt, dass man auch mit sehr ruhigen und leisen Worten übelste Demagogie und Ehrabschneidung betreiben kann. Da nützt es Ihnen gar nicht, wenn Sie immer wieder die Unschuldsvermutung vorschieben, in Ihren Sätzen davor und danach aber etwas ganz anderes sagen und in einen ganz anderen Zusammenhang

stellen.

Sie nennen die ÖVP-Abgeordneten Haki, Platter, Himmer, Amon beim Namen und sagen in der gleichen Rede, dass die Vertreter der ÖVP sich nur an einen Ehrenkodex halten müssten, nämlich an das Strafgesetzbuch, und dass sie ständig gegen dieses verstoßen. Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist übelste Politjustiz und Vorverurteilung! Das ist letztklassig! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir haben Gewaltentrennung in diesem Land. Sie sind Landtagsabgeordneter! Maßen Sie es sich nicht an, die Arbeit der Exekutive, der Staatsanwaltschaft, oder die Arbeit der Judikative, der Gerichte, zu übernehmen! Halten Sie sich bitte an grundlegende Rechtsprinzipien und Verfassungsprinzipien! – Sie haben offensichtlich noch sehr wenig von Montesquieu und von Gewaltenteilung zwischen Gesetzgebung, Verwaltung und Gerichtsbarkeit gehört!

Sehr geehrter Klubobmann! Sie haben ein gestörtes Verhältnis zum Rechtsstaat, wenn Sie so agieren, wie Sie in Ihrer Rede jetzt ausgeführt haben! Die Auslieferung eines Abgeordneten ist etwas, was bei uns immer wieder auf der Tagesordnung stehen wird.

Das geschieht heute übrigens auch im Nationalrat wieder: Ich höre, dass Abgeordneter Zinggl heute im Nationalrat ausgeliefert wird, weil es einen gewissen Verdacht gegen ihn gibt. – Ich möchte das in einer anderen Art und Weise klarstellen als Sie, Klubobmann Ellensohn! Ich nehme nicht seine Verurteilung vorweg. Ich sage nicht, dass er gegen das Strafrechtbuch verstoßen hat! Ich sage das, was es offensichtlich gibt, nämlich eine Anzeige von irgendjemandem, die amtswegige Wahrnehmung eines Sachverhaltes und einen Anfangsverdacht der Staatsanwaltschaft. Dazu kann ich Ihnen auch von Berufs wegen einiges sagen. Ich bin nämlich auch einer derjenigen, die auch noch etwas anderes tun, als Gemeinderat zu sein, ich bin nämlich in meinem Zivilberuf auch Strafverteidiger.

Wenn jemand ausgeliefert werden soll, dann bedeutet das, dass die Staatsanwaltschaft es zumindest für möglich erachtet, dass eine strafbare Handlung vorliegt. Die Anzeige ist zumindest nicht völlig absurd, und deshalb möchte man beziehungsweise muss man sogar mit Ermittlungen beginnen, wenn es sich um ein Officialdelikt handelt, wenn es sich um eine strafbare Handlung handelt, die von Amts wegen verfolgt werden muss. Und nachdem es den Anfangsverdacht gibt, dass Abgeordneter Zinggl Daten von einer Festplatte gestohlen haben soll, wird heute die Auslieferung dieses grünen Politikers beantragt werden und erfolgen.

Ich behaupte nicht, dass nur die Unschuldsvermutung für Kollege Zinggl gilt, sondern ich sage, dass jetzt erst eigentlich das Strafverfahren gegen ihn eröffnet werden kann und dass es jetzt Sache der Staatsanwaltschaft sein wird, durch Ermittlungen zu prüfen, ob sich dieser Verdacht zu einem so schwerwiegenden Verdacht verdichtet, dass letztendlich auch ein Strafantrag oder eine Anklageschrift eingebracht wird.

Und um nichts anderes geht es heute auch beim

Vizepräsidenten des Bundesrates Mag Himmer. Er hat gegenüber der Öffentlichkeit in einer Erklärung am 17. Februar 2012 klargestellt, was er möchte. – Er sagt: „Ich möchte nicht anders behandelt werden als irgendein anderer Staatsbürger und bitte daher, dass meine Immunität aufgehoben wird. Den Behörden Rede und Antwort zu stehen, sehe ich als den direktesten Weg, um zur Aufklärung der haltlosen Vorwürfe gegenüber meiner Person beizutragen.“

Das ist richtig! So soll es sein! Das soll heute geschehen. Herr Klubobmann Ellensohn! Kehren Sie vor Ihrer eigenen Türe!

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Dipl.-Ing Margulies. Ich erteile es.

Abg Dipl.-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist leicht gesagt: Wenn wir vor unserer Türe kehren, sind wir schnell fertig. Wenn hingegen Sie den Besen in die Hand nehmen, dann geben Sie ihn ein Jahr lang nicht mehr ab. Das ist der Unterschied zwischen den GRÜNEN und der ÖVP! (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Sie sprechen gegenüber meinem Klubobmann von übelster Demagogie, obwohl ganz Österreich mittlerweile weiß, dass die ÖVP nicht sauber ist. Das ist tatsächlich Chuzpe!

Über die Situation kann man streiten, und es gilt die Unschuldsvermutung. Man kann darüber streiten, ob der eine oder andere in der ÖVP tatsächlich das getan hat, was ihm vorgeworfen wird. Aber: Würden nicht Abgeordnete, insbesondere der GRÜNEN, recherchieren und Dinge aufdecken, dann wäre viel nicht ans Tageslicht gekommen, und ich erinnere daran, dass es in den letzten zehn Jahren de facto ausschließlich FPÖ- und dann ÖVP-Justizminister gegeben hat, die sehr wohl alles dazu beigetragen haben, dass manche Angelegenheiten nicht rechtzeitig verfolgt werden konnten und erst jetzt auf der Tagesordnung stehen.

Wie gesagt: So einfach darf man es sich auf Seiten der ÖVP nicht machen! Und es ist traurig und mittlerweile für die Politik in Summe erschütternd, dass tatsächlich für die ÖVP der Generalverdacht gilt. Es gilt der Generalverdacht, dass Sie tatsächlich Politik in dem Sinne betreiben: Wer zahlt, schafft an! Und was wir längst wissen wollen und was Sie seit vielen Jahren verweigern, ist, dass anhand eines Parteientransparenzgesetzes offen gelegt wird, wer die ÖVP finanziert und in welchem Interesse die ÖVP agiert. Es werden Spenden über die Industriellenvereinigung, und zwar nicht ein paar 100 oder 1 000 EUR – nein! –, sondern ein paar 100 000 EUR und noch viel mehr, in die ÖVP hineingeschleust, und es wird nicht gesagt, von wem diese Spenden kommen!

Herr Dr Ulm! Daher bin ich leider enttäuscht, dass die Wiener ÖVP nicht – wie im Artikel des Kollegen Ellensohn angesprochen – zu denjenigen Landesparteien zählt, welche die Vorkommnisse auf Bundesebene massiv kritisieren. Vielmehr haben Sie heute genau das Gegenteil getan. Sie haben das getan, was Sie immer tun, nämlich die Mauer machen: Es darf ja nichts nach außen dringen und untersucht werden!

Sie müssen sich den Generalverdacht gefallen lassen. – Ich danke.

Präsident Johann **Herzog**: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg Ellensohn. Ich erteile es.

Abg David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich lese nur ein paar Zitate vor. Vorarlberger Landeshauptmann: „Die jüngsten Turbulenzen sind im höchsten Maße unerfreulich.“ Oberösterreichischer Landeshauptmann: „Die Ehrenamtlichen sind wütend und zornig.“ Pühringer geht noch weiter: „Die Vorkommnisse sind ein Schlag ins Gesicht vieler kleiner Funktionäre. Man muss ein ernstes Wort mit der Parteiführung reden.“

Man findet die Überschrift: „Landesparteien über jüngste ÖVP-Skandale verärgert.“ Hier müsste als Untertitel stehen, Landesparteien außer der Wiener ÖVP. – Die Wiener Politik wird immer ein bisschen mit der Bundespolitik vermischt, so geht es uns, und so geht es offensichtlich auch Ihnen. – Sie identifizieren sich nicht mit acht Landesorganisationen, die das offensichtlich als Skandale sehen. Das sind ja nicht wir! Es rufen unglaublich viele Leute bei uns an und schimpfen mittlerweile mehr über Sie. Früher haben auch Leute angerufen, die gegen uns irgendetwas haben. Mittlerweile rufen sie uns an und sagen, es ist ein Wahnsinn, was die alles aufführen dürfen!

Schauen wir jetzt einmal quer über Europa! Es ist ja nicht so, dass alle Parteien immer überall skandalfrei wären. Aber es läuft immer ungefähr nach einem ähnlichen Muster. Wenn man hin und wieder jemanden erwischt, der irgendwie zu der progressiven Seite gehört, dann denkt man sich meist, das sind Kleinigkeiten, kleine Summen: Madonna, warum tut der das? Dort aber, wo die Millionen fließen und das große Geld ist, sind es immer wieder Konservative, hinsichtlich welcher Generalverdacht besteht, nicht nur im Hinblick auf die ÖVP. Wo gibt es denn gerade einen Skandal? – In England sind zum Beispiel die Konservativen an der Regierung, und was tut der Finanzchef David Camerons? – Er verkauft Mittagessen um 300 000 Pfund. Weil jemand gerne dort sitzt und ein Familienfoto mit Cameron hat, deswegen zahlt er 300 000 Pfund. So blöd sind wirtschaftstreibende Millionäre? Tun sie das mit ihrem Geld? Hauen sie es durch die Gegend? Nein! Sie gehen natürlich dort essen, weil sie sich etwas erhoffen!

Solche Vorfälle gibt es in Wahrheit ununterbrochen. Es ist kein Einzelfall, dass Harry Himmer heute angeklagt ist. (*Abg Ing Isabella Leeb: Nein! – Abg Dr Wolfgang Ulm: Das ist völlig falsch! – Weitere lebhaftes Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Entschuldigung! Er wird ausgeliefert! Es besteht Generalverdacht. Ja! Ja! Herr Jurist! Ich sage es jetzt anders, damit es juristisch passt: Er wird heute ausgeliefert. Der Verdacht wird überprüft.

Aber ist er der Einzige? – Schauen wir uns einmal eine Umfrage an, was die Leute draußen glauben! Glauben die Leute, dass alle Parteien gleich korrupt sind? Glauben das die Leute? Es gibt diesbezügliche Umfragen. Hunderte Umfragen, die sich damit beschäftigen, werden das ganze Jahr zitiert. Dabei geht

es nicht darum, was wir, die GRÜNEN, glauben. Nein! Nein! Es geht darum, ob ÖVP-Wähler oder vielleicht mittlerweile ehemalige ÖVP-Wähler glauben, dass ihre eigene Partei korrupt ist. – Na, sicherlich glauben sie das! Selbstverständlich glauben sie das! Alles andere wäre ja komisch! Wie soll man das nicht nur nicht glauben? Das ist ja eigentlich ein halbes Wissen! Zumindest glauben die Leute es anhand der vielen Nachrichten.

Wenn man also abfragt, wer korrupt ist, dann gewinnen zwei Parteien hoch, und innerhalb dieser zwei Parteien gewinnt die ÖVP noch einmal hoch, und das hat auch einen Grund. Warum gibt es Umfragen? Wem gehören die Medien? – Lauter Linksradiكالen, die von irgendwo eingeflogen wurden? Wer hat sie eher in der Hand? Sind es Menschen mit einem eher konservativen Weltbild? Welche Ideologie wird dort sonst vertreten? Lesen wir massig immer von Vermögenssteuer und dass den Reichen etwas weggenommen werden soll? Nein! Wir lesen – quer darüber – viel eher vom neoliberalen Wirtschaftsprogramm.

Was für Umfragen gibt es dort aber trotzdem? Die Umfragen kommen nicht von den GRÜNEN, sondern diese werden von ganz anderen durchgeführt. – Dass die ÖVP eine korrupte Partei ist und Geld nimmt, glauben über 80 Prozent der Leute in diesem Land. Jetzt können Sie sagen, das geht schon, wir haben eh nur 15 Prozent, die halten wir schon, es sind ohnedies die anderen! (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*)

Es geht aber um das Gesamtsittenbild! Mich ärgert ja nicht die ÖVP, es könnte mir egal sein, ob die ÖVP implodiert, das ist nicht mein Problem. Aber den depperten Generalverdacht bekommen wir Politiker ja alle ab! Ich kann es nicht mehr hören, wenn jemand sagt, alle Politiker nehmen. – Ich sage immer das Gleiche: Bringt mir bitte einmal einen GRÜNEN, der irgendwo ein paar Tausend Euro genommen hat! Und wenn ihr fünf habt, dann fangt an, das zu behaupten! So jemanden haben wir aber nicht!

Bei anderen verhält es sich aber anders. Und eine Partei, die laufend in das Ganze involviert ist, wehrt sich mit Händen und Füßen gegen ein Parteienfinanzierungsgesetz, an Hand dessen offengelegt werden muss, woher das Geld kommt. Die ÖVP sagt, dass sie es bekommt, aber wer bekommt es? – Kein Bezirk, kein ÖAAB! Das ist ja lächerlich! Das weiß doch eh jeder!

Wir wollen wissen, woher das Geld für die Wahlkämpfe kommt. Das wollen wir sicherlich wissen! Wollen Sie es uns sagen? – Nein! Sie wollen es uns nicht sagen! Wie viel Geld bekommen sie für die Inserate? Wollen wir das wissen? Ja! Wollen Sie es uns sagen? Nein! Und ich befürchte, dass auf Bundesebene auch keine Chance besteht, dass am Ende die Vorstöße, die es gibt, tatsächlich in ein passables Gesetz münden. Das glaube ich nicht! Diese Hoffnung habe ich nicht. Dann müsste ja die halbe Mannschaft ausgetauscht werden! Das geht nicht! Und ich verstehe, dass das nicht geht. Dann gilt die Omertà, dann gilt der Ehrenkodex für sich selbst.

Ich persönlich finde es ja amüsant, wenn Kollege Ulm rausgeht. Immer wenn ich da etwas sage, was sehr nahe an den Fakten ist, dann sagt er, das ist arg! Das ist ein unglaublicher Ton! Unglaublich, was der Ellensohn sagt! Bei der ÖVP gibt es irgendwie Geld, das man nicht offenlegt! – Ach so, das stimmt ja!

Was ist unglaublich? – Dass ich es überhaupt hier sage? Das ist nämlich das Problem! Inhaltlich widerlegt wird nämlich ganz selten etwas. Das gilt auch für die FPÖ. Widerlegt wird nichts, aber der Ton passt Ihnen nicht! Ich sage Ihnen, nur wenn man einmal irgendwo am gedeckten Tisch dabei sitzen und mit einem schönen Silberbesteck essen darf, dann ist man noch kein Sir! Das reicht nicht aus! Man muss schon auch inhaltliche Werte vor sich her tragen! Nicht der Anzug und die Krawatte machen einen Chef oder einen anständigen Menschen, sondern etwas ganz anderes! Ich werfe das aber nicht jedem Einzelnen und jeder Einzelnen vor! Ich weiß, dass es auch innerhalb der ÖVP genug Leute gibt, die verärgert sind. Natürlich gibt es diese auch, und bei den WählerInnen sowieso.

Wie geht das vor sich? – Wenn viele glauben, dass man etwas ändern soll, dann ändert man etwas. In einer Partei läuft es normalerweise so, dass, wenn die große Mehrheit der Meinung ist, das etwas abgestellt werden muss, das auch geschieht. Es sind alle unterschiedlich demokratisch organisiert, aber im Wesentlichen geschieht am Schluss das, was die große Mehrheit innerhalb einer Partei will. (*StR Mag Manfred Juraczka: Handeln Sie! Ganz einfach!*)

Wenn ich jetzt annehmen muss ... (*StR Mag Manfred Juraczka: Machen Sie ein Landesgesetz!*) Das ist auch ein Ablenkungsmanöver, das werde ich auch gleich aufklären! – Wenn ich annehmen muss, dass in der ÖVP alles bleibt, wie es ist, dann muss ich auch annehmen, dass das die Mehrheit so haben will und nur Einzelnen etwas nicht passt, denn sonst würden Sie ja etwas ändern, sonst würden Sie ja zum Beispiel offenlegen. Wahrscheinlich gibt es 10 oder 20 Prozent bei Ihnen, die eine Offenlegung wollen, die Mehrheit jedoch nicht, sonst würden Sie es ja tun! (*Abg Mag Dietbert Kowarik: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.*)

Kommen wir jetzt noch ganz schnell zu dem Argument, dass wir kein solches Gesetz haben. Ich habe das auch schon ein paar Mal ausgeführt: Wien ist nicht nur ein Bundesland, sondern auch eine Gemeinde. Darauf könnten wir uns vielleicht einigen. Und in Wien haben wir kein Landesgesetz, welches das regelt, sondern einen Gemeinderatsbeschluss. Diesen kann man nachlesen, ebenso wie man die Landesgesetze in den anderen Bundesländern nachlesen kann. Ist das besser? – Nein! Ist das schlechter? – Nein! Ist es das Gleiche? – Ja. Es kommt auf das Gleiche heraus!

Herr Juraczka! Wenn ich Ihnen ein Budget von Tirol bringe und Ihnen sage, sagen Sie mir, was die Parteien alle bekommen!, dann werden Sie sehr lange brauchen, das herauszufinden. Und ich gebe zu: Es geht hier auch nicht viel schneller! In ganz Österreich haben wir ähnliche Regelungen. Aber es ist nicht so, dass wir in Wien etwas nicht hätten, was die anderen toll vorzeigen

können. In Tirol wurden offensichtlich ein bisschen mehr Jagden für Herrn Landeshauptmann aufgestellt, aber das Parteienfinanzierungsgesetz in Tirol ist nicht mein Vorbild! Wenn es das wäre, dann bräuchten wir überhaupt nichts zu ändern. Auch das in der Steiermark ist nicht besser. Das in Salzburg ist slightly besser, das muss man tatsächlich sagen, und der beste Entwurf, der momentan in Österreich kursiert, ist jener in Vorarlberg.

Aber wenn Sie ein so großes Interesse daran haben, was ich Ihrem Zwischenruf entnehme, dann arbeiten wir doch daran! Das würde dann allerdings auch bedeuten, dass wir nicht uns selbst die Mühe machen müssten zu suchen. Dann könnte auch die ÖVP hergehen und sagen, welche Vereine, in deren Vorstand jemand von der ÖVP sitzt, der ein Mandat hat – der nicht nur Parteimitglied ist, sondern ein Mandat hat –, eine Subvention von der Gemeinde Wien bekommen. Dann müssen nicht wir alle das suchen! Dann wäre offensichtlich, wie viel Geld die ÖVP neben der Klubförderung und der Parteienförderung bekommt.

Es ist immer die gleiche Geschichte: Das wäre eine Frage der Fairness, damit wir Wahlkämpfe auf Augenhöhe führen können und alle wissen, woher das Geld kommt. Das macht ja auch nichts! Das darf ja sein! Wenn die Raiffeisen Ihnen Geld gibt und Sie nachher Pro-Raiffeisen-Gesetze machen, dann ist das auch okay! Das dürfen die Leute ja wissen! Wir lobbyieren in die Richtung vieler Tierschützervereine oder NGO-Vereine, die im Naturbereich und im Umweltbereich unterwegs sind. Wir bekommen halt nichts dafür! Das ist der Unterschied, ich weiß! Aber das ist fast ein bisschen schwieriger. Wir tun es aus Überzeugung. *(Zwischenruf von Abg Dr Wolfgang Ulm.)*

Ich finde, dass die Zwischenrufe ein bisschen wenig Substanz haben! Mir wäre es recht, Herr Ulm, wenn irgendjemand herauskommt, meine Argumente widerlegt und sagt, die ÖVP hat niemals Millionen von irgendwelchen Unternehmungen in diesem Land genommen! Wir bezahlen unsere Wahlkämpfe ausschließlich aus Kleinspenden und der Parteienförderung! – Dann müssten wir allerdings über die Parteienförderung nachdenken, denn viel mehr als wir sollten Sie nicht bekommen, wenn Sie ungefähr gleich groß sind. Auch da stimmt irgendetwas nicht! *(Zwischenruf von StR Mag Manfred Juraczka.)*

Herr Juraczka! Sie haben da ein schweres Amt übernommen! Optimismus für die eigene Fraktion ist in der Politik immer angebracht. Das soll Ihnen nicht nur unbenommen bleiben, sondern das soll auch so sein! Aber im Moment starten Sie eine Aufholjagd hinter den GRÜNEN. Wir haben Sie seit letztem Mal überholt! Das wissen Sie. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Das macht es für Sie eh leichter, das muss man auch zugeben. Aber Sie starten jedenfalls eine Aufholjagd; das ist allerdings nicht das Schlimmste. Wichtiger als die Aufholjagd der ÖVP wäre mir aber, wenn die ÖVP alles, was wir vorher geredet haben, tatsächlich durchführen würde! Ich würde Ihnen das sogar gönnen: Weg mit dem Generalverdacht! Dieser passt Ihnen ja auch nicht. Daher weg damit! Das geht aber nur, wenn man sich

tatsächlich auch von Leuten trennt. Das geht hingegen nicht, indem man einfach jedes Mal nur die Mauer aufzieht.

Im Bund wäre es zum Beispiel logisch gewesen, dass Amon aus dem Ausschuss ausscheidet und sagt, dass er das geklärt haben will, anstatt drinnen zu bleiben und weiter zu fragen und gefragt zu werden beziehungsweise sich nicht mehr fragen zu lassen. Die Zeugen dürfen ja alle nicht kommen. Das geht nicht!

So leicht hat es Petzner dort nicht! Wenn es einen Verdacht gegen das BZÖ gibt, dann kommt das dorthin. Ich komme selten in die Verlegenheit, andere Oppositionsparteien zu loben, aber dort drüben scheinen die drei Oppositionsparteien tatsächlich ähnliche Ansichten zu haben, zumindest was Zeugenladungen betrifft, dass man nämlich Leute einlädt, von denen man etwas wissen will, und dass man diese befragen darf. Das wäre doch das Normalste!

Ich wünsche uns allen, dass die Reputation unseres Berufsstandes steigt, und diese steigt, indem die ÖVP ihre Vorgangsweise rund um Spendeneinnahmen ändert. – Vielen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Ulm. Ich erteile es.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Herr Kollege Ellensohn! Sie tragen jedenfalls zur Reputation unseres Berufes nichts bei! *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)* Sie bringen uns, die ÖVP-Fraktion in diesem Hause, tatsächlich in Verbindung mit dem Gesetz der Omertà, mit der Mafia und der P2-Loge. Was soll das sonst sein als übelste ... *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Die P2-Loge haben Sie jetzt erwähnt!)*

Hätten Sie aufgepasst, Herr Kollege! P2 wurde von Herrn Ellensohn genannt. Was soll denn das sonst sein als übelste Demagogie und Ehrabschneidung? Wenn das die Politiker wechselseitig tun, dann wundert es mich nicht, wenn die Meinungsumfragen entsprechend aussehen! *(Zwischenruf von Abg David Ellensohn.)*

Sehr locker sprechen Sie von einem Generalverdacht gegenüber der ÖVP. Glauben Sie nicht, dass ich nicht auch Generalverdachte gegen Sie habe, die ich auch sehr genau darstellen kann, wenn ich das für sinnvoll erachte?

Sie unterliegen so manchen Irrtümern mit Ihren Wortmeldungen in diesem Hohen Haus! Ein ganz entscheidender Irrtum, dessen Sie sich aber, wie ich glaube, wirklich nicht bewusst sind, ist, dass Sie meinen, dass für die ÖVP, aber wahrscheinlich für alle Andersdenkenden, die Beweislastumkehr gilt. Sie glauben anscheinend – das haben Sie zumindest gesagt, und das ist eigentlich ein Drama für dieses Haus, aber noch mehr für Sie persönlich –, dass die ÖVP widerlegen muss, dass sie nichts genommen hat. So ist es nicht! Das widerspricht den elementarsten rechtsstaatlichen Grundsätzen! Das widerspricht den Menschenrechten, auf die Sie ja anderenorts manchmal so viel geben. Es ist ein trauriges Kapitel, das Sie da heute wieder aufgeschlagen haben!

Das erinnert an totalitäre Systeme, und es ist kein

Zufall, dass Frau Kollegin Hebein heute in der Aktuellen Stunde schon auf den Zusammenhang hingewiesen hat: China, Kuba und das rot-grüne Wien. – Leider Gottes gibt es da mehr Gemeinsamkeiten, als uns allen lieb sein kann! *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Sie sind nicht so heilig, wie Sie sich so gerne darstellen, überhaupt nicht! *(Abg David Ellensohn: Wir haben alles offengelegt!)* Auch bei Ihnen ist es so, dass Sie Inserate bekommen und dass Sie von anderen Organisationen Geld bekommen. Ich weiß nicht, was für eine strafbare Handlung es sein soll, wenn ein Generalsekretär für seine Zeitungen Druckkostenbeitrag bekommt!

Aber Sie bringen ihn in Zusammenhang mit der strafbaren Handlung! – Wie ist denn das bei den grünen Gewerkschaftern? Das ist mir jetzt zufälliger Weise unter die Hände gekommen. Was gibt es denn da? Was gibt es denn da für Inserate? – Es gibt keine grünen Gewerkschafter! Vielleicht kennen Sie die Alternative! *(Zwischenruf von Abg David Ellensohn.)*

Alternative und grüne Gewerkschafter, keine Teilorganisation, sondern eine Vorfeldorganisation. Das ist ein bisschen etwas anderes.

Was aber nicht anders ist, das sind die Inserate! Ich habe hier die Inserate, die die grünen Gewerkschafter bekommen. Ich sage nicht, dass das strafbar ist, überhaupt nicht! Aber man soll auch sagen, von wem Sie Geld bekommen, nämlich vom Österreichischen Gewerkschaftsbund, von der GPA, von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, von der BAWAG und der Arbeiterkammer Wien. Und all das liegt nicht viele Jahre zurück. *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Das liegt nicht sehr viele Jahre zurück. Das letzte Inserat, welches mir zugänglich ist, stammt aus dem Dezember vorigen Jahres, anderen sind sicherlich andere Beispiele noch viel zugänglicher. Jenes, das mir zugänglich ist, stammt aus dem Dezember 2011.

Spielen Sie sich also nicht zu der moralischen Instanz in diesem Haus auf, die Sie überhaupt nicht sind! Wir sind eine anständige Partei und wissen sehr genau, was redlich und ehrenhaft ist! *(Beifall bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Im Zusammenhang mit dem Thema Parteienfinanzierung sind Sie offenbar auf dem linken oder rechten Ohr taub, denn sonst würden Sie das Sechspunkteprogramm der ÖVP kennen, in dem wir sehr genau sagen, wo wir Transparenz brauchen, nämlich bei der Parteienfinanzierung, aber in einer umfassenden Art und Weise. Da kann es nicht nur um die Parteispenden gehen, sondern da muss es selbstverständlich auch um die Klubförderung, um die Parteiförderung, um die Akademieförderung, um alle Vorfeldorganisationen und auch um die wirtschaftliche Tätigkeit, die von Parteien ausgeübt wird, gehen. Auch die parteinahen Unternehmen muss man sich dann sehr genau anschauen. *(Abg David Ellensohn: Sehr richtig!)* Überall dort, wo es Firmennetzwerke gibt, muss es klare Regeln und volle Transparenz geben.

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas, warum Sie so besonders unglaubwürdig sind, Herr Kollege Ellensohn:

Mit keinem einzigen Wort erwähnen Sie Ihren Koalitionspartner. Die Inseratenaffäre mit den Hauptpersonen Bundeskanzler Faymann und Staatssekretär Ostermayer sind Ihnen offenbar kein Wort wert. Diese sind anscheinend keine so besonders wichtigen Politiker: Sie sind Ihnen kein Wort wert! Diese sind offenbar keine so besonders wichtigen Politiker in diesem Lande! Da gibt es eine Inseratenaffäre, und die Vorwürfe in diesem Zusammenhang sind beträchtlich. *(Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Das ist keine Affäre!)* Diesbezüglich wird übrigens auch von der Staatsanwaltschaft ermittelt, so wie jetzt gegen den einen oder anderen Abgeordneten. Ich werde aber keine Vorverurteilung gegenüber dem Bundeskanzler oder gegenüber dem Herrn Staatssekretär Ostermayer vornehmen, wie Sie das gemacht haben. *(Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Wieso erwähnen Sie es dann überhaupt?)*

Ich erwähne es deshalb, weil das die Methode des Herrn Kollegen Ellensohn ist, und er ist Ihr Koalitionspartner. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Ich frage mich, warum er sich bei diesen Vorwürfen, die nicht erwiesen sind und hinsichtlich welcher es keine Verurteilung gibt, nicht genau so aufregt wie bei den Personen aus der ÖVP. Diesbezüglich wird mit ungleichem Maßstab gemessen, und ich frage mich, warum. – Offensichtlich darum, weil diese Herren aus der SPÖ kommen und es sich um den Koalitionspartner der GRÜNEN handelt. Ich kann daher nur meinen Aufruf wiederholen, Herr Klubobmann Ellensohn: Kehren Sie vor der eigenen Tür! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Johann **Herzog**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es freut mich, auf der Tribüne heute Mitglieder des Stadtrates aus Ankara begrüßen zu dürfen. Die Mitglieder des Wiener Landtages freuen sich über diesen Besuch, und wir wünschen einen schönen Aufenthalt in Wien! *(Allgemeiner Beifall.)*

Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Hebein. Ich erteile es ihr.

Abg Birgit **Hebein** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Vorsitzender!

Ich begrüße auch die Damen und Herren, die uns jetzt zuhören, und möchte vorweg Folgendes noch einmal klarstellen: Wir haben vorher lange darüber diskutiert, ob es richtig und wichtig ist, in den sozialen Wohnbau in Wien zu investieren. Die Stadt Wien ist einer der größten Immobilieneigentümer der Welt. Aber in dem Augenblick, als ÖVP und FPÖ China und Kuba gehört haben, waren die Scheuklappen zu, und es ging leider nicht mehr um den Inhalt. Ich finde in diesem Zusammenhang den Ausdruck Scheuklappen echt passend, ganz ehrlich! Man konnte dann nicht mehr ernsthaft über den sozialen Wohnbau in Wien sprechen. – Das nur vorweg.

Herr Abg Ulm! Ganz ehrlich: Ich bin davon überzeugt, dass es für Sie keine angenehme Situation ist, sich hier herauszustellen und zu argumentieren, warum wir Harry Himmer, ÖVP, stellvertretenden Bundeschef oder Bundesrat, was auch immer, der Justiz ausliefern. Es liegen massive Vorwürfe auf dem Tisch. Ich glaube

Ihnen schon, dass dies in keinster Weise angenehm ist. Das ist völlig verständlich!

Ich sage Ihnen aber etwas ganz ruhig und sachlich, auch wenn Sie emotional sehr aufgebracht sind: Sollte irgendwann jemand bei den GRÜNEN mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert sein – auch wir können das nie ausschließen, wer weiß, was in den nächsten 50 Jahren passiert, überhaupt keine Frage! –, dann wird es an uns GRÜNEN liegen, wie transparent und offen wir damit umgehen und welche Konsequenzen wir einfordern. Bis dahin bitte ich Sie: Halten Sie sich an die Fakten! (*Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger: Er hat sich an die Fakten gehalten!*)

Die GRÜNEN sind nicht mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert. Ich weiß, es fällt einem schwer, das zu akzeptieren, wenn man selber in dieser Frage tief im Dreck steckt! Halten Sie sich trotzdem an die Fakten!

Das ist das, was ich, ehrlich gesagt, sehr bedenklich finde bei Ihrer Wortmeldung, Herr Abgeordneter! Auch Sie hätten die Möglichkeit, hier und heute Dinge klarzustellen. Sie hätten die Möglichkeit, hier zu sagen, ja, es gibt Vorwürfe, diese müssen aufgeklärt werden. Die ÖVP ist in ziemlich viele Korruptionsvorwürfe verstrickt, aber wir werden unsere Parteifinzen transparent auf den Tisch legen und alle Vereine und Organisationen nennen, die uns subventionieren. Das wäre eine echte Chance gewesen, damit Sie in dieser Frage glaubwürdiger werden. Sie haben diese Chance nicht genutzt, wir nehmen das zur Kenntnis. – Vielen Dank. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Berichterstatterin hat auf das Schlusswort verzichtet.

Wir kommen daher nun zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die dem Antrag des Immunitätskollegiums zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Dieser Beschluss ist einstimmig angenommen.

Postnummer 1 der Tagesordnung betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Besoldungsordnung 1994, 40. Novelle zur Besoldungsordnung 1994, die Vertragsbedienstetenordnung 1995, 36. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995, und das Ruhe- und Versorgungsgenusszulagengesetz 1995, 11. Novelle zum Ruhe- und Versorgungsgenusszulagengesetz 1995, geändert werden. Berichterstatterin hiezu ist Frau Amtsf StRin Frauenberger. Ich bitte sie, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatterin Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung.

Präsident Johann **Herzog**: Gemäß § 30c Abs 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung eine Einwendung erhoben? – Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen. Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet war Frau Mag Wurzer. Diese ist aber heute entschuldigt. Daher gelangt nun Frau Mag Berger-Krotsch zu Wort. Ich erteile es ihr.

Abg Mag Nicole **Berger-Krotsch**

(*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In der Stadt Wien wird Gleichberechtigung groß geschrieben. In der Stadt Wien ist Gleichberechtigung nicht nur ein Schlagwort. Das betrifft auch die Gehälter zwischen Männern und Frauen. Wir haben uns, wenn Sie sich zurückerinnern, die Einkommenstransparenz, also die Offenlegung der Gehälter, freiwillig selbst verordnet, und das zeigt, dass die Stadt Wien nicht nur in diesem Bereich, sondern in vielen Bereichen besser als die Privatwirtschaft ist. Ich denke jetzt etwa auch an den Papa-Monat, ich denke an die Quote, ich denke an die Koppelung öffentlicher Aufträge an die Frauenförderung und vieles andere mehr.

Das gilt zum Beispiel auch für die Bereiche der Öffentlichkeitsarbeit und der Kommunikation. Wir lehnen sexistische Werbung strikt ab und beobachten uns und die Privatwirtschaft sehr genau. Am 15. Februar hat unsere Landesrätin Sandra Frauenberger gemeinsam mit Abg Monika Vana die Wiener Watch Group gegen sexistische Werbung eingerichtet, und wir wollen auf diese Weise auch Rollenbilder aufbrechen, die auch der Grund für Gehaltsunterschiede, für die sogenannte Einkommensschere sind: Diese Rollenbilder beinhalten die typischen Zuordnungen des Mannes als Verdienender und der Frau als Zuverdienerin oder auch der Frau, die zu Hause die Kinder betreut.

Mit dieser Wiener Watch Group wollen wir Geschlechterklischees aufzeigen, Rollenbilder aufbrechen und sexistische Werbung anprangern. Seit 15. Februar ist es somit möglich, auf der Website „werbewatchgroup-wien.at“ Beschwerden einzureichen. Wienerinnen und Wiener sind aufgerufen, auf der Website Inserate, Plakate, Spots und vieles mehr, die sexistische Werbung beinhalten, zu melden und Rollenklischees in Form von Geschlechterklischees aufzuzeigen.

Eine ExpertInnengruppe, die aus Frauen und Männern – was uns hierbei sehr wichtig ist – besteht, welche aus der Medien- und Geschlechterforschung kommen und sozusagen in der Geschlechter- und Medienrepräsentation kompetent sind, bewertet diese Einreichungen auf Grund eines sehr ausführlichen Kriterienkataloges und veröffentlicht diese Beschwerden mit dem entsprechenden Sujet.

Ich möchte jetzt meine Wortmeldung nutzen, um einen Antrag einzubringen, der genau dieses Thema umreißt. Gemeinsam mit den GRÜNEN möchten wir, dass dieses Thema auch bundesweit geregelt wird. Wir werden einen Antrag einbringen, mit welchem die Bundesregierung aufgefordert wird, sexistische Werbung bundesgesetzlich zu verbieten. Sexistische Werbung begegnet uns nämlich tagtäglich an Straßenecken, in Magazinen, in Zeitschriften, im Fernsehen, und es ist nicht zu verneinen, dass diese Abbildungen uns selbst prägen und dass sie vor allem auch schon Kinder prägen. Das heißt, wir möchten diese Abbildungen, die diese Rollenklischees transportieren, in Wien und auch

österreichweit und international nicht mehr sehen.

Frauen und vor allem ihr Körper werden als sexualisierte Werbemittel eingesetzt. Ich habe schon gesagt, Rollenbilder und Geschlechterklischees werden transportiert, oft wird in diesem Zusammenhang aber auch das Thema Gewalt gegen Frauen verharmlost. Dagegen möchten wir uns wehren, und wir haben mit der Wiener Watch Group ein gutes Instrumentarium hierfür nach dem Grazer Vorbild eingerichtet, und es wurde auch in Salzburg eine Watch Group eingerichtet.

Wir alle wissen, dass es den österreichischen Werberat gibt, der auch aufzeigen kann, wo es wichtige Arbeit in diesem Bereich gibt. Der Werberat ist oft aber sozusagen etwas zahnlos, weil die freiwillige Selbstregulation aus mehreren Gründen nicht wirklich durchgreift. Einzelne Bereiche wie zum Beispiel Politik, NGOs und vieles mehr sind gar nicht erfasst, es sind aber auch die Prävention und die Sanktionsmöglichkeiten unzureichend.

Das heißt: Wir brauchen mehr, darum stellen wir diesen Antrag, den ich jetzt gemeinsam mit meinen KollegInnen Nurten Yilmaz, Franz Ekkamp, Christian Hursky, Anica Matzka-Dojder, Silvia Rubik, Kurz Stürzenbecher, Birgit Hebein, Sigrid Pilz, David Ellensohn und Jennifer Kickert betreffend Aufforderung an die Bundesregierung, sexistische Werbung bundesgesetzlich zu verbieten, einbringen möchte.

Wir wollen heute beschließen, dass es eine bundesgesetzliche Regelung geben soll, dass die Definition von sexistisch an Hand existierender Kriterienkataloge betreffend Frauen- und Geschlechterforschung erfolgt. Wir wollen, dass das Verbot nicht nur auf die Wirtschaftswerbung beschränkt ist, sondern auch die Werbebereiche der Medien umfasst. Wir wollen Sanktionen für Verletzung dieses Verbots. Es soll sich also für Unternehmen nicht lohnen, wenn sie trotzdem Werbung mit Hilfe von Sexismus machen, und daher wollen wir, dass es wirklich treffende Sanktionen gibt.

Der Vollzug dieser Regelung muss durch ein Gremium erfolgen, welches eine ausgewiesene Expertise im Bereich der Frauen- und Geschlechterforschung, aber auch betreffend Gleichstellung und Antidiskriminierung und Menschenrechte hat, und dieses Gremium soll von Männern und Frauen besetzt sein. Es gibt, wenn wir uns den Norden Europas, zum Beispiel Island oder Norwegen, ansehen, bereits entsprechende Modelle, und das heißt, dass auch eine Anlehnung an bereits existierende und effektive europäische Regelungen erfolgen soll.

Weiters möchten wir, dass eine Regelung bezüglich sexistischer Werbung zusätzlich auch ein Verbot der Diskriminierung auf Grund von Religion, ethnischer Zugehörigkeit, Alter, Behinderung, Krankheit, sexueller Orientierung und vieles mehr beinhaltet, weil abwertende und diskriminierende Werbebotschaften in diesen Bereichen ebenfalls eklatant negative gesellschaftliche Auswirkungen haben können.

Weiters möchten wir, dass eine dringende

Empfehlung ausgesprochen wird, die Thematik Gender- und Menschenrechte in allen bundesgesetzlich geregelten Berufsausbildungen zu verankern und sicherzustellen, dass die diesbezügliche Weiterbildung allen relevanten Berufsgruppen angeboten und in der Folge auch tatsächlich wahrgenommen wird.

Eine vierte Forderung in diesem Antrag besagt, dass sich die Bundesregierung auch auf internationaler Ebene für grenzüberschreitende Regelungen einsetzen soll, denn es geht nicht nur um auf Wien und Österreich bezogene Werbekampagnen, sondern es ist auch wichtig, europa- und weltweit agierende Konzerne darauf aufmerksam zu machen, dass sexistische Werbung ein No-Go ist und dass wir auch wirklich effizient dagegen auftreten können. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Ich bitte im Sinne einer sexismusfreien Zone Österreichs um Zustimmung zu diesem Antrag. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Präsident Johann **Herzog**: Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Dr Kickert. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Dr Jennifer **Kickert** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte Kollegen und Kolleginnen!

Wie Frau Abg Berger-Krotsch schon erwähnt hat, ist die Werbung ein Mittel, das über sehr viele Kommunikationskanäle Botschaften vermittelt, und zwar Botschaften, die über die reine Beschreibung des Produktes hinausgehen. Das ist eines der Kernelemente der Werbung, und es ist bei jeder Werbung wichtig, mit einem Produkt Emotionen, Bilder und Ähnliches mehr zu vermitteln. Das soll mit der Werbung erreicht werden, um mit einem Produkt ein positives oder wie auch immer konnotiertes Bild zu erzielen.

Diese Bilder und diese Botschaften prägen Vorstellungen von Männern und Frauen, aber auch Vorstellungen über Frauen und Männer, und oft genug werden mit diesen Bildern Frauen – und wesentlich seltener auch Männer – herabgewürdigt. Es werden Rollenklischees bedient und Menschen als Objekt oder auf ein Objekt reduziert. Gerade weil hauptsächlich Frauen davon betroffen sind, werden Frauen und ihre Körper als sexualisierte Werbemittel und sexualisierte Objekte eingesetzt.

Es gibt jetzt schon seit Jahren Bekenntnisse dazu, dass wir das einstellen oder dass wir die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern erreichen wollen. Wir sind mehrere völkerrechtliche Verpflichtungen eingegangen, die Diskriminierungen zu beseitigen, aber all diese Instrumente sind relativ zahnlos geblieben. Wir sprechen in diesem Zusammenhang tatsächlich keine Frage des Geschmacks oder der Ästhetik an, sondern die Frage der Achtung und der Würde von Menschen und der Unversehrtheit der Personen.

Daher ist es wirklich zu begrüßen, dass wir seit mehreren Monaten diese Wiener Watch Group haben, und es ist weiters zu begrüßen, dass die bereits existierenden und die noch in Entstehung begriffenen Watch Groups der anderen Städte sich austauschen und

in diesem Bereich zusammenarbeiten, um möglichst gezielt auf solche Diskriminierungen, Verächtlichmachungen und Herabwürdigungen zu achten. Es braucht aber noch mehr, und dieser Antrag, der ein bundesgesetzliches Verbot sexistischer Werbung fordert, ist daher dringend notwendig. Ich hoffe, dieser wird in diesem Haus einstimmig angenommen werden! – Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zu Wort gemeldet ist Frau Abg Schütz. Ich erteile es.

Abg Angela **Schütz** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Präsident! Frau Landesrätin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Vorab ganz kurz, damit das nicht unerwähnt bleibt: Wir werden diesem Tagesordnungspunkt zustimmen.

Nun aber zu dem Antrag, der jetzt eingebracht wurde. – Ich habe ein bisschen den Eindruck, dass sich die Sozialdemokraten wieder einmal vor den Karren der GRÜNEN spannen lassen, ohne bis ganz zum Ende durchzudenken. Am liebsten würden sie wahrscheinlich die Frauen in Sack und Asche und in Tuch hüllen oder sie eventuell ganz entmündigen und ihnen die Entscheidungsfreiheit nehmen.

Ich habe den Eindruck, Sie wollen den Menschen allein Ihre Rollenklischees aufbürden und sagen, welche Rollen Frauen einnehmen dürfen und welche nicht. Sie wollen ihnen die Rollen aufbürden, die Ihnen genehm sind und die in Ihr Konzept passen, und was nicht passend ist, wird passend gemacht. Sie schaffen einfach neue Rollen und zwar so, wie Sie es gerne haben möchten.

Ich habe mir den Antrag durchgeschaut, und wenn man mit der Begründung anfängt, dann fällt einem auf, dass Sie vielleicht eine Kleinigkeit vergessen haben: Sexismus entsteht auch schon in der Erziehung und erst in einem zweiten Schritt durch Sozialisierung. Sie haben in Ihrem Antrag immer nur die Rolle der Frau hervorgehoben und auf alles andere vergessen.

In einem weiteren Absatz schreiben Sie ganz klein über Diskriminierung und unter anderem über Religion. Im Hinblick darauf frage ich mich schon ab und zu, wo bis jetzt Ihre Äußerungen geblieben sind, wenn zum Beispiel christliche Werte oder das Christentum diffamiert wurden! Aus Ihren Reihen hört man dann immer nur, wenn es in diese Richtung geht: Das darf man nicht so eng sehen. Das ist die Freiheit der Kunst!

Worum es Ihnen in Ihrem Antrag wirklich geht: Sie wollen der Wirtschaft vorschreiben, was sie zu tun und zu lassen hat und welche Rollen sie in welcher Form zu bedienen hat. – Ich meine, das ist mit den verfassungsrechtlichen Grundrechten auf Meinungsfreiheit schwer in Einklang zu bringen, und ich halte das auch für äußerst bedenklich.

Dazu muss ich noch etwas sagen: Wenn es der Stadt Wien und Ihnen hier wirklich so ernst ist und wenn Ihnen das wirklich so wichtig ist, wie Sie es in Ihrem eigenen Antrag formulieren, dann frage ich mich, warum Sie das jetzt auf den Bund und auf andere Entscheidungsträger abschieben und nicht selbst schon längst eine Entscheidung getroffen haben! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie hätten es nämlich schon seit vielen Jahren in der Hand, hier etwas gegen Ihre sogenannte Diskriminierung und die diskriminierende Werbung zu unternehmen. Sie könnten schon seit Jahren mit gutem Beispiel vorangehen, und Sie könnten in eigener Verantwortung die hunderten Millionen Euro, die Sie jährlich für Werbung in Medien und Zeitungen ausgeben, die auch sexistische Werbung drucken und damit ihr Geld machen, sparen, indem Sie dort nicht mehr inserieren. Damit würden Sie dem Wiener Steuerzahler jedes Jahr bis zu 100 Millionen EUR sparen und das Budget entlasten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Auf diese Weise könnten Sie vor allem heutzutage, da es in der Wirtschaft eh nicht so gut und rosig aussieht, wirklich Ihren Solidaritätsbeitrag für das Wiener Budget leisten. Aber nein! Stattdessen schieben Sie das auf den Bund und sagen, dass der Bund die Entscheidung treffen soll. Dann ist nämlich der Bund der Buhmann, und Sie können den Medien sagen, wir können ja nichts dafür, das ist ein Gesetz, das vom Bund kommt und an das wir uns jetzt halt leider halten müssen!

Wie gesagt: Sie hätten auf dieser Basis schon seit vielen Jahren agieren können. Das haben Sie aber nicht getan, sondern Sie haben bis jetzt in den Medien inseriert. – Ich zitiere Ihre wörtliche Aussage. Sie sagen: „Wir inserieren in Medien, die eine hohe Auflage haben.“

Und woher kommt denn diese hohe Auflage? Ich habe zwei Beispiele mitgebracht, die ich in Zeitungen der letzten Tagen gefunden habe, in denen geworben wird – Ich lese das einmal vor: „Blond und gut bestückt ist Suzan. Derzeit ist das schöne Briten-Model komplett ausgebucht. Für uns nahm sich Suzan aber Zeit – und präsentierte uns ihre neuen Ohringe ...“ – Ich habe das auf A3 aufpumpen müssen, damit ich die Ohringe überhaupt sehen konnte! *(Die Rednerin zeigt die Kopie aus der Zeitung.)* Da inserieren Sie heute, und dann frage ich mich nur, was Sie dazu sagen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ihr Hauptinserent punktet immer mit seinen Seite-5- oder Seite-7-Models, und er hat, wie gesagt, seine Auflage sicherlich nicht umsonst!

Weiters habe ich dort folgendes Inserat gefunden: „Redselig wirkt Theresia hier nicht. Dabei tratscht das Model nur zu gerne. Laut britischer Studie behalten Frauen ein ihnen anvertrautes Geheimnis durchschnittlich fast 32 Minuten für sich, bis es der Mutter oder der besten Freundin weitererzählt wird.“ – Und das barbusig. *(Heiterkeit bei der FPÖ.)*

Im Hinblick darauf frage ich mich natürlich: Ist das nicht sehr frauenfeindlich? – Aber da inserieren Sie und haben keine Probleme! *(Beifall und Bravo-Rufe bei der FPÖ.)*

Darauf wollen Sie nicht verzichten, und ich muss Ihnen sagen: Wenn es Ihnen wirklich so ernst ist, dann hören Sie bitte auf, in diesen Medien zu inserieren! Gehen Sie mit gutem Beispiel voran und schieben Sie die Verantwortung nicht auf andere ab!

Wir werden diesen Antrag ablehnen. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zu Wort gemeldet ist Frau Mag Feldmann. Ich erteile es ihr.

Abg Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Dieses Thema ist sehr wichtig, und ich persönlich spreche mich gegen sexistische Werbung aus. Allerdings möchte ich dazusagen, ich bekomme nicht gerne einen Antrag am Vortag! Ich glaube, es handelt sich hierbei doch auch darum, welche Sanktionen es letztlich geben soll. Wir haben aber davon noch keine Ahnung, keine Idee! Man müsste das wesentlich länger ausarbeiten.

Es gibt den Werberat, der mit ExpertInnen aufgestockt werden könnte. Es gibt da viele Möglichkeiten, es könnte einen Beirat et cetera geben, und es gibt auch entsprechende Gesetze. Ich bin sehr gerne bereit, mich mit diesem Thema weiter auseinanderzusetzen. Allerdings sollten wir vorher einige Überlegungen gemeinsam anstellen, wie wir das heute besprochen haben.

Ich möchte aber eine Sache doch noch erwähnen. Ich richte mich jetzt an die GRÜNEN: Solange sexistische Aussagen zum Beispiel auf T-Shirts von der Grünen Partei oder von einzelnen Gruppen dafür verwendet werden, um Politik zu machen, kann ich mich nicht ernsthaft mit Ihnen über sexistische Werbeverbote unterhalten, die möglicherweise auch eine schwere Regulierung für die Wirtschaft bedeuten, während Sie sich in der Politik alles herausnehmen.

Ich erinnere an Folgendes: Im Onlineshop der GRÜNEN gab es vom Grünen Haus in der Lindengasse T-Shirts zu kaufen, und zwar mit der Abbildung unserer damaligen Bundesministerin Elisabeth Gehrler mit den Sprüchen „Pudern statt Sudern“, „Oral statt Moral“ et cetera. (*Abg Armin Blind: Frau Kollegin Pilz findet das anscheinend furchtbar lustig!*)

Der grüne Abgeordnete Karl Öllinger hat Werbung für diese T-Shirts gemacht und meine sehr geschätzte Kollegin Marie Ringler unglücklicherweise auch. Ich weiß nicht, wie Sie das sehen, aber ich persönlich halte das für sexistisch, degradierend und äußerst abwertend! Ich meine, dass für Sexismus kein Platz in der Politik ist! (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.*)

Ich möchte Ihnen noch etwas sagen: Sie laden eine Gruppe aus der Ukraine, nämlich die „Femen“, ein und holen sich Tipps. – Ich darf kurz zeigen, wie die Herrschaften politisch auftreten, nur damit Sie alle das gesehen haben. (*Die Rednerin zeigt ein Bild.*) Alle darauf Abgebildeten schauen optisch gut aus, dagegen habe ich nichts zu sagen. Aber sie verwenden tatsächlich den Oberkörper von Damen für politische Messages. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Das ist frauenfeindlich! – Weitere lebhaftes Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.*)

Mag sein, dass diese Messages sonst nicht ankommen würden. Sie haben diese Gruppe im März eingeladen, sich mit diesen Leuten unterhalten und Tipps bekommen. Ich nehme einmal an, dass Sie nicht so auftreten, aber vielleicht doch! Ich kann und will das nicht erraten! (*Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.*)

Fakt ist: So wird von Ihrer Seite agiert! Politik und

Sexismus werden vollkommen vermischt! Sie treffen da eine Unterscheidung zwischen Frauen von anderen Parteien und ihren eigenen Frauen. Das heißt: Bei einer Gehrler kann man sexistisch sein, bei Ihren eigenen Frauen aber natürlich nicht. (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.*)

Im Hinblick darauf möchte ich sagen: Fangen wir einmal in der Politik an, und schauen wir dann ein Stückchen weiter. – Danke.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abg Berger-Krotsch. – Bitte.

Abg Mag Nicole **Berger-Krotsch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Frau Schütz: Hören Sie bitte zu! Ich habe, als ich den Antrag eingebracht habe, sehr wohl von Frauenbildern und auch von Männerbildern gesprochen. Wenn Sie schon nicht zuhören, dann lesen Sie das bitte! Es ist im Antrag auch schriftlich festgehalten, dass wir sehr wohl auf beide Geschlechter schauen.

Aber seien wir uns ehrlich: Natürlich konzentrieren wir uns vor allem auf sexistische Darstellungen von Frauen, die ja viel häufiger sind, und stürzen uns auf diese Werbung, um unserem Credo, das wir immer wieder proklamieren, dass jede Frau in dieser Stadt sicher, selbstbestimmt und unabhängig und auch frei von Sexismus leben können soll, nachzukommen.

Wir sind immer schon gegen sexistische Werbung aufgetreten. Die Einführung der Wiener Watch Group Mitte Februar war sozusagen die Institutionalisierung dieses Kampfes gegen sexistische Werbung. Wir haben diesen ExpertInnenbeirat und die Watch Group eingerichtet, um das hier sozusagen auch wirklich zu institutionalisieren.

Was Wien tun kann, tut Wien. Wir schieben die Arbeit keinesfalls auf eine höhere Ebene ab! Es gibt im Rahmen der Watch Group den Werberat, es gibt Zusammenarbeit mit anderen Städten, und Jenny Kickert hat es auch gesagt: Hoffentlich sind wir auch Vorbild für andere Städte, dass noch weitere Werbe-Watch-Groups eingerichtet werden! (*Abg Mag Dietbert Kowarik: Wie halten Sie es mit den Inseraten, Frau Kollegin?*)

Alles, was von Wiener Seite getan werden kann, wird getan. Wir sind immer schon gegen sexistische Werbung aufgetreten. Natürlich beeinflusst die sexistische Werbung auch Kinder. Ich habe auch erwähnt, Kollegin Schütz, dass wir aufpassen müssen, dass Rollenbilder, die in den Medien mit dieser Werbung auch transportiert werden, aufgebrochen werden. Diese Zuordnungen müssen natürlich von klein an aufgebrochen werden. (*Zwischenruf von Abg Mag Wolfgang Jung.*)

Wir stehen hinter dieser Watch Group, und wir stehen hinter diesem Antrag. Wir wollen ein bundesweit einheitliches Gesetz gegen sexistische Werbung. (*Abg Armin Blind: Was tun Sie dagegen?*)

Es wurde auch die Frage von Ästhetik und Geschmack noch einmal angesprochen. Das ist keine Frage der Ästhetik und des Geschmacks! Wir werden jedenfalls hier weiterarbeiten und gemeinsam auch im

Bund lobbyieren. (*Abg Armin Blind: Was ist jetzt mit den Inseraten?*)

Ich zähle in diesem Zusammenhang auch sehr auf die ÖVP, die ihr Interesse proklamiert und ihre Zusammenarbeit zugesagt hat. (*Abg Mag Dietbert Kowarik: Was ist mit den Inseraten? Deklarieren Sie sich!*)

Ich fordere Sie auf: Treten wir gemeinsam gegen sexistische Werbung auf! Übrigens meine ich, dass es mehr als entbehrlich ist, Frau Kollegin Schütz, als Frau hier herauszukommen und solche Fotos zu zeigen, einen Antrag, wie wir ihn hier gemeinsam einbringen, jedoch abzulehnen! – Danke schön.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abg Ellensohn. – Ich bitte darum.

Abg David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es gibt immer Unruhe, wenn Bilder von Frauen gezeigt werden. Deshalb ist es wichtig, dass wir über sexistische Werbung reden!

Ich wollte mich nur ganz kurz zu Wort melden, weil das eigentlich ein Thema ist, im Zusammenhang mit welchem man nicht mit Bildern herumwachen sollten, um genau ... (*Zwischenruf von Abg Armin Blind.*) Sie können unter der Bank so viele Bilder anschauen, wie Sie wollen, und auch sonst unter der Bank tun, was Sie wollen, das ist nicht mein Problem! (*Abg Mag Dietbert Kowarik: Eine qualifizierte Aussage des Herrn Klubobmann, wie immer!* – *Abg Armin Blind: Immer unter der Gürtellinie!*)

Ihre Aussage war auch nicht qualifiziert! Aber es geht nicht, dass Sie hier einen Haufen Leute beleidigen und wir uns das immer gefallen lassen müssen! Das geht nicht! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Das geht nicht! Sie bestimmen den Standard sicherlich nicht! Schauen Sie sich einmal in Tirol Ihren neuen Wahlkampf an: Was dort wieder für Plakate hängen, immer der gleich Schmäh quer übers Land! Es kommt immer wieder eine halbe Entschuldigung, und ein halbes Jahr danach fangen Sie wieder von vorne an!

Die Freiheitlichen haben in dieser Frage überhaupt keine Kompetenz. Lassen wir das.

Zur sexistischen Werbung: Wir sind uns hoffentlich einig, dass wir das nicht wollen!

Ich wollte aber kurz zur Aktion der GRÜNEN mit den „Femen“, die von Frau Feldmann angesprochen wurden, etwas sagen. Das ist eine Gruppe aus der Ukraine, die als politischen Protest ... (*Abg Mag Wolfgang Jung: Das ist Eigenwerbung! – Lebhaftige Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz** (*unterbrechend*): Wenn es mehr als einen Zwischenruf gibt, dann kommt der Stenograph oder die Stenographin ja nicht mit, das zu notieren. Herr Abgeordneter! Einen kurzen Moment! Ich meine, jeder Abgeordneter kann sich zu jedem Gegenstand zwei Mal zu Wort melden, und ich bitte, wenn ein diesbezügliches Bedürfnis besteht, das zu tun.

Abg David **Ellensohn** (*fortsetzend*): Die Aktion, die diese Gruppe macht, ist sehr umstritten. Das stimmt. Sie

beschreiben das so: Unsere Körper werden von der Werbung und auch sonst missbraucht, und wir verwenden unsere Körper jetzt als Waffe und treten aggressiv damit auf.

Darüber kann man streiten, und ich gebe zu, das hat auch bei uns zu genug Diskussionen geführt. Es ist aber auch der feministische Diskurs nicht immer punktgenau der Gleiche. Auch diesbezüglich gibt es mehrere Ansichten. Die feministische Zeitschrift „Emma“ hat mit dieser Gruppe „Femen“ in der Winterausgabe 2012 das Titelbild mit dem Transparent „Die Frau ist nicht zu kaufen“ gemacht und ihr auch einen langen Abschnitt gewidmet, damit man auch sehen kann, was sie tun und warum sie es tun.

Ich muss zugeben, dass ich auch gesagt habe, ich weiß nicht, ob das sicher den richtigen Effekt hat! Ich bin nicht sicher, ob nicht viele Männer nur diese Bilder konsumieren, aber die Botschaft nicht verstehen, weil diese sozusagen ein anderer Kaffee ist. Tatsache ist aber, dass das meistgelesene feministische Blatt, die Zeitschrift „Emma“, genau dieser Gruppe mehrere Seiten gewidmet hat.

Ein Spruch ist: Femen aller Länder vereinigt euch! Da ist auch von neuem Feminismus die Rede. All das ist nicht ganz einfach. Wenn man jetzt aber so tut, als ob das ganz eindeutig wäre, dann würde das heißen, dass irgendjemand von uns die Spielregeln genau kennt. Tatsache ist jedenfalls, dass diese Gruppe das feministisch meint. Sie treten aggressiv auf und sagen nicht, ich will auf Seite 3 oder 7 in der „Krone“ abgebildet werden. – Im Gegenteil!

Ich habe sowohl mit Frauen als auch mit Männern besprochen, ob und wie das ankommt. Die Reaktionen waren unterschiedlich. Man soll davon aber nicht in erster Linie sexuell angeturnt werden, wie es bei der Werbung beabsichtigt ist, sondern es soll das etwas anderes auslösen. Und daher halte ich das nicht mit dem vergleichbar, worum es geht. Es ist aber jedenfalls schade, dass man immer versucht, auf irgendwelchen Nebengleisen zu fahren!

Die Kernfrage ist: Sind wir gegen sexistische Werbung: Ja oder nein? Der Antrag wurde gut begründet und eingebracht, und ich hoffe, dass er trotz der Nebengeplänkel einstimmig durchgeht! Es ist nämlich ganz klar, dass wir nicht nur in Wien, sondern in ganz Österreich keine sexistische Werbung haben wollen. Das ist das Begehren der Antragstellerinnen und Antragsteller. Wir stimmen jetzt nicht über die „Femen“ und nicht über die „Kronen Zeitung“ ab. Ich nehme zur Kenntnis, dass die Freiheitlichen möchten, dass keine Inserate mehr in der „Kronen Zeitung“ erscheinen. Das ist interessant! Ich werde schauen, ob die FPÖ dann selbst inseriert. Aber ich nehme auch diese Information heute mit, und zwar nicht einmal ungern, wie ich hinzufügen möchte. Wir werden das mit der „Kronen Zeitung“ auch besprechen.

Wir stimmen hier und heute aber weder über die „Kronen Zeitung“ noch über Inserate ab. (*Zwischenruf von Abg Anton Mahdalik.*) Herr Mahdalik! Ich habe das jetzt leider nicht gehört, ich kann es daher nicht

kommentieren! (*Abg Anton Mahdalik: Gibt es diese Rede in gut auch? – Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.*)

Das ist typisch: Immer nur Kabarett. Immer lustig! Wurscht, worüber wir reden. Aber einen braucht man dafür. Worüber auch immer geredet wird: Sexismus: Lustig! Korruption: Lustig! All das ist bei Ihnen lustig. Pornographie ist bei Ihnen lustig. Kinderpornos im Burgenland heruntergeladen ist für Sie lustig. Passt schon! Ich kenne mich aus! Wir stimmen hier aber über ein Geschäftsstück ab, das sollten wir nicht vergessen, und zwar einstimmig, soviel ich weiß, und ich würde mich freuen wenn auch der Antrag über Rot-Grün hinaus Anhänger und Anhängerinnen findet. – Danke. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abg Dr Kickert. Ich bitte darum.

Abg Dr Jennifer **Kickert** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrte Stadträtin! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen!

Ich möchte zwei Punkte aus der bisherigen Debatte herausheben. – Schutz vor Herabwürdigung ist nicht gleichzusetzen damit, dass sich Frauen oder auch Männer in Zukunft nur mehr in Sack und Asche hüllen müssen. Das ist es bei Weitem nicht! Schutz vor Herabwürdigung ist übrigens auch, dass ein ernst zu nehmendes und ein ernst gemeintes Thema nicht einfach der Lächerlichkeit preisgegeben wird. Wir kennen die Bilder von Frauen in diversen Zeitungen, etwa die Nackerte auf Seite 6 oder so etwas, ich weiß es jetzt nicht genau, das hat mich nie interessiert. Aber wir können uns alle beziehungsweise unsere Kollegen dabei beobachten, wenn die aufgepumpten Bilder gezeigt werden, zu was für feixenden und grinsenden Reaktionen diese dann führen!

Die Frage nach einer Regelung oder einem Verbot einer sexistischen Werbung hat allerdings nur wenig damit zu tun, welche Parteien beziehungsweise welche Körperschaften leider auch in solchen Zeitungen inserieren. Das ist so. Aber vielleicht könnten wir uns alle überlegen ... (*Abg Mag Dietbert Kowarik: Wer definiert Sexismus?*)

Wer definiert Sexismus? Schauen Sie einfach nach! Es gibt Experten und Expertinnen! (*Zwischenruf von Abg Mag Wolfgang Jung. – Abg Johann Herzog: Experten sind meist selbsternannt! – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Wir haben jetzt eine ExpertInnen Diskussion. Es gibt einen seit mindestens 150 Jahren andauernden auch philosophischen Diskurs darüber! Sie brauchen nur nachzulesen! (*Zwischenruf von Abg Johann Herzog.*) Wie bitte, Herr Herzog? (*Abg Johann Herzog: 150 Jahre Literatur werden schwer zu subsumieren sein!*) Das ist schwer zu subsumieren? Na ja, mein Gott! Es gibt diesbezügliche wissenschaftliche Erkenntnisse seit mehr als 100 Jahren, und es gelingt uns, diese zu subsumieren, und zwar wir als Einzelpersonen, wir als Gesellschaft und auch noch wir als gesetzgebende Körperschaft. Das als Grund dafür zu nehmen, dass Sie es nicht schaffen, diesem Antrag zustimmen zu könne, empfinde ich als Armutszeugnis! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Abg Mag Jung.

Abg Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zunächst einmal möchte ich sagen: Ich habe vorher die Bankdiskussion mitverfolgt, und ich vermisse wirklich eine Stellungnahme, wie man das mit den Inseraten seitens der SPÖ sieht! Sehen Sie es als sexistisch, wenn solche Bilder dort erscheinen oder nicht? Sie drücken sich vor dieser Antwort! Auch die Sprecherin Ihrer Partei hat vorhin krampfhaft weggeschaut, als man sie dazu gefragt hat. – Das ist die Realität! Das ist ja nur eine Vorspiegelung, weil die GRÜNEN Dampf und Druck machen, und Sie geben ihnen auf dieser Spielwiese Platz. Diese Spielwiese kostet nichts, denn wenn Sie ihnen Geld geben müssten, würde das nicht gehen, weil die Stadt pleite ist!

Wir haben über Sexismus und Frauen gesprochen. Reden wir einmal über die Mannsbilder! Das werten Sie in der SPÖ. Wird Frau StRin Brauner jetzt den Feuerwehrkalender verbieten, meine Damen und Herren? Wie schaut es denn damit aus? Wo fängt der Sexismus an und wo hört er auf, Frau Kollegin, die Sie gerade gesprochen haben? Die Bilder werden von StRin Brauner nicht deswegen gefördert, weil sie ihr gar nicht gefallen oder weil sie so tolle Werbung für die Feuerwehr machen!

Und jetzt kommen wir zum ernsteren Teil. – Sie behaupten immer, dass sie so seriös in Ihrer Politik sind. Ich habe hier einen Artikel aus dem „Internet-Standard“, der zu drei Vierteln aber auch im normalen „Standard“ erschienen ist. – Ich lese vor: „Nackt, mit Flammen in den Augen.“ Die Fotografin war eine gewisse Beate Hausbichler. Es wurde eine gewisse Frau Schewtschenko interviewt, die Femen-Kollegin Inna Schewtschenko. Unter einem Bild steht – das ist nicht von mir –: „Per Busenprint.“

Ich zitiere aus dem Artikel: „Die ‚Sextremistinnen‘ der ukrainischen Gruppe „Femen“ im Gespräch mit „dieStandard.at“ über oben ohne als gezielte Protestästhetik. Sie begeben sich gezielt dorthin, wo viele Medien sind, und dank ihres Äußeren ziehen sie deren Interesse schnell auf sich. Shorts, Netzstrümpfe, oben ohne, blondes Haar und ...“ – So geht es weiter in diesem Artikel. Das ist die Methode, mit der offensichtlich auch Sie Werbung machen wollen und mit der Sie in die Medien zu kommen gehofft haben.

Diese Damen haben das Gleiche auch in Ankara versucht. Sie wollen ja mit Gewalt ins öffentliche Interesse kommen, wohl wissend, was dort vor sich geht. Keiner kann mir sagen, dass sie das nicht wissen! Und sie wissen auch genau, dass sie eine dortige Kultur beleidigen, denn es ist doch ziemlich eindeutig, dass das nicht zum Islam passt! Sie wurden festgenommen. Das haben sie gewusst, damit haben sie kalkuliert, dafür war schon alles vorbereitet, und sie kamen wieder in die Medien. Denen geht es darum, selbst bekannt zu werden, aber nicht darum, politische Anliegen wirklich weiterzubringen!

Kollegin Kickert spricht von der Achtung der Würde der Frauen. – Ein Foto von diesen Barbusigen hängt, soviel ich weiß, im grünen Parlamentsklub. Aber Sie haben sich nicht nur mit einem Foto begnügt, sondern die Damen haben, wenn ich richtig informiert bin, auch Busenabdrücke in farbiger Form dort hinterlassen – Das ist die Doppelbödigkeit in all Ihren Worten, meine Damen und Herren von den GRÜNEN! – Danke.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Zu Wort gemeldet ist Frau Abg Hebein. – Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Die FPÖ hat offensichtlich sehr viel Spaß, wenn wir über Sexismus sprechen. Sie übersehen aber völlig, dass es absolut würdelos ist, was Sie hier aufführen! (*Abg Mag Wolfgang Jung: Sie sind hingegen die Würde in Person!*)

Es ist würdelos, wenn Sie sich über Sexismus auf diesen Niveau unterhalten. Das bestätigt und verstärkt nur unser gemeinsames rot-grünes Anliegen, dass wir hier wirklich vorantreiben müssen, dass Frauen nicht mehr als Ware gesehen werden, dass Frauen nicht mehr gedemütigt werden, dass Frauen nicht mehr auf ihren Körper reduziert werden. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Genau das haben Sie getan! Wo war denn Ihre Wertschätzung? – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Sie sind wirklich das beste Beispiel dafür, wie wichtig und notwendig es ist, diese Diskussion ernsthaft zu führen und dem etwas entgegenzusetzen! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Noch einmal für all diejenigen, die zuhören beziehungsweise zusehen: Sexistische Abbildungen prägen und reduzieren Frauen auf Rollen und auf Klischees. Das spiegelt sich in gesellschaftlichen Strukturen wider. Es ist wichtig, dem etwas entgegenzusetzen und Bewusstsein zu schaffen, und zwar auch für diejenigen, die das dann konsumieren. Auch da gibt es einen großen Bedarf, dass Bewusstsein entwickelt wird!

Das eine ist ein schöner Frauenkörper, das andere ist Sexismus. Das eine ist, wenn sich eine Frau selbst entscheidet, ihren Körper in Sinne von Aktionismus als Waffe einzusetzen, und das andere ist ein würdeloses Verhalten und ein Reduziert-Werden.

Das haben Sie noch nicht verstanden. Irgendwo im 19. Jahrhundert müssen Sie stecken geblieben sein! – Vielen Dank.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile der Berichterstatterin das Schlusswort. – Bitte, Frau Stadträtin.

Berichterstatterin Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident!

Es geht hier um Einigkeit zu einem Poststück, in dem wir letztlich das Besoldungsabkommen hier heute rechtens machen. Dieses Besoldungsabkommen erwirkt eine Erhöhung der Gehälter um 2,56 Prozent und danach um 11,10 EUR. – Ich meine, die Übernahme dieses Abschlusses auf Ebene des Bundes ist ein richtiger Weg, und Wien demonstriert mit diesem Abschluss auch das, was der Gewerkschaft im

Zusammenhang mit den gesamten Konsolidierungsverhandlungen ganz besonders wichtig war, nämlich eine Harmonisierung der Verhandlungen betreffend die Gehälter der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Wir legen diese Erhöhung vor und ich hoffe, dass wir Einigkeit nicht nur zu diesem Beschluss im Besoldungsbereich haben, sondern ich hoffe auch – soweit ich das als Berichterstatterin jetzt sagen darf – auch auf Einigkeit im Sinne der Würde von Frauen. Wir beschäftigen ja viele Frauen, die mit dieser Maßnahme auch mitgenommen werden. Ich hoffe also auf Einigkeit in diesem Haus im Sinne der Würde von Frauen. Es ist ganz einfach keine Frage von Ästhetik oder von Geschmack, wenn Frauen durch Sexismus abgewertet und als Ware verwendet werden. Das hat sich keine Frau verdient, und ich glaube, darüber sollen wir uns in diesem Haus sehr wohl einig sein.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Akt. Er regelt die Besoldung 2012 für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ganz hervorragende Arbeit geleistet haben. – Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Wir kommen zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Danke. Das ist einstimmig so beschlossen. Das Gesetz ist somit in erster Lesung angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den eingebrachten Beschluss- und Resolutionsantrag betreffend die Aufforderung an die Bundesregierung, sexistische Werbung bundesgesetzlich zu verbieten. Wer diesem Beschluss- und Resolutionsantrag die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Danke. Das ist mit Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN somit mehrstimmig angenommen.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen, und darf jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag die Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand bitten. – Danke. Das ist einstimmig so beschlossen. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Danke. Das ist somit einstimmig beschlossen.

Postnummer 2 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Jugendwohlfahrtsgesetz 1990 geändert wird. Berichterstatter hiezu ist Herr Amtsf StR Oxonitsch. Ich bitte Sie, Herr Stadtrat, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bitte, dieser Änderung des Wiener Jugendwohlfahrtsgesetzes zuzustimmen, die es möglich macht, dass der Jugendwohlfahrtsträger Sonderauskünfte einholen kann, um damit eine wirksame Verbesserung zum Schutz von Minderjährigen sicherzustellen.

Ich bitte zur Zustimmung.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir gleich zur Abstimmung. Ich darf jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand bitten. – Danke. Somit ist die Gesetzesvorlage in erster Lesung einstimmig angenommen.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen. Ich darf jene Mitglieder bitten, die dem zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. – Danke. Auch das ist einstimmig so beschlossen. Ich darf daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand bitten. – Danke. Das ist einstimmig so beschlossen.

Postnummer 3 betrifft eine Vereinbarung gemäß Art 15a zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung über die gemeinsame Förderung der 24-Stunden-Betreuung geändert wird. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely, die Verhandlung einzuleiten. – Bitte, Frau Stadträtin.

Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich ersuche um Zustimmung

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich Herr Abg Univ-Prof Dr Frigo zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. – Bitte, Herr Professor.

Abg Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Werte Damen und Herren!

Die Verlängerung der 15a-Vereinbarung zur Förderung der 24-Stunden-Hilfe wurde von uns erneut abgelehnt, und Sie, meine Damen und Herren von der Grünen Fraktion, haben 2009 dieser Vereinbarung auch nicht zugestimmt, und zwar völlig zu Recht.

Die 24-Stunden-Pflege ist in einfachen Worten zu kostspielig und eigentlich dem Bürger nicht zuzumuten. Warum? Was hat sich eigentlich in der Zwischenzeit verändert? – Die 15a-Vereinbarung hat sich in Wahrheit nicht verändert, und ich glaube, auch bei den GRÜNEN hat sich nicht sehr viel verändert, außer dass sie jetzt in der Regierung sind und daher zustimmen.

Wenn ich als Bürger zum Beispiel eine schwere Herzoperation habe, kostet diese mehrere Hunderttausend Euro. Das ist kein Problem! Das wird vom Staat bezahlt. Wenn ich aber anschließend ein Pflegefall werde, dann werde ich zur Kasse gebeten. – Hier liegt sicherlich ein klarer Systemfehler vor, und das liegt vor allem an der hohen Diversität. Damit meine ich die Anzahl der Kostenträger im Gesundheitssystem. Eine Zusammenlegung der Kassen, der Spitalsträger und letztlich auch der Pensionsversicherungen ist schon eine langjährige FPÖ-Forderung, denn das wäre eine echte Reform, die das Gesundheitssystem weiterbringt, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich erinnere an die WHO-Definition der Gesundheit. Diese ist relativ einfach. Ich glaube, jeder kennt sie: Gesundheit ist der Zustand des körperlichen, psychischen, seelischen und sozialen Wohlbefindens.

Es gibt aber offenbar doch einen Unterschied zwischen Patient und Pflegling, wobei eigentlich definitionsgemäß laut WHO beide krank sind. Anscheinend ist aber die Solidarität der Gesellschaft gegenüber Pflegenden eine ganz andere als gegenüber einem Patienten. Gerade in der Pflege wird nur der Kostenaspekt diskutiert, und dass die Pflege eigentlich ein ureigener Auftrag und eine soziale Grundaufgabe des Staates ist, scheint vergessen zu sein.

Vergessen wurde in der Diskussion der letzten Jahre aber auch diese vielen Tausend illegalen Pfleger, die in Wien arbeiten, die zumeist Pendler aus den östlichen Nachbarländern sind. Auch diese Diskussion muss man jetzt neu entfachen. Skurril ist nämlich auch, dass es ohne illegale Pfleger, wie wir alle wissen, gar nicht geht. Es gibt gar nicht so viel ausgebildetes Pflegepersonal in Wien.

Als Merkhilfe möchte ich jetzt nur den Namen Schüssel erwähnen. Der Bundeskanzler oder zumindest seine Familie ist damals in diese Pflegefälle geraten. Daher frage ich: Wie soll sich ein normaler Bürger das leisten können, wenn sogar ein Bundeskanzler beziehungsweise seine Familie zur illegalen Pflege greifen muss? – Ich möchte niemanden beschuldigen. Offiziell war Bundeskanzler Schüssel nicht in die Pflege involviert, aber es war eine illegale slowakische Pflegerin zur Pflege seiner Schwiegermutter – unter Anführungszeichen – beschäftigt.

Diese Pflegeproblematik beginnt aber schon bei der Attraktivität der Ausbildung und der Motivation, überhaupt in den Pflegeberuf zu gehen. Es gibt nicht nur viel zu wenig Ausbildungsplätze, sondern ich sehe auch keine Motivatoren, den Pflegeberuf zu ergreifen. Viele Absolventen üben diesen gar nicht aus. Sie gehen in ein Bundesland oder sogar ins Ausland. Warum? – Weil es dort bessere Arbeitsbedingungen und vor allem eine bessere Bezahlung gibt.

Selbst wenn es zu einem Umdenken käme, meine Damen und Herren, wäre der Zug aber schon abgefahren. Das ist eine verfehlt Gesundheitspolitik!

Eine weitere langjährige Forderung der FPÖ ist auch die finanzielle Absicherung der pflegenden Angehörigen. Sie alle kennen das Beispiel: Die Frau pflegt ihre kranke Mutter daheim. Diesbezüglich wären eine rechtliche Gleichstellung und eine soziale Gleichstellung mit dem legalen Pflegepersonal der 24-Stunden-Pflege zu fordern. Außerdem müssten zumindest die Sozialversicherungsbeiträge in der Höhe von 360 EUR im Monat vom Staat übernommen werden. Dabei ist zu betonen: Pflegenden Angehörigen sind um einiges billiger als teure Pflegeheimobjekte, die ohnehin nur zu Bauskandalen führen, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Welche Möglichkeiten hat ein Pflegebedürftiger mit einer Durchschnittspension ohne Angehörige? – Wenn er kein Geld hat: Ab ins Heim! Endstation. Der Verlust der eigenen vier Wände ist unvermeidlich. Die gelebte Individualität ist dahin. Und leider Gottes – wobei ich jetzt nichts gegen unsere Heime sage, die sicherlich qualitativ wertvoll sind – gibt es dann für diese Menschen kein

Möglichkeit zur Rückkehr nach Hause mehr. *(Abg Dr Claudia Laschan: Das stimmt ja gar nicht! Sie brauchen nur die Zahlen anzuschauen!)* Das stimmt nicht? – Ich persönlich kenne genug Fälle!

Wen betrifft nun die Pflege daheim? – Sie betrifft in erster Linie die Frauen, und wir haben die Frauen heute ja schon genug erwähnt, die für Systemfehler büßen müssen, diesfalls Frauen, die neben dem Beruf noch ihre Mutter pflegen. Ist das Ihre Frauenpolitik, meine Damen und Herren? Schieben Sie die Kosten auf die Frauen ab? Ist das Ihre Politik?

Nächstes Thema: Pflegestufen statt Hilfen für die Pflege sind zumeist auch Schikanen. An und für sich hat man erst ab Pflegestufe 3 Recht auf Pflegegeld. All das klingt im Gesetz sehr gut. Wie aber ist es in der Realität? – In der Realität dauert es vorerst einmal ein paar Monate, bis überhaupt jemand von der Pensionsversicherung den Pflegling begutachtet, und es dauert noch länger, bis endlich ... *(Abg Dr Sigrid Pilz: Wieso sagen sie Pflegling?)* Den Pflegebedürftigen. Bitte schön. *(Abg Kurt Wagner: Herr Kollege! Wissen Sie, wie lange es dauert, wenn Sie jetzt schon darüber reden?)*

Ja! Ich habe jetzt einen Fall von vier Monaten! *(Zwischenruf von Abg Kurt Wagner.)* Sie können sich dann auch zu Wort melden! Ich glaube Ihnen, dass Ihnen das nicht gefällt! Aber ich setze Ihnen meine Interpretation auseinander, und diese beruht auch auf Zahlen und persönlichen Erfahrungen, die ich lange Jahre im Gesundheitssystem gemacht habe.

Im Zusammenhang mit den Pflegestufen zeigt sich auch ein starker Unwille und offensichtlich oft auch fehlende soziale Kompetenz. Diese Zeitspanne ist nämlich tatsächlich da, und das ist ein weißer Fleck in der Pflegelandkarte, meine Damen und Herren! Das muss man hier unterstreichen. Die Menschen bekommen monatelang kein Geld, und das sind 2 000 EUR im Monat. *(Abg Kurt Wagner: Das ist ja nicht wahr!)* Das ist wahr! *(Abg Kurt Wagner: Das können Einzelfälle sein, die wir nicht beziffern, aber das ist nicht die Regel!)*

Bitte kommen Sie dann heraus! Sie wissen immer alles besser! Ich erkläre Ihnen das jetzt. Sie müssen das jedenfalls überbrücken! Wissen Sie, um wie viel Geld es geht? – Es geht immerhin um 2 000 EUR bei der Vollzeitpflege, und die Durchschnittspension beträgt 1 300 EUR.

Meine Damen und Herren! Kommen wir jetzt zu den vielen Fragen, die in der Pflege noch unbeantwortet sind. *(Abg Kurt Wagner: Erzählen Sie keine Geschichten, sondern die Wahrheit!)*

Ja! Es fehlt an realitätsnahen Konzepten. Das beginnt schon damit, dass es in jedem Bundesland andere Gesetzesvorschriften gibt, meine Damen und Herren! Gerade bei einer Diskussion über eine solche Vereinbarung zwischen Bund und Ländern muss man sagen, dass es dilettantisch ist, dass das in jedem Bundesland anders ist! In diesem Punkt haben letzten Endes alle versagt. Es tut mir leid, Ihnen kein besseres Zeugnis geben zu können! – Danke. *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf von Abg Kurt Wagner.)*

Ich glaube, dass ich nicht sehr falsch liege, wenn

auch die Frau Landesrätin meiner Meinung ist! Es braucht zukunftsorientiertere Formen und es müsste zumindest angedacht werden, dieses eigentlich ungerechte und falsche Pflegesystem, das derzeit im Gegensatz zum Kassensystem steht, zu verbessern. – Danke schön! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Mörk. Ich erteile es ihr.

Abg Gabriele **Mörk** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In der Landtagssitzung am 25.6.2009 wurde die Art 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der 24-Stunden-Betreuung genehmigt. Es geht dabei nicht um Pflege, so wie Sie das jetzt gesagt haben, Herr Kollege Frigo! Damals ist es darum gegangen, die Betreuung zu legalisieren, weil der von Ihnen, von der FPÖ und der ÖVP, eingeführte Pflegescheck damals ein Flop war. Das war der Grund, wieso man diese Vereinbarung zwischen Bund und Ländern getroffen hat. Sie haben jetzt in Ihrer Rede auch vergessen, das zu erwähnen, Herr Kollege Frigo!

Damals ist man in der Vereinbarung auf Grund der Ergebnisse der Finanzausgleichsverhandlungen für die Periode von Jänner 2008 bis Dezember 2013 übereingekommen, die Förderung dieser 24-Stunden-Betreuung zu 60 Prozent auf den Bund und zu 40 Prozent auf die Länder aufzuteilen. Gedeckelt ist diese 24-Stunden-Betreuung mit 40 Millionen EUR, und davon tragen Bund und Länder 16 Millionen EUR.

Die derzeitige Fassung gilt bis 2013, und da im neuen österreichischen Stabilitätspakt vereinbart wurde, die gegenwärtige Finanzausgleichsperiode bis zum Jahr 2014 zu verlängern, wird in dieser Vereinbarung jetzt auch die Geltungsdauer für die 24-Stunden-Betreuung bis 2014 verlängert. Ich darf Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, ersuchen, dieser Vereinbarung Ihre Zustimmung zu geben. – Danke schön! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. – Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Frau Berichterstatterin hat auf das Schlusswort verzichtet.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die dieser Vereinbarung die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist mit den Stimmen der ÖVP, der SPÖ und der GRÜNEN mehrstimmig so beschlossen.

Postnummer 11 der Tagesordnung betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Regelung der Sozialhilfe geändert wird. Berichterstatterin hiezu ist Frau ... *(Abg Ing Mag Bernhard Dworak: Zweite Abstimmung?! – Abg Karlheinz Hora: Das ist ja kein Gesetz!)* – Falls es Ihnen entgangen ist: Das ist kein Gesetz, nur eine Verordnung. Aber danke für die Bemühung, mir einen Fehler vor Augen zu führen.

Postnummer 11 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Regelung der Sozialhilfe geändert wird. Berichterstatterin hiezu ist

Frau Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely. - Ich bitte, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Herr Präsident! Hohes Haus!

Mit dem Beschluss des Gemeinderates vom 1. Juli 2004 wurde der Abschlussbericht der Wiener Geriatriekommission zur Kenntnis genommen. Der Abschlussbericht der Wiener Geriatriekommission ist die Grundlage für alle Veränderungen, die wir seit damals im Geriatriebereich vornehmen. Auf der einen Seite sind das die vielen baulichen Maßnahmen, mit der Entscheidung, dann die großen Häuser zu schließen, auf der anderen Seite sind es auch organisatorische Veränderungen. So haben wir infolge der Umsetzung des Geriatriekonzeptes ab dem Jahr 2005 Schritt für Schritt alle Einrichtungen auf vollkostendeckende Tarife umgestellt, um hier auch Kostenwahrheit gelten zu lassen.

Als Abrundung und letzter wichtiger Schritt liegt heute das Wiener Sozialhilfegesetz zur Beschlussfassung vor, das es dann auch ermöglicht, dass in den Einrichtungen des Krankenanstaltenverbundes vollkostendeckende Tarife berechnet werden. Was davon völlig unbeeinflusst bleibt und keine Veränderung erfahren wird, ist, dass zukünftig auf Grund dessen, dass diese vollkostendeckenden Tarife natürlich höher sein werden als der Tarif von 79 EUR, der seit, glaube ich, 1994 gilt, die Zahl der Wienerinnen und Wiener, die Vollkosten zahlen, noch geringer werden wird.

Was unberührt davon ist, ist die Förderung und Finanzierung der Wohn- und Pflegeheimaufenthalte durch den Fonds Soziales Wien. Es wird sich für den Großteil der Bewohnerinnen und Bewohner zukünftig gar nichts ändern, und es wird sich für jene, die jetzt schon in den Häusern des Krankenanstaltenverbundes sind, auch bei der Veränderung, die wir hier heute vornehmen und beschließen, nichts ändern.

Was wir damit abgeschlossen haben, ist, ein System zu haben, wo die unterschiedlichen Einrichtungen vergleichbar sind, wo die Wienerinnen und Wiener auch sehen können, was die Leistung, die diese Stadt auf Grund von Beschlüssen des Wiener Gemeinderates erbringt, wert ist, und wo wir auf der anderen Seite aber die Frage der Finanzierbarkeit für die Wienerinnen und Wiener so belassen, wie das heute der Fall ist, nämlich dass auch in Zukunft alle Menschen, die stationäre Pflege in dieser Stadt brauchen, genau das bekommen, was sie brauchen, unabhängig von der Frage, wie hoch ihre Pension ist.

Ich möchte mich jetzt schon bedanken, zunächst einmal dafür, dass wir da jetzt eine Diskussion darüber führen, aber vor allem auch für die konstruktiven Gespräche, die wir im Vorfeld des heutigen Gesetzesvorschlages, Initiativantrages hatten. Wir haben das mehrmals in der Geriatriekommission diskutiert, und ich denke, dass gerade die Umsetzung des Geriatriekonzeptes wirklich ein sehr gutes Beispiel ist, wie Parlamentarismus positiv stattfinden kann. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir, so wie es auch schon im Ausschuss gelungen ist, diese Gesetzesänderung heute

hier einstimmig beschließen könnten, im Sinne der Wienerinnen und Wiener. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Danke, Frau Stadträtin, für die Einleitung. Gemäß § 30c Abs 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? – Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen. Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg Seidl. Ich erteile es ihm.

Abg Wolfgang **Seidl** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Meine Damen und Herren!

Die Frau Landesrätin hat ja eigentlich schon alles zu dem Gesetz gesagt, und wir haben ja auch im Ausschuss Zustimmung signalisiert, und wir werden diesem Tagesordnungspunkt auch zustimmen.

Ich möchte allerdings auf etwas anderes eingehen, und zwar auf die letzte Gesundheitsausschusssitzung, die am 19.3., am Montag vor einer Woche, stattgefunden hat. Das sind ja, wie wir alle wissen, nichtöffentliche Sitzungen. Und diese Sitzung, die, glaube ich, zwölf Minuten gedauert hat, hat sich ungefähr acht Minuten lang um ein Thema gedreht, nämlich um das Thema Pflegeregress.

Jetzt weiß ich, in Wien gibt es den Pflegeregress nicht - und vielleicht für all jene, die nicht so sehr im Gesundheitsausschuss tätig sind, ganz kurz zur Erklärung, was der Pflegeregress ist: In der Steiermark zum Beispiel, einem sozialdemokratisch regierten Land, gibt es diesen jetzt seit 1.8.2011 wieder, und dort ist es so, dass die Kinder für die Pflegeheimunterbringung der Eltern ab einem Nettoeinkommen von 1 500 EUR 4 bis 10 Prozent bezahlen müssen. Das gab es davor nicht, aber seit 1.8.2011 gibt es das wieder. Das Burgenland – ebenfalls ein Land, das mit absoluter SPÖ-Mehrheit regiert wird, liebäugelt bereits damit.

In Wien ist es zwar noch nicht angedacht, die Frau Landesrätin hat auch in der Ausschusssitzung gesagt, es soll nicht kommen; allerdings würde ich Sie bitten, sehr geehrte Frau Landesrätin, da wir heute eine öffentliche Sitzung haben, dies noch einmal kundzutun. Denn im Lichte dessen, dass Wien ja mit 4 Milliarden EUR Schulden hoch, sehr, sehr hoch verschuldet ist und auf der anderen Seite Wien jetzt krampfhaft, so liest man, überall 1 Milliarde EUR sucht, um das Bundesbudget mitzufinanzieren, wäre es meiner Meinung nach ein Gebot der Stunde, das hier noch einmal öffentlich zu sagen. - Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Danke für die Wortmeldung. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile der Frau Berichterstatterin Mag Wehsely das Schlusswort.

Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Frage der Finanzierung der Pflege ist ein großes Thema. Es ist uns gelungen, mit der Schaffung des

Pflegefonds gemeinsam mit Rudi Hundstorfer auf Bundesebene hier einen wichtigen Schritt zu machen, der noch kein Endschrift sein kann, und wir arbeiten hier als Wiener Vertreter sehr stark daran, dass wir eine Lösung, eine längerfristige Lösung zustande bringen.

Ich halte es für ganz, ganz wichtig, dass wir in dem System, das wir jetzt haben, für die alten Menschen, für die pflegebedürftigen Menschen genau jene Pflege und Betreuung zur Verfügung stellen, die sie auch brauchen. Und ich halte es für ganz, ganz wichtig, dass diese Frage nicht abhängig ist davon, ob die Kinder es sich leisten können oder leisten wollen.

Wien hat 1974 als erstes Bundesland den Regress für Kinder abgeschafft, und Wien wird auch weiterhin keinen Regress für Kinder haben. *(Beifall bei SPÖ, GRÜNEN und von Abg Wolfgang Seidl.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Danke. Ich stelle die Einstimmigkeit fest. Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen, und ersuche jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Ich stelle die Einstimmigkeit fest. Ich ersuche nun jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Danke. Somit ist das Gesetz auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Bevor wir zu Postnummer 4 der Tagesordnung kommen, möchte ich der Ordnung halber noch einmal erwähnen, da ich vorher entschuldigt war, dass Frau Abg Kathrin Gaal ab 14 Uhr aus beruflichen Gründen entschuldigt ist.

Wir kommen zu Postnummer 4 der Tagesordnung. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Naturschutzgesetz und das Wiener Nationalparkgesetz geändert werden. Berichterstatterin hiezu ist Frau Amtsf StRin Mag Sima. Ich ersuche sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung zur Novelle des Wiener Naturschutzgesetzes.

Präsidentin Marianne **Klicka**: Gemäß § 30c Abs 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? – Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen. Die Debatte ist somit eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Herr LAbg Walter. Ich erteile es ihm.

Abg Norbert **Walter**, MAS *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Es geht heute um eine Novellierung des Naturschutzgesetzes und des Nationalparkgesetzes. Die ÖVP hat im Ausschuss dagegen gestimmt, weil wir

damals der Meinung waren, dass einige wichtige Punkte, die für uns von großer Bedeutung sind, nicht berücksichtigt sind, und es ebenso eine erkleckliche Anzahl von Stellungnahmen zu dem Gesetzesentwurf gab, die aus unserer Sicht nicht berücksichtigt worden sind.

Die Beharrlichkeit - oder manchmal sagt man auch Sturheit - führte dazu, dass wir - ich mit dem Kollegen Valentin und mit meiner Kollegin Holdhaus und mit den handelnden Damen und Herren - in einigen Gesprächen einige Dinge ausräumen konnten und dass wir vor allem auch dann gemeinsam einen Abänderungsantrag einbringen werden, in dem es darum geht, gewisse Punkte, die ich vorher angesprochen habe, zu entschärfen.

Mir war es ganz wichtig, dass wir bei Bescheiden keinen generellen Ausschluss von Berufungen zulassen wollen. Mir ist es aber auch umgekehrt ganz wichtig gewesen zu sagen, wenn es erforderlich ist und wenn Fristen nicht eingehalten werden, wenn sozusagen gesetzliche Bestimmungen derart missachtet werden, dass es ohne Aufschiebung nicht geht, dann soll das auch möglich sein. Aber den generellen Aufschiebung von Bescheiden wollten wir nicht haben.

Ein weiterer Punkt, der aus unserer Sicht wichtig ist, vor allem für Grundeigentümer, aber auch für solche, die ein Grundstück erben oder ein Grundstück weitergeben, verkaufen, wie auch immer: Dass die Informationsweitergabe jetzt schriftlich erfolgen soll. Da haben wir prinzipiell gesagt, dem kann man zustimmen. Aber umgekehrt wollen wir auch haben, dass es eine verbindliche behördliche Stelle gibt, die Auskunft darüber gibt, ob das Grundstück unter Schutz steht, ob es ein Schutzgebiet ist, ob es ein Biotop ist oder ein Naturdenkmal, was auch immer. Dem wurde folgendermaßen Rechnung getragen, indem in den Erläuterungen nun klar ausgeführt ist, dass es entweder im Umweltgut oder im Naturschutzbuch nachzulesen ist.

Ein ganz wichtiger Punkt - und das war für mich auch als Vertreter der Landwirtschaft von Bedeutung - ist die subsidiäre Inanspruchnahme des Grundeigentümers oder der Grundeigentümerin. Wie Sie alle wissen, ist es oftmals so, dass Grundeigentümer zum Handkuss kommen, wenn vorher nicht klar ist, wer der Verursacher einer Verletzung des Naturschutzgesetzes war. Und da war es mir wichtig zu definieren: Was ist ein vertretbarer Aufwand, wenn man den oder die nicht finden kann?

Dieser vertretbare Aufwand wurde in den Erläuterungen auch dementsprechend definiert, und zwar so, dass man sagen kann, wenn die Behörde alle entsprechenden Maßnahmen treffen konnte, ob das jetzt zum Beispiel das Rebflächenverzeichnis oder andere Verzeichnisse betrifft, die in der Stadt Wien aufliegen und in denen klar ersichtlich ist, wer der Bewirtschafter ist - bei Pachtverträgen, gerade beim Weinbau, da das ja eine Dauerkultur ist, gibt es ohnedies langjährige Pachtverträge -, in denen nachzulesen und nachzuforschen ist, wer auch immer der jeweilige Bewirtschafter ist.

Klarerweise ist es so, dass ein Gesetz natürlich

immer auch Dinge offen lässt oder Wünsche nicht berücksichtigen kann, weil es ja auch um Interessen von verschiedenen Seiten geht. Die Naturwache ist sicher ein Beispiel dafür, und deswegen habe ich heute in der Früh auch den Bürgermeister gefragt, ob er sich vorstellen kann, Teile der Naturwache als Vertragsbedienstete oder als Gemeindebedienstete aufzunehmen. Ich denke, man sollte diese Möglichkeit auf jeden Fall prüfen, um mit denjenigen Personen, die die Kenntnisse haben, das Wissen haben, die dann auch die entsprechenden Prüfungen ablegen, für die Zukunft dementsprechend vorzugehen.

Ein weinendes Auge habe ich als BOKU-Mensch insofern, als die Umbenennung des Naturschutzbeirates in „Umwelt- und Naturschutzbeirat“ erfolgt, weil es aus meiner Sicht zwei begrifflich unterschiedliche Definitionen hierzu gibt. Natürlich ist es so, dass der Umweltschutz ein wichtiges Anliegen ist. Aber der Naturschutz ist, sage ich jetzt einmal, ein zweites, noch wichtigeres, aus meiner Sicht sogar übergeordnetes Anliegen. Und wenn man sich die Unterscheidung der beiden Begriffe ansieht, dann habe ich manches Mal das Gefühl, dass es da und dort durchaus zu Missverständnissen kommt, zu Missverständnissen dahin gehend, dass die Begriffe ganz einfach unterschiedlich ausgelegt und damit natürlich auch unterschiedlich verwendet werden. Denn: Das Naturschutzrecht oder der Naturschutz beschäftigt sich natürlich auch mit Ödflächen - und Ödflächen interessieren in der Regel den Umweltschutz wieder weniger. Allein an so einem Beispiel kann man erkennen, dass da zwei verschiedene Systeme zum Einsatz kommen.

Und was mir schon auch noch wichtig ist: Was der Umweltschutz in dem Maße sicher nicht tut, das ist das, was der Naturschutz in der Definition an sich schon umfasst, nämlich – und jetzt ziehe ich nur die kürzere Version der Definition heran - die Erhaltung eines natürlich funktionierenden Ökosystems mit seiner typischen Tier- und Pflanzenwelt sowie die einer Kulturlandschaft. Ich glaube, gerade auch der Begriff Kulturlandschaft ist ein ganz wichtiger, vor allem auch für Wien, für die Tourismusregion Wien, für die Erholungsgebiete in Wien und vor allem auch für die Erhaltung dieser Kulturlandschaften.

Ich denke, das ist auch das, was die Intention dieses Gesetzes mit einbezieht, und deshalb stehen wir nicht an, nach diesen Diskussionen und Gesprächen dieses Gesetz mitzutragen, den Abänderungsantrag mitzutragen. Ich meine daher, im Sinne des Naturschutzes, vor allem für die Tier- und Pflanzenwelt, aber auch für die Kulturlandschaft und damit natürlich für die Wienerinnen und Wiener, kann man diesem Gesetz in dieser Ausformung zustimmen.

Ich bitte jedoch auch, das Gesetz mit dem entsprechenden Augenmaß zu vollziehen, vor allem auch im Hinblick auf die Bewirtschafter der Naturschutzflächen - ob das Vertragsnaturschutzflächen sind, ob das der Biosphärenpark Wienerwald ist, wo ja auch Teile des Nußberges mit umfasst sind, das

Landschaftsschutzgebiet Bisamberg und so weiter -, dass man den Bewirtschaftern auch entsprechende Hilfestellungen bietet oder, noch besser gesagt, nicht Prügel vor die Beine wirft. Denn sie sind ja diejenigen, die letztendlich diese Natur- und Kulturlandschaft nicht nur bewirtschaften, sondern auch aufrechterhalten und sie im überwiegenden Maße für alle Wienerinnen und Wiener entsprechend zur Verfügung stellen.

In diesem Sinne bedanke ich mich für die Kooperation und bedanke mich auch für die konstruktive Diskussion, weil ich glaube, das ist auch notwendig. Die ÖVP stimmt diesem Gesetz zu. - Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Maresch. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Rüdiger **Maresch** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Meine Damen und Herren!

Es ist natürlich sehr erfreulich, dass die ÖVP dem Gesetz zustimmt, gar keine Frage. Ich möchte aber einen kleinen Satz hier nicht unwidersprochen stehen lassen, nämlich dass die Landwirte die Naturlandschaft aufrechterhalten. Das würde ich ein bisschen differenzierter sehen. Es mag sein, dass viele Landwirte das machen, aber es gibt auch ganz viele Landwirte, die da ein bisschen mit der Chemie spielen und mit den Düngemitteln spielen. Das würde ich also nicht überall so sehen. - Aber grundsätzlich haben wir uns in diesem Fall geeinigt. Hervorragend!

Ein Zweites möchte ich noch sagen: Im Vorfeld gab es eine Debatte zur Naturwacht. Und ich sage noch einmal: Die Naturwacht ist eine private Exekutive, die wir in Wien nicht brauchen. Das ist so. Die Phantasiuniformen und das lustige Patrouillieren auf der Donauinsel und sonst wo brauchen wir auch nicht. Und weil die Stadt Wien als lokaler Staat ein Gewaltmonopol hat, brauchen wir das auch nicht. Deswegen werden Naturwacheorgane zu Naturschutzorganen. Und dazu möchte ich nur noch einen Satz sagen: Personen der Naturwacht, die sich qualifizieren, können jederzeit bei dieser neuen Organisation aufgenommen werden.

Also noch einmal: Wir brauchen keine Phantasiuniformen, und wir brauchen keine privaten Sheriffs, die da patrouillieren. - Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abg Guggenbichler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Ing Udo **Guggenbichler** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Als Erstes darf ich den Landesleiter der Wiener Naturwacht begrüßen, der dieser Debatte folgt *(Beifall bei der FPÖ.)*, und darf ihm auch danken für seine über 30-jährige Tätigkeit, die er ehrenamtlich mit seinen Mitgliedern im Verein der Wiener Naturwacht im Sinne des Umwelt- und Naturschutzes in dieser Stadt geleistet hat. Nach der Antwort des Herrn Bürgermeisters heute

zu dieser Gesetzesänderung konnten wir bemerken, dass er gesagt hat, es gibt keinen einzigen Vorwurf gegen die Organe, die in der Naturwacht organisiert sind.

Durch die Änderung dieses Gesetzes erleben wir einen ökologischen Rückschritt und einen ökonomischen Schaden für unsere Stadt, frei nach dem Motto von Rot-Grün: Egal, was es kostet, egal, was es bringt, Hauptsache, wir können autoritären Druck auf die Natur und auf die Naturschutzorgane ausüben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn sich Menschen über Jahrzehnte für die Umwelt und den Naturschutz einsetzen, dann ist es unsere Pflicht, sie zu beachten, und im Sinne unserer Gesellschaft, sie zu loben und zu hofieren. Das dürfte aber nicht das Ziel der Regierungsparteien sein. Im Gegenteil, sie sind sogar so weit gegangen - und Herr Maresch hat es auch gerade wieder getan -, dass von Valentin und Maresch diese Organisation und diese freiwilligen Helfer beleidigt und kritisiert wurden. Und das haben sie nicht verdient in dieser Stadt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das ist ein schlechter Stil, der hier gelebt wird, und ich darf mich auch bei allen Naturwacheorganen, die in den letzten Jahren tätig waren, im Namen unserer Fraktion entschuldigen, dass dieses Haus so tief gesunken ist, dass wir es notwendig haben, ehrenamtlich tätige Menschen zu beleidigen und zu beschimpfen.

Obwohl diese Organisation noch 2010 von der Stadtregierung geehrt wurde, von der StRin Frauenberger wie auch von der MA 22, und der Bürgermeister heute gesagt hat, es gibt keinen Vorwurf, und letztes Jahr gesagt hat: „Es geht also mit Sicherheit nicht darum, die Naturwacht aus ihrer bisherigen Tätigkeit zu vertreiben, im Gegenteil, ich halte es für sehr vernünftig, wenn diese Tätigkeiten auch entsprechend fortgesetzt werden.“ - gerade ehrenamtliche Tätigkeiten und Menschen im Umweltschutzbereich sollten erhöhte Aufmerksamkeit bekommen und auch genügend finanzielle Unterstützung der Stadt. Der Bürgermeister hat damals auch gesagt, er wird sich im Notfall darum kümmern, aber wenn man sieht, was jetzt in diesem Gesetz steht, dann ist das eine gefährliche Drohung, wenn sich der Bürgermeister im Notfall um etwas kümmert, da muss sich jede ehrenamtliche Organisation fürchten, wenn sich der Bürgermeister im Notfall um diese Organisationen kümmert -, obwohl auch die Leiterin der Umweltschutzabteilung in einer Broschüre der Naturwacht vor Jahren geschrieben hat: „Für den Beitrag, den diese engagierten Wienerinnen und Wiener für die Lebensqualität in Wien leisten, bedanke ich mich als Leiterin der Wiener Umweltschutzabteilung ganz herzlich. Ich wünsche der Wiener Naturwacht auch in den nächsten Jahrzehnten die Unterstützung vieler Menschen im Einsatz für die Umwelt in Wien.“, obwohl auch die Umweltstadträtin in dieser Broschüre erwähnt hat: „Als Umweltstadträtin bin ich sehr froh, dass so viele ehrenamtliche Naturwacheorgane unermüdlich Missstände beobachten, dokumentieren und helfen, sie zu beheben, denn auch mir ist der Gedanke der Umweltbildung immens wichtig, der durch die Tätigkeiten

der Wiener Naturwacht gefördert wird.“, und obwohl der Bürgermeister heute noch einmal gesagt hat, dass es keine Vorwürfe gibt, ändern Sie dieses Gesetz und entziehen diesen Menschen die Möglichkeit, weiterhin in der bisherigen Form für die Umwelt und die Natur tätig zu sein.

Frau Stadträtin, für den Fall, dass Sie diese Lektüre nicht mehr kennen, darf ich Ihnen hier eine Broschüre über „30 Jahre Naturwacht“ überreichen, in der diese Zitate, die ich gerade verlesen habe, auch aufscheinen.

Aber was soll es für einen Sinn machen, wenn man Freiwillige vor den Kopf stößt und sie durch Bedienstete ersetzt? - Machtausübung durch Weisungen! Wenn man die Tätigkeiten der Naturwacheorgane in der Vergangenheit betrachtet, so sind das zum Beispiel: neun Wochen Betreuung der Amphibienwanderstrecken, Sicherung der Grünräume, Einschreiten bei illegalem Befahren von Grünräumen, Bergung gefährlicher Wildtiere, Begleitung und Kontrolle von Baustellen in sensiblen Grünräumen - was gerade jetzt am Marchfeldkanal, wo Sie ja vorhaben, die Zieselkolonie um die Ecke zu bringen, ganz wichtig wäre. Aber wahrscheinlich brauchen Sie auch hier weisungsgebundene Naturwache- und Naturschutzorgane und nicht einen Verein, der sich um den Artenschutz dort kümmert. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und dass Sie ganz weit weg vom Bürger sind, das wird an einer Begebenheit deutlich, zu der es gestern am Marchfeldkanal gekommen ist. Da wurde ja umgepflügt, und Rot-Grün und die Umweltpolitiker von Rot-Grün, die trauen sich ja gar nicht mehr zu den Bürgern, sie schicken schon Werbeagenturen hin, um ihre Politik dort zu verkaufen! - Das ist eine peinliche Umweltpolitik. Sie sollten sich dafür schämen.

Weiterhin machen Sie interne Schulungen neuer Organe, naturkundliche Führungen mit Kindergarten- und Schulkindern, Teilnahme an einschlägigen Veranstaltungen, Begehung von Grünräumen, Naturdenkmälern et cetera. All diese Aufgaben und mehr wollen Sie - und Sie schreiben in Ihrer Vorlage, dass es keine weiteren finanziellen Auswirkungen hat - mit 12 000 EUR jährlich bestreiten?! - Es ist undenkbar, dass wir auf diesem Niveau im Bereich der Umwelt den Naturschutz weiterhin aufrechterhalten können.

Aber eines ist doch klar, wenn man Folgendes hört: Da die freiheitliche Bezirksratsfraktion einen Antrag in der Bezirksvertretung in Währing gestellt hat, dass die Waste Watchers die Kinderspielplätze mehr frequentieren, da es sehr viele Verschmutzungen gegeben hat, gab es dazu einen Drei-Parteien-Beschluss von Rot, Schwarz und Blau. Grün hat sich dagegen ausgesprochen und hat gesagt: Nein, wir wollen die Waste Watchers nicht! Das ist Big Brother! Wir wollen Waste Watchers nicht!

Das heißt: Entweder wollen Sie mehr zahlen oder wollen Sie Big Brother haben, so wie wir es in Währing erlebt haben! Ich würde daher Herrn Maresch bitten, noch einmal herauszukommen und uns zu erklären, warum ein Waste Watcher ein Big Brother ist, vor welcher Überwachung er sich da fürchtet.

Frau Stadträtin! Man kann daraus nur schließen: Entweder soll es teurer werden oder Sie wollen den Umweltschutz in dieser Stadt in Zukunft nicht mehr in dieser Form aufrechterhalten.

Und weil wir heute schon über grüne Umweltpolitik und grüne Jobs gesprochen haben: Ja, es ist wichtig, grüne Jobs zu haben. Aber Sie verwechseln eines: Grüne Jobs sind nicht zwingend Jobs für Grüne! - Und Sie wollen Jobs für Grüne und keine grünen Jobs. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es stellt sich auch weiterhin die Frage, woher Sie die befähigten Personen bekommen wollen, die in der Zukunft diese Tätigkeit ausüben sollen. Aber da haben Rot-Grün und die rot-grüne Umweltpolitik auch eine Lösung gefunden, denn bis jetzt hat man ja eine Prüfung ablegen müssen, und in Zukunft kann von dieser Prüfung abgesehen werden. Ich bin schon gespannt, in wie vielen Fällen von dieser Prüfung abgesehen wird und wo es der Fall sein wird.

Es gibt auch noch einen weiteren Hinweis, dass es wahrscheinlich nicht viele Prüfungen sein werden, denn die Zusammensetzung der Prüfungskommission findet sich im Gesetz überhaupt nicht mehr, und die Definition des Prüfungsstoffes ist nicht mehr so konkret, wie dies im alten Gesetz der Fall war. Und zu erfassen braucht man die Organe auch nicht mehr. Das heißt: Wer soll wissen, wer das dann überhaupt ist? - Dies ist eine absolute Verschlechterung, was die Befähigungsvoraussetzungen im Umwelt- und Naturschutz betrifft.

Interessant ist auch die Passage, die im neuen Gesetz dazugekommen ist, dass Naturschutzorgane bei ungebührlichem Verhalten abgesetzt werden können - nicht bei gesetzwidrigem, sondern bei ungebührlichem Verhalten. Wer legt fest, was ungebührlich ist? Ellensohn und Maresch? - Es wäre wahrscheinlich ungebührlich, wenn eines dieser Naturschutzorgane die geschützten Ziesel am Marchfeldkanal beschützen will. Es wäre wahrscheinlich auch ungebührlich, kein rotes Parteibuch zu haben, und es wäre auch ungebührlich, in dieser Stadt nicht Rot zu wählen. Es gäbe viele Möglichkeiten, und der Interpretationsspielraum ist da sehr groß, wie man ungebührliches Verhalten definieren kann.

Sie wollen einfach auf Kosten der Umwelt Ihren Machtbereich weiter ausdehnen und Menschen, die nicht in Ihrer Weisungsbefugnis sind, verhindern und weiter ungeniert die Umwelt dieser Stadt ruinieren.

Ich darf Sie noch darauf hinweisen, dass in vielen anderen Bundesländern Mischformen zwischen Bediensteten und Ehrenamtlichen üblich sind. Wien nimmt da eine Sonderstellung ein, Wien fürchtet sich vor ehrenamtlichen Umweltschützern. Aber anscheinend haben Sie in Wien Angst vor diesen Naturschutzorganen, und das wird seinen Grund haben. Und weil wir ja heute von Abg Hebein ein Zitat gehört haben: „China, Kuba und Rot-Grün in Wien“, das gilt anscheinend nicht nur für den Wohnbau.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und ersuche Sie dringlichst, diesen Rückschritt im Wiener Natur- und Umweltschutz heute nicht umzusetzen. Wir von der FPÖ

werden dagegen stimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg Valentin. Ich ersuche ihn um seine Ausführungen.

Abg Erich **Valentin** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mein Vorredner hat in seiner Rede gesagt, er müsse diesen Hohen Landtag von der Niveaulosigkeit befreien, und ich hatte da folgendes Bild vor meinen Augen: Ich stelle mir da einen schillernden Ritter mit einem flammenden Schwert vor. Merkwürdigerweise hat er das Gesicht meines Vorredners, und jetzt fängt er an loszustürmen, um den hohen Landtag von diesen inhaltlich tiefen, wirklich tiefen Debatten zu befreien. Allein, er kommt nicht weiter, weil er in dem Schmutz, in dem Schlamm, in der miesen Suppe, die seine Fraktion versprüht, einfach stecken bleibt.

Ein bisschen erinnert dieses skurrile Bild daran, dass gerade diejenigen, die am lautesten schreien: „Haltet den Dieb!“, diejenigen sind, die sich in den Spiegel schauen sollten. Oder, anders formuliert: Es soll ja auch schon Menschen gegeben haben, die gerne Feuer gelöscht haben und die ein solches vorher selber gelegt haben, um sich dann zu profilieren.

Wissen Sie, ich denke mir, wenn Sie an einer sachlichen Debatte einigermaßen Interesse gehabt hätten, dann hätten Sie eine solche führen können. Der Vorredner von der ÖVP, Kollege Walter, hat bereits gesagt, dass wir auf Einladung der Frau amtsführenden Stadträtin gerade bei dieser Gesetzwerdung einmal mehr in einen tiefen parlamentarischen Diskussionsprozess eingetreten sind, wo durchaus unterschiedliche Haltungen auf den Tisch gelegt werden konnten und wo das Ziel war, gemeinsam eine sinnvolle Lösung zu finden. Dafür möchte ich einmal mehr der Frau Stadträtin Danke schön sagen, weil das zeigt, wie Zusammenarbeit in Sachfragen funktionieren kann, auch dann, wenn offensichtlich eine Partei auf ein raues Klima Wert legt.

Meine Damen und Herren! Der Herr Bürgermeister hat es heute in der Fragestunde gesagt: Dieses Gesetz ist eines seiner „Kinder“, und es ist nun einmal ein Kind, das in die Jahre gekommen ist. Wir haben in der heutigen Diskussion einmal mehr festgehalten, dass sich die Rahmenbedingungen, die Aufgaben, die auf ein Naturschutzgesetz zukommen, massiv geändert haben. Diese Notwendigkeit einer Reform hat die Frau Stadträtin erkannt, auch deshalb, weil der Schutz des zu schützenden Gutes, das in vielen Straftatbeständen in diesem Gesetz verankert ist, nämlich der Natur in Wien, durch die gelebte Praxis vieler Verfahren konterkariert worden ist.

Wenn Sie, ich und all diejenigen, die guten Willens sind, Gefahr im Verzug gesehen haben, wenn beispielsweise ein Grundstückseigentümer irreparable Schäden an der Natur verursacht hat, indem er einfach wild drauflos Bäume geschlägert hat, eine Straße durch ein Schutzgebiet gelegt hat und vieles andere mehr, dann hat man nach dem alten Gesetz und nach der

Rechtsauslegung durch eine Beeinspruchung des Bescheides aufschiebende Wirkung bekommen - und bis die Natur und die Stadt recht bekommen haben, hat man nichts mehr zu schützen gehabt, weil uns der Besitzer, der Eigentümer, der Betrieb, wer auch immer, vor vollendete Tatsachen gestellt hat. - Das war eine der Herausforderungen, die es zu beheben galt.

Eine andere war die Diskussion im Naturschutzbeirat - ich war einer von denen, die das seit Langem verfolgen durften -, wo wir gemeint haben, es ist nicht nur Naturschutz, sondern auch Umweltschutz, der die Diskussionen dieses Expertengremiums, dieses Kontrollorgans, dieses Beratungsorgans, das Wien ziemlich einzigartig in ganz Europa aufweist, prägt, dass sich der Gegenstand seiner Diskussionen ausgeweitet hat. Auch dem hat die Vorlage, die die Frau Stadträtin heute als Berichterstatterin einbringt, Rechnung getragen, indem hier eine Verbreiterung erfolgte. Es wurde gesagt, es wird ein Umwelt- und Naturschutzbeirat, der auch in seinem Namen und in seiner Zusammensetzung diesen neuen Erfordernissen Rechnung trägt.

Wir haben auch gemeinsam gemeint, es geht auch darum - und damit komme ich zu dem Thema, in das Kollege Guggenbichler so viel hineingeheimnisst -, dass sich der Standard, wie der Bürger, die Bürgerin erwartet, dass die Stadt mit ihm, mit ihr umgeht, geändert hat. Der Bürger, die Bürgerin, der Betrieb, der Landwirt, wer auch immer, erwarten sich, wenn die Stadt ein Landesgesetz exekutiert, im Rahmen einer Hinterfragung, eines Dienstrechtes auch die Möglichkeit, sich beschweren zu können. Auf der anderen Seite muss die Stadt gewährleisten, dass alle Mitarbeiter, die dieses Gesetz vollziehen, erstens einmal bestens ausgebildet sind, zweitens auch zeitlich so flexibel sind, dass sie dort einschreiten können, wo es gerade Not tut. Hier hat sich auch ganz einfach die Bandbreite der Notwendigkeiten verändert. Und wir würden eine schlechte Politik machen, meine Damen und Herren, wenn wir diesen Veränderungen nicht Rechnung tragen würden.

Und gerade das tun wir heute. Da gilt es nichts hineinzugeheimnissen, das ist so. Es gibt Standards, erfreulich hohe Standards, wie die Stadt Wien mit ihren Bürgerinnen und Bürgern umgeht, kommuniziert, mit ihnen auch Konfliktsituationen bewältigt. Und diesen Standard, den wir gelernt haben, beispielsweise auch bei den Waste Watchers, der ein sehr, sehr hoher ist und wo man merkt, dass in Konfliktsituationen einem guten Ziel auch durch sehr sinnvolle, sehr qualifizierte, sehr engagierte Tätigkeiten nachgekommen werden kann, gerade das wollen wir im Naturschutzgesetz durch die Naturschützer, die wir neu etablieren, die Naturschutzorgane, gewährleisten.

Und das ist eine gute Sache, meine Damen und Herren. Da gibt es nichts hineinzugeheimnissen, das ist eine klare Weiterentwicklung einer vernünftigen, einer guten und fortschrittlichen Verwaltung. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Und weil das alles Not tat und Not tut, wurde dieses Gesetz in die Begutachtung geschickt und zu den

Beschlussfassungen vorgelegt, und bis zum gestrigen Tag wurden noch im Feinschliff einige Dinge verändert.

Es ist mir insofern eine Freude - und ich sage das auch mit Dankbarkeit gegenüber der Frau Stadträtin und all jenen, die sich an diesem Prozess beteiligt haben -, jetzt den Abänderungsantrag der Mitglieder des Umweltausschusses der Fraktionen SPÖ, GRÜNE und ÖVP bezüglich des § 37 Abs 7, den Sie vorliegen haben, einzubringen.

Ich möchte gleichzeitig darauf verweisen, dass in den Erläuternden Bemerkungen zu diesem Gesetz, die Ihnen mit dem Gesetzestext zugegangen sind, im § 7 Abs 2 klarer und ausführlicher die Frage des vertretbaren Aufwandes, im Abs 37 die Gefahr-im-Verzug-Problematik beschrieben wird, wobei ich anmerken darf, dass wir sehr, sehr glücklich sind, dass wir mit diesem Gesetz sagen können, ja, dort, wo es irreparablen Schaden gäbe, wenn die Bescheidbekämpfung eine aufschiebende Wirkung hätte, dort wollen wir gegensteuern - denn ein 300-jähriger Baum ist nicht zu ersetzen, wenn er einmal umgesägt ist, ein Wald ist nicht zu ersetzen, wenn er einmal weg ist, eine Straße ist zwar vielleicht wieder wegzureißen, aber der Schaden, der in Schutzgebieten damit entstanden ist, ist ein irreversibler.

Und es wird auch hingewiesen auf die Information im Umweltgut und in anderen Bereichen - und das ist die dritte Änderung in den Erläuternden Bemerkungen -, damit diejenigen, die Eigentümer von Grundstücken sind, auch wissen, was sie bei der Bearbeitung ihres Grundstücks, was sie in Sachen des Naturschutzes auf ihrem Grundstück beachten müssen.

Ich darf diesen Abänderungsantrag hiermit einbringen.

Ich möchte mich noch einmal für das konstruktive Klima bedanken, das zu diesem Gesetz geführt hat, das gemeinsam das trägt, was wir alle haben wollen, nämlich dass unsere Umwelt so gut und so intakt bleibt, wie wir sie gewohnt sind. Und ich bedauere es, dass sich einmal mehr - aber ich sage, das war nicht verwunderlich und war zu erwarten - eine Fraktion dieses Hauses abseits dieses Konsensbogens stellt. Vielleicht ist es auch gut so, dass die Menschen draußen auch merken, wo konstruktive Geister unterwegs sind und wo die anderen. - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Zum Wort gemeldet ist Frau StRin Matiasek. Ich erteile es ihr.

StRin Veronika **Matiasek**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Vielleicht jetzt ein bisschen nüchtern und phantasielos: Ich sehe keine Geister, ich sehe keine Gespenster, und ich sehe meinen Vorredner noch nicht mit einem Feuerschwert durch die Gegend laufen, sondern ich sehe hier vor mir den Herrn Kollegen Valentin, so wie er da sitzt. Also es plagt uns auch weniger die Angst und es plagen uns auch sonst keine Phantasien, sondern es geht hier um ein Gesetz, und ich stehe nicht an zu sagen, dass wir in weiten Bereichen mit dieser Vorlage konform gehen, in zwei Bereichen jedoch nicht.

Über einen hat mein Vorredner aus der Fraktion, Kollege Guggenbichler, gesprochen, und ich möchte auf einen Punkt zurückkommen, der auch schon vom Kollegen Walter angesprochen wurde, das ist der neuerdings geplante Umwelt- und Naturschutzbeirat. Mir geht es da weniger um den Begriff oder um die Begriffe, sondern um die Inhalte.

Herr Kollege Valentin, Sie haben versucht zu erklären, dass damit jetzt sozusagen den neuen Ansprüchen besser Genüge getan wird. Meine Sicht von einem Beirat ist da insofern eine andere - und das ist ja nicht nur im Bereich Umwelt so, das haben wir etwa auch im Bereich Gesundheit und Soziales, und ich greife jetzt nur einen Beirat heraus, etwa den Frauengesundheitsbeirat: Da geht es auch um Gesundheit, aber man nimmt sich einen schmalen Teil heraus, um hier mit unabhängigen Experten vorzubereiten für allfällige politische Maßnahmen und Entscheidungen. Und das ist eben die ureigene Aufgabe des Naturschutzbeirates, wie ich meine, dass man sich hier ganz speziell unter Beiziehung sehr guter, aber auch oft sehr kritischer Expertinnen und Experten, aus der Wissenschaft vor allem, auf den Bereich Naturschutz konzentriert. Und so wollen wir das sehen.

Wie gesagt, ich beziehungsweise wir sehen dadurch eben auch keine Veranlassung, diesen Begriff irgendwie zu erweitern. Natürlich wird es immer ein Zusammenspiel geben, denn es ist ja ein Beirat im Ressort Umwelt, aber, wie auch schon richtig gesagt wurde, Umweltpolitik, Umweltschutz und Naturschutz müssen nicht immer zwingend Hand in Hand gehen. Da gibt es sehr wohl auch einmal unter Umständen kontroverielle Standpunkte, und diese müssen ja vorbereitet werden. Gerade in solchen Fällen, glaube ich, ist es wichtig, dass der Naturschutzbeirat einen geschlossenen Standpunkt einnimmt. Und er soll eben mit einer Stimme und er soll mit einer starken Stimme genau für die Anliegen des Naturschutzes, der Artenvielfalt in dieser Stadt sprechen.

Herr Kollege Valentin, wo ich Ihnen aber vollkommen zustimme - und wir werden auch dem Abänderungsantrag unsere Zustimmung geben, ich sehe das durchaus positiv -, das ist der ganze Bereich, wo man auf Umweltschäden reagiert und auch entsprechend schnell reagieren muss. Hier haben wir es ja auch sehr oft erlebt, dass es zu zeitlichen Verzögerungen und damit auch zu irreversiblen Schäden gekommen ist. Ich erinnere nur: Es hat niemand außer uns seine Stimme erhoben, als man vor einigen Jahren in das Naherholungsgebiet am Heuberg eine riesige Straße hineingeschlägert hat, die immer weiter, auch nach wie vor, durch Buchten für das Umdrehen und zum Arbeiten mit Schwerfahrzeugen ausgeweitet wird. Das war wirklich ein massiver Eingriff in ein Naherholungsgebiet, es schaut grauenvoll aus, es schaut nach wie vor grauenvoll aus - das ist nicht behoben -, und ich hoffe, dass so etwas in unserer Umweltmusterstadt, wie wir immer sagen, nicht mehr vorkommt.

Wie gesagt, diese - Zusammenlegung stimmt nicht,

ich habe mich da in der Sitzung der Landesregierung falsch ausgedrückt oder unscharf ausgedrückt - Erweiterung des Naturschutzbeirates halten wir nicht für gut. Naturschutz soll in Wien auch weiterhin von Experten des Naturschutzes unter Beiziehung der Politik wirklich mit einer starken Stimme vertreten werden. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Danke. - Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen. Ich erteile der Berichterstatterin, Frau Amtsf StRin Mag Sima, das Schlusswort.

Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf vielleicht mit dem letzten Punkt anfangen, wo ich die Kritik, Frau Stadträtin, nicht ganz nachvollziehen kann, denn aus meiner Sicht ist das ja eine Erweiterung des Aufgabengebietes des Beirates, und wir haben ja auch nicht vor, in der Expertenzusammensetzung etwas zu ändern. Diese werden ja auch nicht von uns nominiert, sondern von den unabhängigen Institutionen, und ich kann mich ehrlich gesagt an keinen Fall erinnern, wo Natur- und Umweltschutz ein Gegensatz wären. Wir haben uns eigentlich bemüht, das noch breiter zu fassen und dem Beirat Möglichkeiten zu geben, auch über Dinge zu reden, die jetzt streng genommen nicht drinnen waren.

Die Abgrenzung ist ja oft eine schwierige. Wenn man zum Beispiel über das Thema Hochwasserschutz redet, wo man am Marchfeldschutzdamm arbeitet, so ist da der Naturschutz ein wichtiges Thema - mit den seltenen Orchideen und anderen Themen, die wir im Nationalpark haben -, auf der anderen Seite ist auch der Umweltschutz ein wichtiges Thema. Ich habe das immer als positiv gesehen, dass wir diesem unabhängigen und, wie Sie auch wissen, durchaus oft sehr kritischen Beirat die Möglichkeit geben, jetzt eigentlich ein breiteres Aufgabenfeld zu bedienen, weil ja auch im Beirat immer wieder der Wunsch besteht, auch über Umweltschutzthemen zu reden. Sie sind ja auch oft dabei und Sie wissen, gerade die Kollegen von der Uni Wien, von der Biologie sagen, ja, wir möchten auch über dieses Thema reden und über dieses Thema, das dann konkret mit Naturschutz gar nicht mehr so viel zu tun hat.

Deswegen haben wir das eigentlich als positives Entgegenkommen gesehen, das auf Umwelt- und Naturschutzbeirat auszuweiten, um dem Beirat die Möglichkeit zu geben, auch zu anderen Themen Stellung zu nehmen, zu denen die Mitglieder eben gerne Stellung nehmen möchten, und das wirklich auszuweiten. Ich sehe das wirklich als keine Einschränkung und auch als keinen Rückschritt, weil niemand in irgendeiner Weise beschnitten oder eingeschränkt wird.

Was den zweiten Punkt betrifft, so möchte ich natürlich auch die Gelegenheit nützen und mich bei der Naturwacht sehr herzlich für ihre Arbeit bedanken, die sie in den letzten Jahrzehnten geleistet hat, aber ich möchte auch dazu meine Sichtweise und die der Fraktion noch einmal ganz klar darstellen: Dass wir zu dem Schluss gekommen sind - und so hat das auch der

Herr Bürgermeister heute Morgen gesagt -, dass der Naturschutz einfach ein Thema ist, das nicht zuletzt in den letzten Jahrzehnten mehr an Bedeutung gewonnen hat, auch durch die neuen Gebiete und viele neue Herausforderungen, und dass es uns einfach wichtig war, dass diese ganz zentralen hoheitlichen Aufgaben nicht von einem privaten Verein wahrgenommen werden, sondern dass wir das aufwerten wollen, indem wir das als Stadt Wien künftig als zentrale Aufgabe in den Dienststellen der Geschäftsgruppe Umwelt wahrnehmen wollen.

Ich finde, das ist eine wichtige Entwicklung, gerade für den Bereich des Naturschutzes. Und ich kann Sie auch dahin gehend beruhigen, dass es natürlich dem privaten Verein Naturwacht jedenfalls auch weiterhin offensteht, bei der MA 22 Umweltschutz- und Naturschutzprojekte für entsprechende Förderungen einzureichen, wie das übrigens sehr viele andere Vereine auch tun. Hier so zu tun, als würden wir jemanden in seinen Aktivitäten beschneiden und als würden die nicht mehr Naturschutz machen können - das ist schlicht und einfach unwahr. Und das wissen Sie, Herr Abgeordneter, ganz genau, denn Sie sitzen bei jeder Beschlussfassung von Förderungen, die wir im Ausschuss treffen, dabei und wissen, dass es sehr viele unabhängige Institutionen gibt, die mit guten Ideen und guten Projekten kommen und dann entsprechende Förderungsgelder bekommen.

Ich freue mich sehr - und ich möchte dem Kollegen Walter auch für die guten Verhandlungen danken, die wir da geführt haben -, dass wir einen Mehrparteienbeschluss für das Naturschutzgesetz zustande gebracht haben, denn ich glaube, in der Grundintention eint uns ja wirklich das Ziel, dass wir einfach illegale Eingriffe in den sensiblen Naturschutzgebieten in Wien hintanhalten wollen. In diesem Bereich sind natürlich die Weinberge und das Gebiet der Bezirke 18 und 19 ein Hotspot, und wir beide kennen die Probleme. Die Behörde hat da oft nur sehr träge und sehr langsam reagieren können, und wir haben in dem geänderten Naturschutzgesetz jetzt einige Instrumente, die es uns hoffentlich erleichtern, bei illegalen Eingriffen Wiederherstellungsmaßnahmen rasch durchzusetzen und illegale Maßnahmen auch zu bestrafen, damit klar ist, dass für uns der Naturschutz dort eine ganz, ganz wichtige Sache ist und wir als Behörde auch wirklich schnell reagieren können.

Ich freue mich, weil ich weiß, dass wir da wirklich ein gemeinsames Ziel verfolgen, dass wir das heute auch gemeinsam verabschieden können, und ich ersuche Sie um Zustimmung. - Herzlichen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Abänderungsantrag, der mir vorliegt, abstimmen. Das Wiener Naturschutzgesetz soll in § 37 um folgenden Abs 7 erweitert werden: „Die Behörde kann die aufschiebende Wirkung von Berufungen gegen Bescheide gemäß Abs 2 ausschließen, wenn für die gesetzte Maßnahme keine

rechtskräftige Bewilligung nach diesem Gesetz vorliegt. Die Verpflichtete oder der Verpflichtete ist im Wiederherstellungsbescheid über den Ausschluss der aufschiebenden Wirkung zu belehren.“ Wer diesem Abänderungsantrag zustimmen möchte, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. – Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Ich bitte daher alle Mitglieder des Landtages, die der Vorlage des Gesetzes einschließlich Titel und Eingang mit dem soeben angenommenen Abänderungsantrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Sind sich nicht alle einig? – Gut. Ich sehe die Mehrstimmigkeit. Das Gesetz ist in erster Lesung mit den Stimmen der ÖVP, der SPÖ und der GRÜNEN angenommen.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Ich stelle die Einstimmigkeit fest. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Auch hier stelle ich die Mehrstimmigkeit, mit den Stimmen der SPÖ, der GRÜNEN und der ÖVP, fest. Das Gesetz ist beschlossen.

Wir kommen zur Postnummer 5. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Pflanzenschutzmittelgesetz geändert wird. Berichterstatterin hierzu ist Frau Amtsf StRin Mag Sima. Ich ersuche sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung zum vorliegenden Gesetz.

Präsidentin Marianne **Klicka**: Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen, und ersuche jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Ich stelle die Einstimmigkeit fest. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Auch hier stelle ich die Einstimmigkeit fest. Das Gesetz ist somit beschlossen.

Postnummer 6 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Pflanzenschutzgesetz geändert wird. Berichterstatterin hierzu ist Frau Amtsf StRin Mag Sima. Ich ersuche sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich ersuche auch hier um Ihre Zustimmung zum vorliegenden Gesetz.

Präsidentin Marianne **Klicka**: Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage in erster

Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Ich stelle die Einstimmigkeit fest. Das Gesetz ist in erster Lesung einstimmig angenommen.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen, und ersuche jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag die Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Ich stelle die Einstimmigkeit fest. Ich ersuche daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Danke. Das Gesetz ist somit einstimmig beschlossen.

Wir kommen zur Postnummer 7. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden in Wien geändert wird. Berichterstatterin ist Frau Amtsf StRin Mag Sima. Ich ersuche sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch hier ersuche ich Sie um Ihre Zustimmung zum vorliegenden Gesetz.

Präsidentin Marianne **Klicka**: Danke. – Auch hier liegt mir keine Wortmeldung vor. Wir kommen somit gleich zur Abstimmung. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Danke. Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen, und ersuche jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. – Ich stelle auch hier die Einstimmigkeit fest. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Danke. Das Gesetz ist somit einstimmig beschlossen.

Postnummer 8 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes zur Wohnungssicherung in Wien - Wiener Wohnungssicherungsgesetz. Berichterstatter hiezu ist Herr Amtsf StR Dr Ludwig. Ich ersuche ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich ersuche um Zustimmung zum Wiener Wohnungssicherungsgesetz.

Präsidentin Marianne **Klicka**: Gemäß § 30c Abs 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? – Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen. Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg Hofbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Manfred **Hofbauer**, MAS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landesrat!

Uns liegt heute ein neues Gesetz mit dem Titel Wiener Wohnungssicherungsgesetz zur Abstimmung und zur Debatte vor. Ich möchte hier und jetzt die Gelegenheit wahrnehmen, um einige Punkte aus diesem

neuen Gesetz herauszunehmen und in Frage beziehungsweise zur Debatte zu stellen. All diese Themen, die ich behandeln möchte, finden sich in diesem neuen Gesetz unter der Überschrift, die da lautet: „Ziele und Grundsätze“.

Was ist hier unter „Ziele und Grundsätze“ nun zu lesen? – Das neue Wiener Wohnungssicherungsgesetz soll unter anderem dazu dienen, das friedliche Wohnen und Zusammenleben zu gewährleisten und zu unterstützen. Weiters soll es zur Vermeidung der Ausweitung und Eskalation von Konflikten dienen sowie zur raschen und effizienten sowie effektiven Konfliktlösung beitragen. – Ja, ganz gut, ganz schön, wichtig und richtig. Es ist ja schön, feststellen zu können, dass die SPÖ anscheinend auch erkannt hat, dass in einigen – die Betonung liegt auf einigen; nicht auf allen – Gemeindebauten dahin gehend doch noch ein Konfliktpotenzial besteht.

Ich frage mich aber, sehr geehrter Herr Landesrat: Was sind denn nun die Konsequenzen, die Konsequenzen für jene Menschen, die sich überhaupt nicht den Gepflogenheiten und den bestehenden Hausordnungen anpassen wollen? – Das geht mir leider in diesem Gesetz ab. Ich sehe nämlich keine Konsequenzen, was eben bei Missachtung, bei permanenter Missachtung der Hausordnung passieren soll.

Die SPÖ hat in den letzten Jahren schon mehrere Anläufe gemacht, um dieses sensible Thema zu regeln und eine Deeskalation bei Konflikten in Gemeindebauten herbeizuführen. Ich möchte da nur die oft zitierte und oft erwähnte Wiener Hausordnung als Beispiel heranziehen. In der Wiener Hausordnung werden ja dankenswerterweise – ich finde auch das richtig und unterstützenswert – viele Themen, eigentlich fast alle Themen, die notwendig sind, um friedlich im Gemeindebau leben zu können, abgearbeitet, wie zum Beispiel die Benutzung von Gemeinschaftsräumen, von Gemeinschaftsanlagen, Rauchfangkehrerarbeiten, Tierhaltung, Waschküche, Müll/Abfälle, Fahrzeuge, Ruhestörung et cetera. All diese Themenbereiche sind, wie gesagt, wichtig, richtig und auch notwendig.

Zum Abschluss – und das ist mir ganz besonders wichtig, hier zu erwähnen – steht in dieser oft zitierten Wiener Hausordnung ganz groß: „Die Bestimmungen dieser Hausordnung gelten für alle Hausbewohnerinnen und Hausbewohner.“ Sehr gut. Das ist auch richtig und unterstützenswert.

Meine Damen und Herren! Wie schaut aber die derzeitige Realität aus? Die derzeitige Realität – und ich betone noch einmal, nicht in allen Gemeindebauten, aber in vielen Gemeindebauten – schaut so aus, dass sich sehr viele Menschen einfach an diese Hausordnung, die überall aushängt, nicht halten. Dies geschieht ganz einfach auch deswegen, weil es eben bei Nichtbeachtung dieser Hausordnung, die, wohlgemerkt, von meiner Seite zu unterstützen ist, keine Konsequenzen gibt.

Ich habe schon erwähnt, dass die SPÖ schon mehrere Anläufe unternommen hat, um hier tätig zu sein

und um das friedliche Zusammenleben im Gemeindebau sicherzustellen. Einer der letzten Anläufe war im Jahr 2010. Jetzt könnte man ja meinen und behaupten, vielleicht hat sich die SPÖ im Ausblick auf die Wahl, die ja im Jahr 2010 im Oktober stattgefunden hat, bemüht gefühlt, hier etwas Flagge zu zeigen und hat im Juni des Jahres 2010 ein ganz großartiges Projekt präsentiert, das damals in allen Medien zu lesen war. Das Projekt hat damals „Fair Play im Gemeindebau“ geheißen und heißt auch heute noch so. Tolle Schlagzeilen, tolles Projekt, toller Name.

Wenn man sich das näher anschaut, dann steht drinnen in diesem Projekt „Fair Play im Gemeindebau“: „Die Stadt Wien startet eine Aktion für ein rücksichts- und respektvolles Zusammenleben. Im Mittelpunkt dabei: Die gemeinsamen Spielregeln.“ Gut und schön. „Mit der Aktion ‚Fair Play im Gemeindebau‘ wird auf sympathische und klar verständliche Art und Weise auf die gemeinsamen Spielregeln – und im Besonderen auf die geltende und für alle verbindliche Hausordnung – hingewiesen.“

Na da schau her! Da haben wir jetzt das Projekt „Fair Play im Gemeindebau“ anscheinend deswegen gebraucht, weil die Hausordnung von vielen Bürgern – noch einmal: nicht in allen, aber in vielen Gemeindebauten – nicht beachtet wird.

Dann geht es weiter im Text: „Diese Spielregeln und vor allem auch die Einhaltung der verbindlichen Regeln ist ein wesentliches Fundament für ein reibungslos funktionierendes Zusammenleben.“ – Ganz neue Erkenntnis. Traurig genug, dass man das in diesem Projekt erwähnen muss. Für mich ist das ganz selbstverständlich.

Weiters steht in diesem Projekt „Fair Play im Gemeindebau“, die Einhaltung der Spielregeln wird von 97 Prozent der BewohnerInnen gefordert. – Hier möchte ich auch zu bedenken geben, dass die SPÖ für diese Erkenntnis eine Umfrage gebraucht hat. Also für mich ist das auch selbstverständlich. Ich würde sogar sagen, 100 Prozent der Leute fordern die Einhaltung der Spielregeln.

Und jetzt kommt die Erleuchtung überhaupt: „Denn ich sehe absolut nicht ein, dass sich Einzelne zum Leidwesen aller über die geltenden Regeln hinwegsetzen und damit die Mehrheit einer Hausgemeinschaft unter einigen wenigen Uneinsichtigen leiden soll.“ – So spricht der damalige Wiener Vizebürgermeister. Na ja, immerhin könnte man meinen, Einsicht ist der erste Wege zur Besserung. Soll so sein.

Dann werden zum Abschluss noch die Leistungen der Ordnungsberater, der Wohnpartner und so weiter und so weiter zum Erreichen des guten Zusammenlebens im Gemeindebau hervorgehoben und gelobt.

Das war, meine Damen und Herren, wohlgemerkt im Jahre 2010. Wissen Sie, meine Damen und Herren, wie fast zwei Jahre nach Präsentation dieses Projektes „Fair Play im Gemeindebau“ die Situation – wohlgemerkt in vielen, nicht in allen, aber doch in vielen – Gemeindebauten wirklich ist?

Ich möchte dazu, um Ihnen das zu erläutern, ein

Beispiel präsentieren, ein Beispiel aus meinem Heimatbezirk Simmering. Dieses eine Beispiel, das ich erwähne, ist ganz maßgebend für die Situation in vielen Gemeindebauten. Es handelt sich um einen ganz großen Gemeindebau in Simmering. In diesem Gemeindebau haben sich 60 Bewohner zusammengeschlossen und haben eine Unterschriftenliste aufgelegt. In dieser Unterschriftenliste haben sie ihre kompletten Daten präsentiert, nämlich nicht nur die Namen, sondern auch die Anschrift und die Kontaktdaten, und sie haben mit der Unterschriftenliste eines bewirken wollen, nämlich gegen Missstände in diesem Gemeindebau einmal geschlossen aufzutreten.

Das Interessante und das eigentlich Traurige an dieser ganzen Aktion ist Folgendes: Weitere 50 Personen in diesem Gemeindebau wollten sich dieser Unterschriftenliste ursprünglich auch anschließen, sie haben es aber dann doch nicht getan, weil sie – und das ist wirklich bedenklich – Angst vor Repressalien von Seiten Wiener Wohnen und auch von der Gemeinde Wien hatten. Wie auch immer, mag sein, dass diese Angst unbegründet ist, aber diese Angst hat existiert, und das sollte uns zu denken geben.

Also immerhin haben sich 60 Leute zusammengeschlossen und haben eine Unterschriftenliste gegen die Missstände in diesem Gemeindebau initiiert. Was sind nun diese Missstände in diesem Gemeindebau? Ich möchte jetzt gleich einmal vorweg noch eines sagen: Ich habe im heurigen Jahr – und das heurige Jahr ist noch nicht allzu weit fortgeschritten – noch weitere drei Beispiele von anderen Simmeringer Gemeindebauten zugespielt bekommen, die alle in die gleiche Richtung tendieren. Also haben wir in der Summe schon vier Stück von diesen Fällen von Gemeindebauten allein in Simmering.

So, was sind nun diese Missstände in diesem großen Gemeindebau? In diesem Gemeindebau gibt es teilweise ältere Menschen, die schon jahrzehntelang in diesem Gemeindebau wohnen. Aber nicht nur diese älteren Menschen haben auf dieser Liste unterschrieben, nein, es haben auch viele junge Familien und viele junge Menschen ihre Unterschrift auf diese Liste gesetzt. Sie haben sie deswegen gesetzt, weil seit Monaten, nein, ich muss mich korrigieren, schon seit Jahren in der Innenhofanlage dieses Gemeindebaus Jugendliche in Massen auftreten, und mit Massen meine ich so 40, 50 Stück auf einen Schlag. Diese Jugendlichen haben – wohlgemerkt, nicht alle, aber überwiegend – Migrationshintergrund, und diese Jugendlichen – ich sage es bewusst provokant – terrorisieren die Bewohner. (Abg Senol Akkilic: Wo ist das?) Ich habe ja gewusst, dass das verlangt wird, deswegen sage ich es auch. Das ist wirklich so, und das ist nicht von mir definiert worden, sondern das Wort terrorisieren ist wirklich in diesem Brief, den ich nachher erwähne, auch von diesen Bewohnern geschrieben worden. Diese Leute terrorisieren die Bewohner im Gemeindebau.

Wie findet das statt? Ganz einfach. Es wird gelärmt. Gut, jetzt kann man sagen, okay, die Jugendlichen sollen lärmern, das ist ja legitim, das ist kein Thema. Wenn aber

40 Jugendliche rund um die Uhr lärmten – und da meine ich wirklich rund um die Uhr –, wenn das also auch nach der in der Hausordnung angeführten Ruhezeit nach 22 Uhr noch weitergeht, dann ist das Ganze schon nicht mehr so lustig. Also die randalieren dort, machen Lärm, schießen Scheiben ein, demolieren Lampen, malen Graffiti auf die Wände, hinterlassen jede Menge Müll, demolieren die Grünanlagen und so weiter und so weiter. – Gut und schön, soll so sein. Meiner Meinung nach soll es nicht so sein.

Jetzt gibt es aber in dieser Gemeindebauanlage nach wie vor auch heute noch einige couragierte Mieter, die versucht haben, mit den Jugendlichen in Dialog zu treten. Ja, sie haben das wirklich versucht, sie haben das getan, mehrmals sogar, und haben versucht, die Jugendlichen dahin gehend zu bemühen, dass sie sich doch ein wenig an die Hausordnung anpassen sollen und sich etwas ruhiger verhalten sollen und ihre Tätigkeiten etwas herunterfahren sollen.

Dreimal dürfen Sie raten, was die Antwort von diesen Jugendlichen war. Das war keine einmalige Antwort, das war eine mehrmalige, eine sich eigentlich immer wiederholende Antwort, immer die gleiche Antwort. Dreimal dürfen Sie raten. Da sind Worte vorgekommen, die kann ich hier, weil sie der Würde des Hauses nicht entsprechen, gar nicht präsentieren. Also Beschimpfungen waren noch das einigermaßen Zivilisierteste an dem Ganzen. Diese Leute wurden sogar tätlich angegriffen, nachdem sie den Kontakt mit den Jugendlichen gesucht haben. Und da hört sich der Spaß meiner Meinung nach auf.

Diese Bewohner haben aber nach wie vor nicht aufgegeben. Sie haben dann auch versucht, den Dialog mit den Eltern dieser Jugendlichen zu finden. Das Ergebnis war leider ein erschreckendes. Das Ergebnis war das gleiche. Es fielen dann Worte – bitte das im Protokoll so wiederzugeben, wie ich es jetzt sage; das waren jetzt nicht Worte von mir, ich gebe sie nur wieder, das steht auch in dem Brief drinnen – von den Eltern eben dieser Jugendlichen wie: „Schleichts euch, es Österreicher, der Bau gehört uns!“ – Ja, das sollte einem doch zu denken geben. So kann es doch wirklich nicht sein!

Gut. Was passiert dann weiter mit diesem Gemeindebau? Diese Leute haben eben die Unterschriftenliste gemacht und haben dann als letzte Konsequenz einen Brief an Bgm Häupl verfasst, als letzte Konsequenz in der Hoffnung, dass von Seiten des Rathauses, von Seiten des Bürgermeisters Hilfe zu den wirklich massiven Problemen dieses Gemeindebaus kommt. Sie haben das deswegen als letzte Konsequenz gemacht, weil sie natürlich vorher schon, nach den Dialogversuchen mit den Jugendlichen und auch mit den Eltern der Jugendlichen, noch andere Möglichkeiten ausgeschöpft haben. Diese Möglichkeiten waren folgende: Sie haben Kontakt zum Mieterbeirat gesucht, sie haben Kontakt zu Wiener Wohnen gesucht, nicht ein Mal, sondern mehrfach, und haben diese Probleme dort vorgetragen. Es war auch dort leider immer wieder mehr oder weniger die gleichlautende Antwort, nämlich die: Ja,

was sollen wir machen? Dafür sind wir nicht zuständig. Da können wir nichts tun. Das ist halt einmal so. Regelt euch das selbst.

Die letzte Konsequenz war eben dann der Brief an den Wiener Bürgermeister. Ich muss ganz ehrlich eingestehen, es ist wirklich was weitergegangen, nämlich dahin gehend, dass dieser besagte Brief vom Wiener Bürgermeister an das zuständige Stadtratbüro gegangen ist, und wenige Tage später kam auch eine Antwort, eine Antwort an die Bürger des betroffenen Gemeindebaus. Sie kam nicht vom zuständigen Stadtrat, sondern sie kam von der Mieterhilfe.

Auch dieses Schreiben liegt mir vor und kann jederzeit eingesehen werden. In diesem Schreiben von der Mieterhilfe wurde – ich habe mir das extra aufgeschrieben und mitgenommen – auf die Serviceeinrichtungen der Wohnpartner hingewiesen sowie auf die ständigen Kontrollgänge der Ordnungsberater, die in diesem Bau dort durchgeführt worden sind. Dann wurde noch weiter ausgeführt – und das ist wirklich die Krönung in diesem Schreiben – im letzten Absatz: Die betroffene Wohnhausanlage wurde in der Vergangenheit regelmäßig kontrolliert, wobei in einigen Fällen Kinder wiederholt auf die Einhaltung der Hausordnung aufmerksam gemacht wurden.

Na gut, jetzt frage ich Sie ganz ehrlich, meine Damen und Herren, was sollen die Bürger nach so einem langen Leidensweg, nach so vielen Versuchen, das wirklich freundlich und ganz höflich zu deeskalieren, mit so einer Antwort anfangen? Meiner Meinung nach werden die Bürger mit dieser Antwort im Kreis geschickt. Meiner Meinung nach züchten wir, meine Damen und Herren, mit dieser Antwort – ein viel zitiertes und in letzter Zeit oft gebrauchtes Wort – „Wutbürger“. Und das ist hier gelungen, das ist hier leider wirklich gelungen. *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf von Amtsf StR Dr Michael Ludwig.)* Kommt gleich.

Deswegen, meine Damen und Herren, habe ich dieses Beispiel gebracht, damit Sie sich einmal wirklich ein Bild machen, wie es in – wohlgernekt einigen, nicht in allen – Gemeindebauten zugeht.

Meine Damen und Herren von den Regierungsparteien! Ich ersuche Sie, endlich einmal die Sorgen und die Ängste der Bürger im Gemeindebau wahrzunehmen und nicht immer diese Ängste und Sorgen der Bürger im Gemeindebau zu beschönigen und schönzureden. Ich ersuche Sie, Gesetze für die Bürger im Gemeindebau zu machen und nicht Gesetze zu schaffen, die an den Bedürfnissen der Bürger im Gemeindebau vorbeigehen.

Meine Fraktion, meine Damen und Herren, wird dem vorliegenden Gesetz, dem neuen Wiener Wohnungssicherungsgesetz, da wir es als zahnlos empfinden, die Zustimmung verweigern. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Zu Wort gemeldet ist Frau Abg Mörk. Ich erteile es ihr.

Abg Gabriele **Mörk** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landesrat!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich freue mich sehr, dass heute das Wiener Wohnungssicherungsgesetz zum Beschluss erhoben wird, denn dieses Gesetz schafft die Voraussetzung für ein frühzeitiges und optimal abgestimmtes Betreuungsangebot für Menschen, die von Wohnungsverlust bedroht sind. Die Stadt Wien verfügt über eine Vielzahl von Betreuungseinrichtungen und auch Betreuungsangeboten, aber eine noch engere Vernetzung der sozialen Einrichtungen der Stadt Wien mit der städtischen Wohnhäuserverwaltung – Wiener Wohnen ist erforderlich, um Menschen zu helfen, die von Wohnungsverlust bedroht sind.

Diese Menschen verharren oft passiv in einer Notlage, weil sie das vielfältige Betreuungsangebot der Stadt Wien nicht kennen. Eine koordinierte Hilfe ist jedoch nur dann möglich, wenn auch die notwendigen Daten ausgetauscht werden können. Die gesetzliche Grundlage für die neue Vernetzungsplattform zur Delogierungsprävention soll nun durch das Wiener Wohnungssicherungsgesetz geschaffen werden.

Die Ursachen, die zu einer Delogierung führen können, können sehr vielfältig sein. Unleidliches Verhalten gegenüber den anderen Hausbewohnern stellt oft nur die Spitze des Eisberges der eigentlichen Probleme dar. Daher ist es umso wichtiger, den betroffenen Menschen so früh wie möglich die notwendige, aber auch die bestmögliche Betreuung zukommen zu lassen. Oft ist den Betroffenen ihr eigenes Handeln, ihr Verhalten beziehungsweise ihre Krankheit nicht bewusst, oder sie können, aus welchen Gründen auch immer, Hilfe nicht annehmen. Oftmaliges Aufsuchen, Aufbauen einer Vertrauensbasis und letztendlich die Annahme professioneller Hilfe ist hier angezeigt, denn das Ziel ist es, die Eigenständigkeit und ein geregeltes Leben für diese Menschen zu ermöglichen.

Bis dato ist der Informationsaustausch zwischen Wiener Wohnen und den sozialen Stellen innerhalb der Stadt Wien nur eingeschränkt möglich gewesen. Das Wiener Wohnungssicherungsgesetz schafft jedoch die Möglichkeit eines vernetzten Vorgehens, welches bei Vorliegen komplexer Sachverhalte unumgänglich ist. Natürlich ist die Einhaltung und Wahrung des Grundrechtes auf Datenschutz aller Betroffenen oberste Priorität dieses Gesetzes.

Die Aufgabe dieser Vernetzungsplattform – diese setzt sich aus ExpertInnen des Fonds Soziales Wien, der MA 11, der MA 40, Wiener Wohnen, der Wohnpartner und der MA 50 zusammen – ist es, den betroffenen Menschen ein maßgeschneidertes Hilfs- und Betreuungsangebot anzubieten. Das koordinierte Arbeiten zwischen den Dienststellen der Stadt Wien und den Beratungsstellen wird zu einer weiteren Verbesserung der Delogierungsprävention führen.

Ich persönlich freue mich sehr, dass ich in meiner beruflichen Tätigkeit mit dem Vorsitz dieser Vernetzungsplattform betraut werde – eine neue spannende, aber auch große Herausforderung, die auf mich zukommt, denn Personen mit unter anderem

auffälligem Wohnverhalten die Wohnung zu sichern, ist sicher eine der schwierigsten Aufgaben im Bereich der Delogierungsprävention. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass in den meisten Fällen eine gute Lösung für alle Seiten, für die betroffenen Menschen, für die Hausgemeinschaft, aber auch für Wiener Wohnen, möglich sein wird. Es wird jedoch auch Fälle geben, bei denen trotz aller Anstrengungen aller Beteiligten keine Wohnungssicherung möglich sein wird. Hier ist es aber Aufgabe der Vernetzungsplattform, diesen Menschen Angebote im Bereich der Wiener Wohnungslosenhilfe anzubieten.

Ich finde es sehr schade, dass die Abgeordneten der FPÖ diesem Gesetz nicht zustimmen. Ich nehme zur Kenntnis, dass es Ihnen, den Abgeordneten der FPÖ, kein Anliegen ist, Menschen zu helfen und sie zu unterstützen, die sich in einer sozialen Notlage befinden oder die sich auf Grund ihrer persönlichen Situation oder auf Grund ihrer Krankheit in einem Ausnahmezustand befinden. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Das gilt ja nicht für alle!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Stimmen Sie diesem Wohnungssicherungsgesetz zu und helfen Sie mit, Menschen, die sich in einer sozialen Notlage befinden, ihre eigenen vier Wände zu sichern. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg Akkilic. Ich erteile es ihm.

Abg Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landesrat!

Herr Hofbauer, Sie hätten nicht so lange reden müssen, bis Sie zum Punkt gekommen sind, dass da Menschen mit Migrationshintergrund das Problem sind. Das hätten Sie gleich in zwei Sätzen sagen können, und damit wäre die Sache erledigt gewesen.

Ich kenne die konkrete Situation in Simmering nicht, wenn aber 60 BewohnerInnen Unterschriften sammeln (*Zwischenruf von Abg Mag Wolfgang Jung*), wenn aber 60 BewohnerInnen Unterschriften sammeln und dahinter der Gedanke steckt, Jugendliche mit Migrationshintergrund sind das Problem, dann macht mich das sehr, sehr nachdenklich.

Wenn Sie dabei geblieben wären, dass es Jugendliche sind, dass die Jugendlichen mit erwachsenen älteren Menschen Konflikte haben (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Wollen Sie Jugendkrawalle wie in anderen Städten?*), dass es in großen Wohnkomplexen wie im Gemeindebau selbstverständlich zu Problemen kommen kann und dass sogar in normalen Auseinandersetzungen ... (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Wollen Sie so Zustände wie in London, wie in Berlin?*) Kadyrow-Freund, lassen Sie mich ausreden! *(Heiterkeit bei den GRÜNEN.)* Selbstverständlich gibt es von Jugendlichen gegenüber älteren Menschen, gegenüber Erwachsenen oft eine Wortwahl – das weiß jeder, der Jugendliche kennt, der sich mit Jugendlichen auseinandersetzt –, die ziemlich harsch sein kann, die man nicht befürwortet, die man auch kritisieren kann. No na net! Und dass es unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund Beschimpfungen

gibt wie „Ihr Österreicher, auf euch wollen wir nicht hören!“ oder „Schwabos“ – na, guten Morgen, dass sind ja keine neuen Sachen. Vorurteile gibt es in jeder Bevölkerungsgruppe. Davon ist keine einzige Bevölkerungsgruppe ausgenommen. Selbstverständlich gibt es auch Vorurteile von Menschen, die zugewandert sind – nicht allen –, gegenüber jenen, die nicht zugewandert sind, die hier geboren sind.

Natürlich gibt es das. Wir haben diese Einsicht, und wir haben auch eine dementsprechende Politik. Wir sind kritisch zu allen diskriminierenden Aussagen in der Gesellschaft und nicht parteilich im Sinne von: Wir schützen euch, und wir sind gegen die anderen! Das ist unsere Politik, und das haben Sie bis jetzt noch nimmer nicht verstanden, und Sie wollen es auch nicht verstehen, denn wenn Sie sich von Ihrer Position wegbewegen, dann haben Sie kein Feinbild mehr, und wenn Sie kein Feinbild mehr haben, dann haben Sie niemanden, auf den Sie zuschlagen können und mit dem Sie auch Menschen mobilisieren und motivieren können. (Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Was wollen Sie damit sagen?)

Daher sage ich: Lassen wir die Kirche im Dorf! Bleiben wir bei jungen Menschen, bei Jugendlichen und Erwachsenen. Dafür gibt es soziale Einrichtungen, dafür gibt es Jugendeinrichtungen, die ständig die Kommunikation zwischen Jugendlichen und Gemeindebaubewohnern suchen. (Zwischenrufe bei der FPÖ.) Ich habe das selber oft gemacht im Theoder-Körner-Hof, im Dommehof, im Reumann-Hof. Die Jugend- und Sozialarbeit war immer die Konfliktschlichtungsstelle beziehungsweise die Brücke zwischen erwachsenen älteren Menschen, Kindern und Jugendlichen, solange wir das als Probleme zwischen den Generationen begreifen und nicht als Probleme zwischen Nationen, Nationalitäten und Ethnien definieren.

Für mich sind diese Jugendlichen – damit Sie das auch verstehen – Österreicher und Österreicherinnen. Das muss auch einmal klar akzeptiert werden. Das sind Österreicher und Österreicherinnen, und Sie sollten nicht immer irgendwelche Zuschreibungen machen und in Wirklichkeit meinen, die werden eh nie dazugehören, die sollen immer Ausländer bleiben, weil Sie damit die eigene rechte Partie gewinnen wollen und aufhetzen wollen.

Ich nehme die Ängste und Sorgen der Bevölkerung sehr ernst (Abg Mag Wolfgang Jung: Sie ändern damit nichts!) und zeige auch auf, dass die Verschmelzung in der Gesellschaft, die Durchmischung der Gesellschaft nicht nur durch Geburten von unseren Kindern stattfindet, sondern auch schon bei Begräbnissen. Ich nehme zwei Begräbnisse als Beispiel: Der Dieter Schrage ist voriges Jahr gestorben. Bei seiner Beerdigung waren Menschen aus aller Welt da. Das ist Normalität, weil sich die Menschen nicht mehr fragen, ist das ein Österreicher mit ausländischem Ursprung oder sonst etwas. Oder Margarete Gal, die große Kämpferin und Antifaschistin. Bei ihrem Begräbnis war auch die gesamte Welt da.

Also während sich die Gesellschaft in Richtung einer Durchmischung bewegt, versuchen Sie es immer wieder so wie jetzt in Tirol in Ihrem Wahlkampf. Wie heißt dieses grindige Plakat, das sie da gemacht haben? „Marokkaner“ und was weiß ich was. (Zwischenruf bei den GRÜNEN.) Hören Sie auf, soziale Probleme zu ethnischen Problemen zu stilisieren! (Beifall bei den GRÜNEN.)

Sie werden, wenn Sie so weitermachen, dass friedliche Leben in diesem Land vergiften. Das machen sie tagtäglich. (Zwischenruf von Abg Mag Wolfgang Jung.) Das machen sie tagtäglich. Sie wollen, dass Nationalismen in unserer Stadt gestärkt werden. Türkische Nationalisten sagen, wir sind die Besseren, serbische Nationalisten sagen, wir sind die Besseren. Das passiert und alles Mögliche.

Damit das nicht passiert, auch im Gemeindebau nicht passiert, damit die Menschen das Zugehörigkeitsgefühl zur Stadt weiterentwickeln können, müssen Sie von Ethnisierungen und Zuschreibungen Abstand nehmen. – Danke schön. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlusswort.

Berichterstatter Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Also wenn Jugendliche in einem Gemeindebau oder auch in einem anderen Bau, vielleicht in einem privaten Wohnhaus, eine Scheibe einschlagen, dann lehne ich das ab, egal, ob sie Migrationshintergrund haben oder nicht. Ich glaube, darauf können wir uns alle gemeinsam einigen, und ich glaube nicht, dass man solche Probleme mit Delogierungen löst, um jetzt wieder auf das Thema unseres heute vorliegenden Gesetzes zurückzukommen.

Ich habe hier in diesem Haus auch schon eine ganze Reihe von Maßnahmen nicht nur angekündigt, sondern auch umgesetzt, die sich mit dem Zusammenleben im Gemeindebau, aber auch in anderen Wohnformen beschäftigen. Sie, Kollege Hofbauer, haben einige angeführt. Ich könnte das noch ergänzen: Die Wohnpartner, die das im Gespräche versuchen, die Ordnungsberater, die das auf Grund des Landesreinhaltegesetzes auch mit Organstrafmandaten können. Diese präventiven Maßnahmen haben auch dazu geführt, dass die Beschwerdefälle dramatisch zurückgegangen sind. Also man kann mit wirkungsvollen Instrumenten, wo man vor allem auch die Kommunikation unterstützt und auf die Menschen zugeht, auch die Konfliktfälle reduzieren.

Konfliktfälle wird es vor allem überall dort, wo es um die Nutzung des öffentlichen Raumes geht, wahrscheinlich immer geben. Das, was wir uns als Stadt Wien vorgenommen haben, ist, dass wir uns als Hauseigentümer, als Hausverwaltung mit diesen Konflikten beschäftigen. Und ich kann nur auch private Hauseigentümer einladen, das auch ihrem Bereich zu tun. Denn so zu tun, als gäbe es Nachbarschaftskonflikte nur im Gemeindebau, ist nur ein Teil der Wahrheit. Wir alle wissen – und das weiß ich sehr stark auch von

meiner Mieterhilfe, die in meinem Ressort angesiedelt ist –, dass es Konflikte im nachbarschaftlichen Umgang durchaus auch in allen anderen Bereichen gibt.

Aber ich möchte jetzt wieder zurückkommen zum Gesetz. Die Frau LAbg Mörk hat ja darauf hingewiesen, worum es bei diesem Gesetz vor allem geht, nämlich um die Früherkennung bei Delogierungen. Wir haben jetzt in Wien – verglichen auch mit allen anderen Großstädten – einen ganz geringen Anteil an Delogierungen, die sich im Promillebereich bewegen. Trotzdem ist jede Delogierung ein sehr stark Eingriff, nicht nur in die Hausgemeinschaft, sondern vor allem natürlich auch ein Eingriff in das persönliche Leben der delogierten Personen. Es macht daher Sinn, sich frühzeitig und vernetzt über alle Ressortgrenzen hinweg den Kopf zu zerbrechen: Was macht man mit den Personen, die, aus welchen Gründen auch immer – entweder aus materiellen Gründen oder als sozialen, gesundheitlichen, psychologischen Gründen –, delogiert werden? Die Personen bleiben ja in der Stadt, und von da her muss man sich frühzeitig überlegen, wie man mit diesen Menschen umgeht

Das ist der Grund, dass wir in meinem Ressort ganz gezielt auch Investitionen im Bereich des betreuten Wohnens vornehmen, wo es mir darum geht, dass wir Menschen, die Schwierigkeiten haben – und meistens ist es ja eine Zusammensetzung aus mehreren Problemen –, Formen des betreuten Wohnens anbieten, wo es soziale, wo es medizinische Begleitung gibt, damit sie angeleitet werden, auch wieder selbstständig zu wohnen oder überhaupt eine Form der medizinischen, der sozialen Begleitung haben und deshalb auch wieder leichter in die Gesellschaft zu integrieren sind. Denn das Gefühl zu haben, die lösen sich in Luft auf, das gibt es nicht. Die bleiben weiter in der Stadt, und wir haben als Stadt auch weiter eine gewisse Verantwortung für diese Menschen. Die tauchen dann halt in anderen Bereichen auf. Also von da her ist es sinnvoll, frühzeitig nachzudenken, was man mit diesen Menschen macht, und ich glaube, dass das Angebot im Bereich des betreuten Wohnens ein sehr gutes ist. Hier investieren wir auch sehr, sehr viel Geld.

Mit einem Gerücht möchte ich auch noch aufräumen, das immer wieder in der Diskussion eingebracht wird, nämlich dass Delogierungen von Wiener Wohnen oder einer anderen Hausverwaltung vorgenommen werden können. Delogierungen sind von einem unabhängigen Gericht zu treffen, und es liegt an der Beweisführung auch jener, die einen Antrag für die Delogierung stellen, inwieweit dieses unabhängige Gericht sich für eine Delogierung ausspricht. Hier hat die Hausverwaltung die Möglichkeit, in der Beweisführung zu unterstützen, was wir auch in vielen Fällen machen, aber die Entscheidung liegt in letzter Konsequenz bei einem Richter, bei einer Richterin, die dann dieses Urteil für oder gegen eine Delogierung zu treffen hat.

Auf Grund der Erfahrung, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, zeigt sich, dass die Gerichte im Wesentlichen immer für die Mieterinnen und Mieter entscheiden, die vor einem Delogierungsverfahren stehen, also gegen unsere Anträge, weil sie sagen, man

muss besonders auch soziale Rahmenbedingungen mitdenken, und weil sie der Stadt Wien eine höhere Verantwortung beimessen und sagen, wenn jemand aus einer Gemeindewohnung delogiert wird, dann hat er es viel schwerer, wieder eine Unterkunft zu finden. Also von da her haben wir es insgesamt bedeutend schwerer vor Gericht, solche Delogierungsverfahren, beispielsweise wegen unleidlichen Verhaltens, durchzubringen, auch gemeinsam mit betroffenen Mieterinnen und Mietern. Das muss man nur wissen. Hier liegt die Entscheidung in letzter Konsequenz bei einem unabhängigen Gericht.

Mir geht es vor allem darum, dass wir frühzeitig in enger Abstimmung auch mit anderen Ressorts die Probleme erkennen und Maßnahmen setzen können, denn, wie gesagt, die Personen haben wir dann in anderen Formen der sozialen Begleitung. Von da her macht es Sinn, hier die Überführung auch in andere Formen wie zum Beispiel in den Bereich des betreuten Wohnens zu ermöglichen.

Ich möchte deshalb auch das Ansinnen noch einmal unterstützen, den gesamten Hohen Landtag zu ersuchen, dieses Wiener Wohnungssicherungsgesetz auch mit Zustimmung zu unterstützen. – Danke. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Danke. Das ist mehrstimmig, mit den Stimmen der SPÖ, der GRÜNEN und der ÖVP, so beschlossen. Das Gesetz ist somit in erster Lesung angenommen.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen, und ersuche alle Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Ich stelle die Einstimmigkeit fest. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das Gesetz ist somit in zweiter Lesung, ebenso wie in erster Lesung, mehrstimmig, mit den Stimmen der SPÖ, der GRÜNEN und ÖVP, beschlossen.

Wir kommen zu Postnummer 9. Sie betrifft eine Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über das Inverkehrbringen von Kleinf Feuerungen und die Überprüfung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken. Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Amtsf StR Dr Ludwig, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich ersuche um Zustimmung zum vorliegenden Geschäftsstück.

Präsidentin Marianne **Klicka**: Da mir keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die dieser Vereinbarung die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Danke. Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Ich wünsche all jenen, die Elternteile und Eltern sind,

erholsame Ferien mit ihren Kindern, uns allen auch ein frohes Osterfest.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Wege bekannt

gegeben.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung um 14.34 Uhr.)